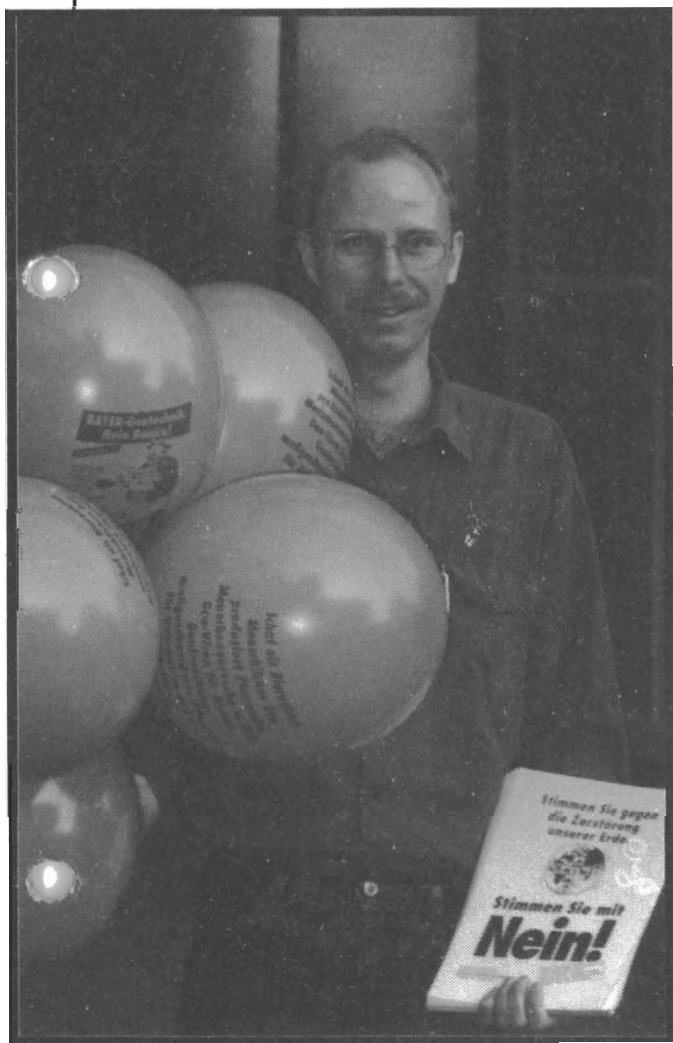


STICH

11. Jahrgang

3/93

September 1993



4

BAYER-Hauptversammlung

Kritische AktionärInnen erfolgreich

16

BAYER-ASPIRIN

Druck in Uruguay und Brasilien

38

BAYER-Altlast Dhünnaue

Eiskalt ausgekoffert. Sanierung ganz billig.

40

BAYER-Holzgifte

Entschädigung für die Opfer?

WORT...

Die anderen Informationen zu einem multinationalen Chemiekonzern

NEUCOORDINATION GEGEN
BAYER-GEFAHREN (Hg.)

CHROM AM KAP

**Gift und Tod für
BAYER-Arbeiter
in Südafrika**Authentischer Bericht über
eine Reise nach Südafrika.

Dokumentation über die
verheerenden, menschen-
unwürdigen Arbeitsbe-
dingungen bei der BAYER-
Tochter CHROME CHEMI-
CALS. Erschütternder Re-
port über das Schicksal
von Arbeitern zweiter
Klasse. Armutszeugnis
für einen der reichsten
Konzern der Welt.

Jetzt für nur **DM 8,00**
bestellen!

COUPON

Ja, ich will mehr wissen.
Ich bestelle _____ Expl. von
CHROM AM KAP für nur
DM 8,00 pro Stück zzgl.
DM 5,00 für Porto und
Verpackung.

Name

Vorname

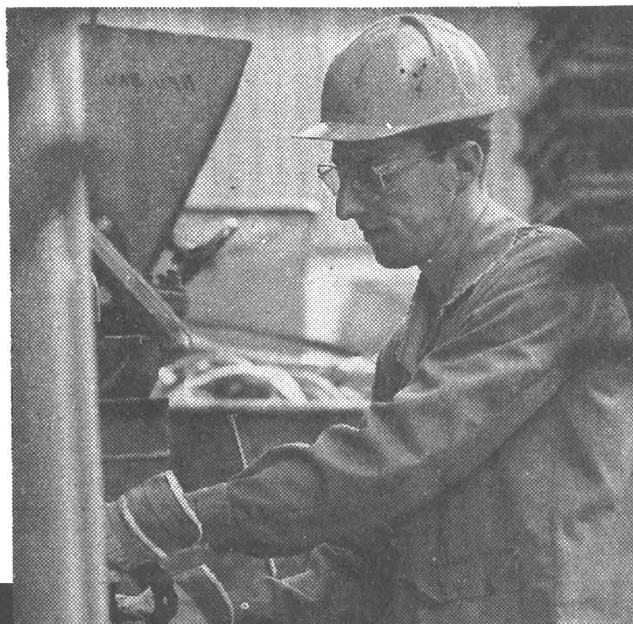
Straße

Ort

Tel.

CBG, PF 150234, 40079 Düsseldorf

STICHWORT... INHALT



Bei BAYER brechen harte Zeiten für die Beschäftig-
ten an: Kurzarbeit, Entlassungen ... s. S. 15

HV
Die Arroganz der Macht
SEITE 4

BELEGSCHAFT
Kurzarbeit, Sozialabbau
SEITE 15

ASPIRIN
Über Bespitzelung in
Deutschland. Wie
BAYER in Brasilien und
Uruguay KritikerInnen
unter Druck setzt.

SEITE 16

GENTECHNIK
Industrie-Initiative er-
wirkt Gesetzesänderung
SEITE 24

NERVENGIFTE
Umweltskandale in der
Schweiz und in Ungarn
SEITE 27

SCHLAGLICHTER
Nachrichten und Mel-
dungen zu BAYER
SEITE 28

ALTLASTEN
Eiskalt ausgekoffert -
Sanierung zum Spartarif
SEITE 38

HOLZGIFTE
Manager verurteilt. Muß
BAYER zahlen?
SEITE 40

MEDIEN
Wie BAYER versucht,
einem kritischen Jour-
nalisten zu schaden
SEITE 44

JUBILÄUM
10 Jahre COORDINA-
TION - Wir feiern!
SEITE 46

STICHWORT... IMPRESSUM

STICHWORT... - Die anderen
Informationen zu einem multinationalen
Chemiekonzern. 11. Jahrgang.
Postvertriebsstück F 10848 F
Hg.:

**COORDINATION
GEGEN
BAYER-GEFAHREN**

(CBG e. V.), Aktiv für mehr Umwelt-
schutz und sichere Arbeitsplätze bei
BAYER - weltweit. Die CBG ist ein
internationales Selbsthilfe-Netzwerk, das
vom multinationalen BAYER-Konzern
Betroffene und an diesem Konzern
Interessierte zusammenschließt und die
Tätigkeit dieses Multis kritisch begleitet.
Ziel der Arbeit ist es, die von BAYER
ausgehenden Gefahren für Mensch, Tier
und Mitwelt bekanntzumachen,
einzudämmen und möglichst ganz
abzustellen. Je ein Exemplar von
STICHWORT... wird dem Vorstand des
BAYER-Konzernes, Kaiser-Wilhelm-Allee,
5090 Leverkusen, übersandt. LeserInnen
haben somit die Möglichkeit, die
Konzernleitung zu bitten, zu bestimmen,
in STICHWORT... behandelten Themen,
Stellung zu beziehen.

Redaktion: v.i.S.d.P. Hubert Ostendorf
(ho), Uwe Friedrich (uf), Regine Günther
(rg), Axel Köhler-Schnura (aks)

Marc Pletzer (mp), alle c/o Hubert
Ostendorf, Schöndorffstr. 2, 40228
Düsseldorf, Fon & Fax: (0211)217429

Geschäftsstelle: Domstr. 81, 50668
Köln, Fon: (0221)1390420, Fax: (0221)
1390487

Bankverbindungen:
Ökobank Frankfurt/Main, Konto-Nr.
17 98 12, BLZ 500 90 100
Postgiroamt Essen, Konto Nr.
378383 - 439, BLZ360 100 43

Eigenverlag, Satz, Layout, Vertrieb: CBG
Druck: Wir danken dem Bundesverband
der GRÜNEN, Bornheim, ganz herzlich
für den Druck.

Anzeigen:
Es gilt die Anzeigenpreisliste vom
01.01.1992 (1/1 S. sw DM 1.000,-,
1/2 S. DM 800,-, 1/3 S. = Spalte DM
350,- zzgl. MWSt.)

STICHWORT... erscheint in
4 Ausgaben pro Jahr. Das Einzelheft
kostet DM 12,-, das Jahresabonnement
DM 48,- (ermäßigt: DM 30,-).
Mitglieder und Förderer der CBG erhalten
STICHWORT... kostenlos.

Der Nachdruck von Artikeln aus

STICHWORT... ist ausdrücklich
erwünscht. Bitte Quelle angeben und
zwei Belegexemplare übersenden.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,
Bilder und Fotografien wird keine Haf-
tung übernommen. Rechtlich geschützte
Warenzeichen werden in STICHWORT...
ohne gesonderten Hinweis genannt. Da-
raus ist nicht auf die freie Verwendbar-
keit der Markennamen zu schließen.

Eigentumsvorbehalt:
Die Zeitschrift STICHWORT... bleibt
solange Eigentum des Absenders, bis sie
dem/der Gefangenen persönlich ausge-
händigt worden ist. Wird die Zeitschrift
dem/der Gefangenen nicht persönlich
ausgehändigt, ist sie dem Absender unter
Angabe des Grundes unverzüglich
zurückzusenden.

Zur Aufnahme in den portosparenden
Postzeitungsdienst hat die Deutsche
Bundespost verfügt, den Firmennamen
BAYER aus dem Titel dieser Zeitschrift
zu streichen. STICHWORT... ist her-
vorgegangen aus STICHWORT BAYER.

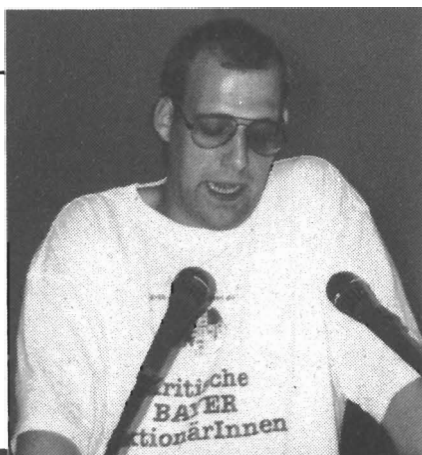
Dieses Heft ist mit großzügiger Unter-
stützung der Stiftung Menschenwürde &
Arbeitswelt, Berlin, entstanden. Dafür
danken wir herzlich.

Liebe Leserin, lieber Leser,

in den vergangenen Monaten haben wir umfassende Veränderungen in unserem Land erlebt. Erschreckende Gewalttaten gegen AusländerInnen standen und stehen im Mittelpunkt. Während sich die deutschen Zeitungsverleger mit einer breit angelegten Kampagne gegen Ausländerhaß stellten, blieben der Verband der chemischen Industrie (VCI) sowie BAYER und die anderen großen Chemiekonzerne sprachlos. Dabei sollten gerade sie vor dem Hintergrund ihrer IG FARBEN-Vergangenheit umgehend reagieren.

Doch offensichtlich konzentrieren sich BAYER und Co lieber auf ihre Umsatzprobleme. Die Rezession greift um sich. BAYER entläßt hunderte von ArbeitnehmerInnen. So ist es nicht verwunderlich, daß die Diskussion über mehr Umweltschutz und bessere Produktionsbedingungen gerade in den Werken der sogenannten 3. Welt immer schwieriger wird. BAYER-Chef Schneider fordert gar eine "Atempause für den Umweltschutz". Vielleicht sollten wir alle mal eine Pause beim Atmen einlegen, um wenigstens für einen Augenblick keine Gifte einzusatmen.

Doch zum Glück gibt es auch andere Wege, zumindest wenn die Vergiftung so offensichtlich ist, wie bei den Holzgiftgeschädigten. Sie haben in Frankfurt einen ersten Erfolg für ihre jahrelangen Bemühungen verzeichnen können. Von dieser Stelle aus einen herzlichen Glückwunsch. Doch die anhängigen Zivilprozesse gehen weiter. Zudem hat die Verteidigung - wie erwartet - Revision gegen das Urteil eingelegt, obwohl das Gericht deutlich unter den Forderungen der Staatsanwaltschaft geblieben ist. Die Ermittlung



Marc Pletzer, CBG

gen gegen die Verantwortlichen der BAYER-AG werden in den kommenden Monaten fortgeführt. (S. 36)

Wie in den Vorjahren so nutzten wir auch in diesem Jahr die BAYER-Hauptversammlung, um den Vorstand mit den Folgen seiner Geschäfte zu konfrontieren. Unterstützt von zahlreichen RednerInnen haben wir auch in diesem Jahr nicht locker gelassen und eine gelungene Aktion auf die Beine gestellt. Vor allem die Medien zeigten sich sensibel für die von uns angesprochenen Themenbereiche, die HOECHSTER Störfälle zeigten Wirkung. Eine breite Berichterstattung war die Folge. Die meisten traditionellen AktionärInnen waren hingegen nicht bereit, über die Auswirkungen der Geschäftspolitik ihres Unternehmens zu diskutieren. Einmal mehr standen Dividende, Bockwürstchen und ein allerdings kleiner als in den Vorjahren ausgefallenes Präsentpaket für sie im Mittelpunkt. (S. 4)

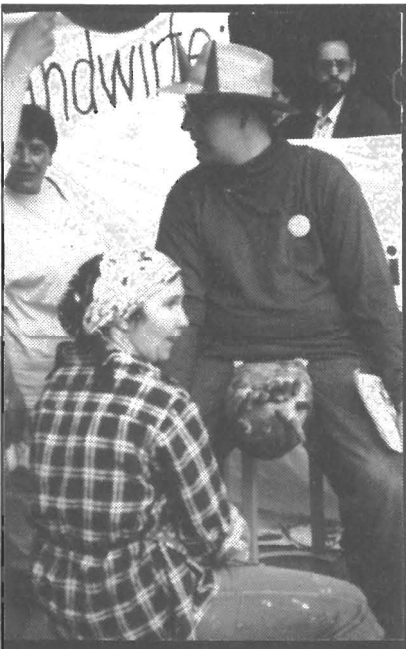
Der Verfassungsschutz und der BAYER-Werkschutz verstärken derzeit ihre Einschüchterungsversuche. Wir gehen davon aus, daß die Telefone aller aktiven CBG-Mitglieder abgehört werden. Unzählige unterbrochene Telefonate, rauschende Leitungen und gestörte Telefone sind eindeutige Indizien. Dazu

kommt, daß BAYER in mehreren Fällen umgehend auf Inhalte verschiedener Telefongespräche reagiert hat. Typisch für BAYER ist ein jüngster Fall aus Uruguay. Eine große Umweltschutzorganisation hatte in ihrer Zeitschrift "Tierra Amiga" kritisch über Schmerzmittel berichtet. Zu einem Abschnitt über das BAYER-Produkt ASPIRIN kam nach der Veröffentlichung postwendend ein Schreiben der uruguayischen BAYER-Niederlassung. Der Produktname dürfe nur mit vorheriger Erlaubnis des Unternehmens verwendet werden. Wir sprachen telefonisch untereinander ab, umgehend mit einer Pressemitteilung und einem offenen Brief an den Vorstandsvorsitzenden zu reagieren. Doch BAYER war schneller. Bereits am Tag vor der Erstellung des Briefes und der Pressemitteilung setzte sich die Leverkusener Zentrale mit der uruguayischen Niederlassung in Verbindung und übte massiven Druck auf die Redaktion aus. Einmal mehr der Versuch, die Presse- und Meinungsfreiheit mit juristischen Tricks auszuhebeln. Und zudem ein weiterer Beleg dafür, daß BAYER unsere Telefone anzapfen läßt. (S. 16)

Vor dem Gang in eine erholsame Sommerpause bleibt ein letzter, positiver Ausblick: unser Sommerfest. Wir möchten Sie, liebe Leserin, lieber Leser schon heute einladen, mit uns zu feiern. Denn es ist ein rundes Jubiläum, das zehnjährige Bestehen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, das wir am 18. September in Düsseldorf feiern. In der Hoffnung auf ein Treffen bei dieser oder einer anderen Gelegenheit verbleibe ich

Marc Pletzer

BAYER.



Die Arroganz der Macht

Aktionen zur HV mit großem Erfolg

Von Axel Köhler-Schnura

Die Tagesthemen des Ersten Deutschen Fernsehens fällten ein eindeutiges Urteil: "Kapitalismus in Reinkultur", getragen von einer Aktionärsschaft mit "Wagenburgmentalität", der die Profite der "Company" über alles gehen.

Angesichts solcher Bewertungen sehnten sich die BAYER-Manager zurück zu den schönen Zeiten, als Vorstand und Aufsichtsrat des BAYER-Konzerns mit einem Dutzend Großbanken und einigen hundert KleinaktionärInnen zusammensaßen und in ungetrübter Gewinnseeligkeit Bockwürstchen knabberten und Profite in Milliardenhöhe verschoben. Statt öffentlicher Anwürfe spendeten die Medien Beifall.

Lang, lang ist's her. BAYER-Firmengroßgeist Carl Duisberg würde sich im Grab umdrehen, könnte er sehen, wie heute BAYER-HV's verlaufen. Seit 11 Jahren stehen regelmäßig KritikerInnen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN an den Mikrofonen und machen Umweltverbrechen und soziale Probleme, die Kehrseite der BAYER-Profite, zum zentralen Thema der Hauptversammlung. Vorstand und Aufsichtsrat müssen es sich gefallen lassen, in aller Öffentlichkeit mit ihrer moralischen Ver-

antwortung und Schuld konfrontiert zu werden.

Größtes HV-Spektakel der Welt

Aktionärshauptversammlungen sind normalerweise ziemlich intime Veranstaltungen mit dem Charme eines Börsenberichtes. Der immer wieder gleiche, wohlbekannte Kreis von Topmanagern und Großbankiers gibt sich ein Stelldichein mit einigen Großaktionären und wenigen hundert KleinaktionärInnen. Kommen mehr als tausend Leute zusammen, dann ist es bereits eine Großveranstaltung. Anders bei BAYER. Seit vor elf Jahren erstmals KritikerInnen das Wort ergriffen, bekommt der Konzern die explosionsartige Entwicklung nicht mehr in den Griff. Die einstmals "normale" Beteiligung von gut 1.500 AktionärInnen hat sich Jahr für Jahr erhöht. Und trotz drastischer Beschränkung der Eintrittskarten und Kürzung des üppigen Präsentpäckchens reisten auch dieses Jahr wieder knapp 3.000 AktionärInnen mehr als im Vorjahr an. Mit 24.000 anwesenden AktionärInnen ist die BAYER-Aktionärshauptversammlung zur wohl weltweit größten Veranstaltung dieser Art avanciert. Das Dumme ist nur, daß dieses sensationelle Wachstum der Hauptversammlung von BAYER weder geplant, noch gewünscht, noch

dem PR-Geschick der BAYER-Propaganda-Abteilungen zuzuschreiben ist. Es sind nicht zuletzt die spektakulären Auftritte und Aktionen der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, die das Interesse an der BAYER-HV zu immer neuen Rekordmarken treiben. Entsprechend ist der Konzern um Antworten verlegen, wenn er auf diese weltweit einmalige Steigerung der HV-BesucherInnenzahlen angesprochen wird.

BAYER-Gentechnik - Nein danke!

Bereits morgens um 8.00 Uhr wurden am 28. April 1993 die ersten BAYER-AktionärInnen mit Aktionen unter dem Motto "BAYER-Gentechnik - Nein danke!" begrüßt. Im Mittelpunkt stand ein gentechnisch zur Milchkuh umgeformter Bauer, der einer Karikatur des bekannten Künstlers Manfred Deix nachempfunden wurde. Eine als Bäuerin verkleidete kritische Aktionärin zapfte vor den Linsen und Blitzlichtern von Presse, Funk und Fernsehen aus einem zwischen den Beinen des Bauern angebrachten, kunstvoll gestalteten Euter frische Milch. Um seine gentechnische Verwandlung zur Milchkuh vollends zu demonstrieren, wuchsen ihm obendrein noch Hörner auf dem Kopf. Während der Bauer fleißig Milch spendete, forderten tausende

Flugzettel nachdrücklich dazu auf, bei den Abstimmungen mit NEIN zu stimmen. Gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat.

Im Saal blieb alles beim Alten: Die seit Jahren bekannte Arroganz der Macht. Der Vorstandsvorsitzende Manfred Schneider diffamierte die 33 schriftlich eingereichten Gegenanträge bereits in der Eröffnung der Hauptversammlung als "jeder Grundlage entbehrend". Grundsätzlich alle Redebeiträge zum Thema Gentechnik wurden vom Versammlungsleiter Hermann Josef Strenger unterbrochen, KritikerInnen wurde das Mikrofon so oft wie nie zuvor abgestellt. Strenger und Schneider warfen den RednerInnen vor, sie seien "unsachlich" und würden "allgemeine Beiträge" halten; "seit Jahren bekannte haltlose Vorwürfe" würden immer wieder wiederholt. Nicht der geringste Ansatz von Einsicht oder selbstkritischer Auseinandersetzung auf den Bänken der verantwortlichen BAYER-Manager.

Nur noch Fragen erlaubt

Neu war der Versuch von Strenger, ein "Lex BAYER" zu etablieren, das nur noch Fragen erlauben sollte. Das ging dann doch selbst traditionellen AktionärInnen zu weit. Diese erinnerten - ebenso wie wir -

Herrn Strenger daran, daß das Aktiengesetz und nicht die Meinung eines selbstherrlichen Versammlungsleiters die Grundlage der Hauptversammlung ist. Dieses sieht sehr wohl ein Recht zur Diskussion des Geschäftsberichts vor, auch wenn es sich um die ökologischen und sozialen Seiten der Geschäftstätigkeit handelt.

Erstmals leitete der ehemalige Vorstandsvorsitzende Strenger als neuer Vorsitzender des Aufsichtsrates die Hauptversammlung. Hatte Strenger am Morgen noch gehofft, die Proteste der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN begrenzen zu können, so mußte er am Abend mit nicht zu verbergender Enttäuschung feststellen, daß der von ihm gewählte Strategie der Diffamierung, der Ausgrenzung und der aggressiven Attacken auf die KritikerInnen kein Erfolg beschieden war. Strenger völlig entnervt: "Es ist schon spät." Dann ein Seufzer: "Aber wir bewegen uns im Rahmen des Aktiengesetzes."

Schlappe für Strenger

Auch dieses Mal prägten die Aktionen und Redebeiträge der KritikerInnen den Charakter der Hauptversammlung, und fanden darüber hinaus auch noch die offene Zustimmung vieler hundert Klein-

AktionärInnen. Als dann die Versammlung gar stellenweise einem "geordneten Verlauf" entglitt, "Turbulenzen" im Saal entstanden und schließlich jeder Zeitrahmen gesprengt und um 20.00 Uhr immer noch kein Ende absehbar war, wurde die Schlappe für Strenger und BAYER perfekt und den Bossen endgültig die gute Laune vermiest. Stunde um Stunde mußten die Verantwortlichen bei BAYER sich mit den ökologischen, sozialen und politischen Risiken und Problemen ihrer Geschäftstätigkeit auseinandersetzen. Es wurde in nahezu einem Dutzend Redebeiträgen nachgewiesen, daß die 42 Milliarden DM BAYER-Umsatz und die 1,5 Milliarden DM Gewinn nach Steuern auch 1992 erneut "eine breite ökologische und soziale Schadensspur rund um den Globus" gezogen hätten (Axel Köhler-Schnura in seinem Redebeitrag).

Im Zentrum der Vorwürfe stand die BAYER-Gentechnik. Aber auch die Gefahren der BAYER-Pestizide, Umweltverseuchungen in aller Welt, die Betriebssicherheit in den BAYER-Werken, Pharmaprobleme, BAYER-Holzgifte und andere Themen wurden auf die Tagesordnung gesetzt. Unter anderem sprach eine kolumbianische Arbeiterin über die verheerende Situation in der Blumenproduktion in ihrem Land. Die Frauen müssen dort im BAYER-Giftnebel arbeiten, ohne jeden Schutz. Übrigens für den Blumenexport in die Länder Europas. Sie erleiden gesundheitliche Schäden und sterben oftmals auch daran (vgl. SWB 2/93 S. 22 ff.). BAYER weiß darüber Bescheid, unternimmt jedoch nichts, die Situation zu verändern bzw. verkauft seine Pestizide weiter an die Blumenindustrie. Damit verstößt BAYER gegen den FAO-Code, einen internationalen Kodex zur Selbstbeschränkung, den der Konzern unterzeichnet hat.

Die Gegenanträge

Die KritikerInnen wiederholten ihre bereits schriftlich eingereichten Anträge, Vorstand und Aufsichtsrat nicht zu entlasten und einen ökologisch und sozial orient-



KolumbianerInnen auf der HV

alle Fotos für den HV-Bericht von Hubert Ostendorf

tierten Aufsichtsrat zu wählen. Sie beantragten, die Gewinn-Milliarden nicht wie vorgesehen als Dividende an die Kapitalbesitzer auszuschütten, sondern vor allem einzusetzen

- für die Entschädigungen an Opfer der BAYER-Geschäftstätigkeit, wie z.B. die südafrikanischen BAYER-Arbeiter bei CHROME CHEMICALS und die BAYER-Opfer in der kolumbianischen Blumenindustrie.
- für die Sanierung von Umweltschäden in aller Welt, so z.B. der größten bewohnten Giftmülldeponie Europas, der Dhünaue in Leverkusen.
- für die längst fällige Wiedergutmachung an Menschen bzw. deren Angehörigen, die für das BAYER-IG FARBEN-Kartell unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit bis zum Tod leisten mußten.
- für die Zahlung menschenwürdiger Löhne in allen Ländern der Welt, für Sozialleistungen, Arbeitsschutzmaßnahmen und Sicherheits-einrichtungen.
- für den ökologischen und sozialen Umbau des Konzerns hin zu einer umwelt- und menschenverträglichen Produktion.

Die Diktatur des Kapitals

Das Grundkapital des BAYER-Konzerns umfaßt 65 Millionen Aktien (ca. 3,2 Mrd. DM). Davon waren 32,6 Millionen (ca. 49 %) anwesend. Etwa 80 % dieser vielen Millionen Aktien werden von einigen wenigen Großbanken vertreten. Die insgesamt ca. 360 Tausend übrigen AktionärInnen halten hingegen lediglich die restlichen 20 %. Das ist bei anderen Konzernen ebenso. Damit sind Ergebnisse von nahezu 100 % für die Vorschläge des Managements vorprogrammiert. Jede Opposition ist von vornherein ohne Aussicht auf Abstimmungserfolge. Die Diktatur des Kapitals. Entsprechend erreichten die Gegenanträge der KritikerInnen bei den Abstimmungen lediglich Ergebnisse von weit unter 1 % der anwesenden Stimmen (siehe: Kasten). Zwischen 13 und 18 Tsd. Aktien stimmten mit den KritikerInnen gegen die Anträge von Vorstand und Aufsichtsrat. Da davon ausgegangen werden muß, daß dies vor allem



CBG-Aktivistinnen bei der Aktion vor der BAYER-HV

Stimmen von KleinaktionärInnen waren, dann waren es doch mehrere hundert AnteilseignerInnen, die für Ökologie und soziale Sicherheit stimmten. Angesichts der Phalanx von Konzernvorstand und dividendenorientierten AktionärInnen ein großer Erfolg.

Professor Wenger

Dieser Hauptversammlung lagen erstmals auch eine Reihe von Tagesordnungserweiterungen und Gegenanträgen vor, die ein Prof. Ekkehard Wenger gestellt hat. Ihm stand das Aktienkapital eines Großaktionärs zur Verfügung. Kein-

ner der Gegenanträge und Tagesordnungserweiterungen von Prof. Wenger zielte jedoch auf eine ethisch-moralisch orientierte Verbesserung der Geschäftstätigkeit des Konzerns. Prof. Wenger beabsichtigte lediglich die Durchsetzung besserer Positionen für konzernorientierte KleinaktionärInnen.

Besonders deutlich wurde dies bei den Abstimmungen. Prof. Wenger enthielt sich bei allen inhaltlichen Punkten, bei denen es um eine alternative Gewinnverteilung zugunsten von Ökologie, Menschenrechten und sozialer Sicherheit ging, der Stimme oder stimmte gar mit Vorstand und Aufsichtsrat gegen die KritikerInnen. Im übrigen kam auch keiner seiner Anträge durch und auch er wurde von Seiten des Vorstands gleichermaßen arrogant abgefertigt wie wir.

Dokumentation erhältlich

Wie in den vergangenen Jahren, so liegt auch dieses Mal wieder eine ausführliche Dokumentation der Reden, der Gegenanträge und des Presseechos vor, die für DM 10,- zzgl. DM 5,- für Porto und Verpackung bei uns erhältlich ist. Bestellungen (bitte Scheck beilegen) an: COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN e. V., Postfach 15 02 34, 40079 Düsseldorf.



Aufruf an alle AktionärInnen: Stimmen Sie mit NEIN!

»Ich will darauf nicht weiter eingehen«

Der große Vorstandsvorsitzende antwortet nicht

Nachfolgend dokumentieren wir die Reden der kritischen BAYER-AktionärInnen auf der Hauptversammlung am 28. April 1993 in Auszügen. Wie in den vergangenen Jahren so konnte auch diesmal kaum ein Beitrag vorgetragen werden, ohne daß er nicht vom Versammlungsleiter, dem Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Josef Strenger, unterbrochen wurde. Unliebsame Kritik sollte durch Abschalten des Mikrofons unterbunden werden. Die Antworten des Vorstandsvorsitzenden, Dr. Manfred Schneider, sind zynisch und belegen erneut, daß BAYER nicht gewillt ist, sich mit den Vorwürfen sachgerecht auseinanderzusetzen.



Hubert Ostendorf, CBG, Düsseldorf:

Guten Tag,

... ich möchte Sie auf einen Skandal größten Ausmaßes in Spanien aufmerksam machen.

Wir haben den Vorfall im März mehrfach veröffentlicht, darunter in der Berliner »tageszeitung« und unserem Informationsdienst STICHWORT BAYER. Den Berichten, die schwere Vorwürfe enthalten, ist von BAYER bisher nicht widersprochen worden.

In Spanien sind sechs Menschen an einer rätselhaften Krankheit gestorben, hunderte sind zum Teil lebensbedrohlich erkrankt. Sie alle arbeiten in der Textilindustrie, wo Druckpasten des BAYER-Konzerns eingesetzt werden. ...

ARDYSTIL ist nur eine von neun kleinen Firmen, die Textildrucke produzieren. Hier sind in den vergangenen Monaten über 100 Menschen erkrankt. Die Symptome kommen schleichend, verlaufen dann aber dramatisch. »Am Anfang spürst Du gar nichts«, berichtet eine 22jährige Arbeiterin, die in einer Klinik im französischen Bordeaux eine neue Lunge erhalten hat. »Du hustest und fühlst Dich müde.« Die Ärzte haben bei ihr und den anderen Erkrankten eine Lungenfibrose diagnostiziert. ...

Als Ursache gelten Acrylharze, Farb- und Pigmentstoffe von BAYER. Nach Auskunft des staatlichen »Instituto Nacional de Toxicologia« handelt es sich dabei um die

Produkte ACRAFAX FHN, ACRAMOLL W PASTA, ACRAMIN FWN sowie um EMULSIONANTE L. ... (siehe: SWB 2/93).

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »Sie werfen uns vor, daß wir für die unsachgemäße Verwendung von Farbstoffen ... verantwortlich sind. Die Vorfälle sind bedauerlich. Doch ebenso deutlich ... muß ich feststellen: BAYER trägt dafür keine Verantwortung. Für eine Entschädigung gibt es keinen Grund. Bei sachgemäßer Anwendung ... wäre es nicht zu den Erkrankungen gekommen.«

Der letzte Satz dieses Zitates ist ein ungewolltes öffentliches Eingeständnis der Tatsache, daß die BAYER-Produkte tatsächlich für die Todes- und Krankheitsfälle in spanischen Textilbetrieben verantwortlich sind. Bisher hatte die COORDINATION lediglich behaupten können, daß sie es »vermutlich«, bzw. »offensichtlich« sind.



Ute Sprenger, Gen-Ethisches Netzwerk, Berlin:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im vergangenen Jahr beantragte die BAYER AG

beim Bundesgesundheitsamt die Zulassung für ihr erstes gentechnisch gewonnenes Medikament auf dem deutschen Markt. Es ist ein Wirkstoff zur Behandlung von Blutern, der Blutgerinnungsfaktor VIII. Menschen, die an Hämophilie erkrankt sind, können diesen Stoff, der bei Verletzungen die Wunden verschließt, nicht selber bilden. Bereits seit Jahren ist ein konventionell erzeugter Faktor VIII auf dem Markt. Per Injektion wird das Mittel an Blutler verabreicht. Der nun bei BAYER mit Hilfe der Gentechnik hergestellte Wirkstoff ist in den USA seit Beginn des Jahres auf dem Markt.

KOGENATE - so der Handelsname des Präparates - wird aus genmanipulierten Hamsterzellen gewonnen. Es soll den Hämophilie-Patienten das bisherige Präparat aus menschlichem Spenderblut ersetzen. Hier war nämlich bislang das Problem, daß ein großer Teil der Gerinnungsfstoffe aus Blutplasma am Markt mit HIV verseucht war. ... Was veranlaßt ein Unternehmen, das wesentlich zur Infektion mit HIV und zum Tod hunderter Bluter beitrug, sich heute als

Segensbringer aufzuspielen? Denn das »Leben mit der Furcht« - diese berechnete Angst vieler Bluter, sich bei der Behandlung mit Faktor VIII mit HIV zu infizieren, hat zu einem großen Teil auch BAYER zu verantworten. Der weltweit größte Hersteller von Blutplasma-Fertigpräparaten ist nämlich die BAYER-Tochter CUTTER in den USA. Und von dort kamen in den 80er Jahren auch die verseuchten Wirkstoffe auf den deutschen und internationalen Markt. ...

An Zynismus ist es nach alledem nicht zu überbieten, wenn es nun heißt, daß ausgerechnet ein Produkt der Gentechnologie für Bluter ein angstfreies Leben bringe. Der rekombinante Faktor VIII zeigte tatsächlich in klinischen Prüfungen, daß es keineswegs ein mit dem konventionellen Wirkstoff aus menschlichem Blut identisches Produkt ist. So wurde beobachtet, daß beide Wirkstoffe in ihrer Molekülstruktur unterschiedliche Zuckerketten aufweisen. Welche Bedeutung das für das Produkt hat, ist noch unklar.

Und Patienten, die mit dem rekombinanten Faktor VIII behandelt wurden, bildeten stärker Antikörper, als Patienten, die den humanen Wirkstoff erhielten. Es gibt keine schlüssige Erklärung für diese Reaktion.

Wie kann es der Konzern da verantworten, ein solches Medikament auf den Markt zu bringen? Die Frage der Sicherheit - von BAYER in Broschüren und in der Theorie lauthals als vorrangig verkündet - hat in der Wirklichkeit keinen Platz. ... Es mag ja sein, daß gentechnisch gewonnene Medikamente sich positiv auf die Konzernbilanzen auswirken. Solche Stoffe sind für die Patientinnen und Patienten gewöhnlich teurer als die herkömmlichen. Solange aber, wie die Folgen der Anwendung der modernen Biotechnologie nicht überschaubar sind, sollte auch vom BAYER-Vorstand nicht das Gegenteil behauptet werden. ... Im Dezember 1992 gab der Konzern bekannt, daß er gemeinsam mit der US-Firma VIAGENE eine Gentherapie zur Behandlung von Blutern entwickeln wolle. Ein solches Experiment an Menschen wurde bislang 77 Mal weltweit vorgenommen. Bisher waren es die Patienten mit Immundefekten oder Krebs. Es besteht bei diesen Methoden eine große Gefahr, daß die übertragenen Erbinformationen im Körper der Empfänger falsch eingebaut werden. Mit Recht wird in diesem Zusammenhang auch von einer möglichen Zeitbombe gesprochen. BAYER will nun diesen Weg mit Hämophilie-

Patienten beschreiten, auf die damit eine neue Gefahr zukommt. ...

Ich würde es sogar Nötigung nennen, was hier mit den Blutern geschieht. Unter dem Vorwand, Menschen in Notlagen helfen zu wollen, werden zuerst Mittel auf den Markt gebracht, die für diese Menschen nicht nur gesundheitsgefährdend, sondern tödlich sind. Nun kommt mit der Gentechnologie eine weitere unkalkulierbare Gefahr hinzu und der geplante Eingriff in die Erbanlagen ist ein Experiment, daß voll auf die Kosten der Betroffenen geht.

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: » ... Sie haben ein ganzes Bündel von Vorwürfen und teilweise grotesken Anschuldigungen erhoben. ... Ich will darauf nicht weiter eingehen.«



Initiative 'Kein Patent auf Leben', München, vorge-
tragen von Marc Pletzer, CBG:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 13. Mai 1992 hat das Europäische Patentamt in München erstmals ein Patent auf genmanipulierte Säugetiere erteilt. Das Patent, daß verschleiern »Krebsmaus«-Patent genannt wird, betrifft tatsächlich alle Säugetierarten dieser Welt, die so genmanipuliert werden, daß sie besonders anfällig für Krebserkrankungen sind. Diese »Krebsmaus« ist in Wahrheit eine »trojanische Maus«, die BAYER sowie der gesamten Genindustrie eine Bresche in internationales Recht schlagen soll. Für völlig neue Verwertungs- und Vermarktungsstrategien: Für die (Ab-)Schöpfung alles Lebendigen, bis hin zum Menschen.

Auch die BAYER AG versucht, Tiere patentieren zu lassen. Ein Beispiel hierfür ist die Patentanmeldung EP 0 451 700. Hinter dieser Nummer verbirgt sich ein Antrag auf genmanipulierte Mäuse - Mäuse, die angeblich an Alzheimer erkranken. Nicht nur die genmanipulierte Maus selbst, sondern auch alle ihre Nachkommen sollen durch das Patent geschützt werden. Ebenso wie das bereits erteilte Patent auf die sogenannte »Krebsmaus« verstößt dieser Antrag gegen das europäische Patentübereinkommen, das Tierarten sowie im wesentlichen biologische Verfahren (also die Ausnutzung der natürlichen Fortpflanzungsfähigkeit der Tiere) von der Patentierbarkeit ausschließt. Außerdem verstößt der Versuch, Tiere als Schöpfungen des Menschen patentieren zu lassen und der Eingriff in das Erbgut, der diese Tiere in ihrer Integrität und Gesundheit von Geburt an beraubt, gegen grundsätzliche Wertvorstellungen unserer Gesellschaft. Exemplarisch läßt sich an der »Alzheimermaus« zeigen, wie die Aussicht auf entsprechende Patenteinnahmen dazu führen kann, Tiere zum reinen Modell, zu kurzlebigen Produkten im Dienste der Pharmakonzerne verkommen zu lassen. Derzeit gibt es mindestens vier verschiedene, konkurrierende Patentanträge auf sogenannte »Alzheimermäuse«. Diesen Anmeldungen ist gemeinsam, daß sie auf äußerst fragwürdigen medizinischen Theori-

en beruhen, was sich schon darin zeigt, daß diese Mäuse an verschiedenen Alzheimer-Erkrankungen leiden. Wissenschaftliche Redlichkeit und tierschützende Bedenken werden geopfert, sobald die schnelle Mark verdient werden soll. ...

Inzwischen ist die industrielle Gentechnologie und damit auch BAYER dabei, mit Hilfe von Patenten auf ihre »Schöpfungen« eine ganz neue Art von Besitzverteilung zu schaffen. ...

Nach 20 Jahren der Forschung, in denen angeblich nichts passiert ist, geht es für die Genindustrie ans Eingemachte. Jetzt soll kräftig verdient werden, es geht um's Geschäft. Ethische Vorbehalte, ökologische Folgen, die Gefahren einer neuen Eugenik, die Ausbeutung der biologischen Artenvielfalt, all das soll ruhig weiter diskutiert werden. Inzwischen handelt die Industrie.

Wir fordern die Firma BAYER auf, ein Zeichen zu setzen. Legen Sie ihre Patentsprüche auf dem Gebiet der Gentechnologie offen. Ziehen sie den Patentantrag EP 0 451 700 zurück. Ziehen sie alle ähnlichen Anträge zurück, in denen Gene, Mikroorganismen oder Pflanzen beansprucht werden. ...

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: BAYER betreibt die Gentechnik sicher und verantwortungsvoll, in Übereinstimmung mit allen führenden Wissenschaftlern.



Hiltrud Breyer, Mitglied des Europäischen Parlaments, Europa-abgeordnete der GRÜNEN, Brüssel. Vorgetragen von Edeltraud Busalt-Schröder, CBG:

Sehr geehrte Damen und Herren,

BAYER hat sich in den vergangenen Monaten als Unterstützer der »Initiative pro Gentechnik« an einer großangelegten Anzeigenkampagne beteiligt. Sie behaupten, daß durch ein zu schaffendes Gentechnikgesetz Arbeitsplätze und der Industriestandort Deutschland gefährdet seien. Neue Jobs in der aufstrebenden Gentechnik-Industrie könnten dadurch erst gar nicht entstehen. Viele junge WissenschaftlerInnen müßten in die USA oder in andere EG-Länder ausweichen.

Tatsache aber ist, daß eine Reihe aktueller Studien diese Behauptungen als unzutreffend widerlegen. Eine Studie der Tufts-University Boston (USA) kommt zum Ergebnis, daß nirgendwo auf der Welt gentechnisch veränderte Medikamente so schnell auf den Markt kommen wie in Deutschland. Sogar bei den Zulassungsfristen für Gentechnik-Medikamente sind Deutschland und Europa schneller als die USA: Drei Jahre dauert es im Durchschnitt in den USA, zwei Jahre in Deutschland und der EG. Eine von der EG-Kommission in Auftrag gegebene Studie belegt weiterhin, daß es in den USA eine sehr viel stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung und Transparenz bei der Genehmigung gentechnischer Produktionsanlagen gibt, als in der EG. Das Märchen vom liberalen Gen-

Eldorado USA läßt sich nicht länger aufrecht-
erhalten. Und auch die zunehmende
Arbeitslosigkeit von WissenschaftlerInnen
hat mehr mit Stellenbesetzungssperren an
den Hochschulen, Überkapazitäten und
Ertragsschwund der chemischen Industrie
insgesamt zu tun, als mit angeblichen Behin-
derungen der Gentechnik.

Meine Damen und Herren: Der wirkliche Hin-
tergrund der »Industriestandort Deutsch-
land«-Kampagne von BAYER und VCI liegt in
der weltweiten Marktsättigung bei
Chemieprodukten, der verschärften Konkur-
renz aus den Schwellenländern bei der
Petrochemie, in harten Preiskämpfen und
sinkenden Erträgen der deutschen Chemie
auch aufgrund des Dollarkurses. Dem will der
VCI durch Kostensenkungen begegnen, die

ÜBER 15.000 STIMMEN FÜR DIE COORDINATION

Der COORDINATION sind zahlreiche Stimm-
rechte übertragen worden. Viele AktionärInnen
haben auf der HV spontan ihre Sympathie mit
den Kritischen bekundet. Durch das
Depotsstimmrecht bedingt, das es den
Bankenvertretern erlaubt, für den Aktienbesitz
ihrer KundInnen mit abzustimmen, sind die
Voraussetzungen von vornherein ungleich.
Durch das Depotsstimmrecht verfügen die
Geldinstitute über mehr als 80 % der Stimmen.
Vor diesem Hintergrund sind die erzielten Ergeb-
nisse ein großer Erfolg. Hauptanliegen der CBG
kann es angesichts der ungleichen
Machtverteilung jedoch nicht sein,
Abstimmungsergebnisse zu verändern, sondern
die Verantwortlichen bei BAYER und die Öffent-
lichkeit mit der schmutzigen Seite der
Konzernbilanz zu konfrontieren.

E r g e b n i s s e :
Anmerkung: Die CBG stimmte bei den TOP's 1
bis 9 mit NEIN!, bei 10 und 11 mit JA!.

1. Gewinnverteilung (11.- Divid. / 13.- Vorj.)
NEIN!: 12.870 St. = 0,04 % / Ja: 98,96 %
2. Entlastung des Vorstandes
NEIN!: 15.997 St. = 0,05 % / Ja: 98,67 %
3. Entlastung des Aufsichtsrates *
NEIN!: 741.493 St. = 2,27 % / Ja: 96,47 %
4. Wahlen zum Aufsichtsrat
NEIN!: 18.455 St. = 0,06 % / Ja: 98,69 %
5. Wahl des Abschlußprüfers für 1993
NEIN!: 0,04 %
6. Gegen Höchststimmrecht von 5 % * *
4,16 % für Prof. Wenger
7. Gegen mehrfache Aufsichtsrats-Mandate
(max. 2 pro Person) * *
1,27 % für Prof. Wenger
8. Altersgrenze für AR-Mitglieder durch-
schnittlich bis 58 Jahre * *
1,02 % für Prof. Wenger
9. Abberufung der AR-Mitglieder Martin * * *
Kohlhaussen und Hilmar Kopper
0,93 % für Prof. Wenger
10. BAYER muß Gegenanträge ohne
Kürzungen veröffentlichten * * *
JA!: 1.129.955 St. = 3,65 %
11. BAYER muß vollständige Auskunft über
Anteilbesitze erteilen * * *
JA!: 374.479 St. = 1,07 %

Das Abstimmverhalten von Prof. Wenger
zeigt, daß er die Anträge der CBG nicht
unterstützt hat.

* mit den Stimmen von Prof. Wenger, der einen
Großaktionär (E. Nold) mit ca. 300.000 Stimmen
vertreten hat.

** Erweiterung der Tagesordnung durch Wenger/
Nold, nach Aktiengesetz bei Besitz von mehr als
20.000 Aktien möglich

durch eine umfassende Deregulierung im Bereich von Steuern, Umweltauflagen, Lohnkosten und Sozialabgaben ermöglicht werden sollen. Ob die Wettbewerbsbedingungen in Japan und den USA im Vergleich zu Deutschland und der EG tatsächlich besser oder schlechter sind, spielt dafür real keine Rolle.

Sehr geehrter BAYER-Vertreter im VCI: Ihre Darstellung der Gentechnik als wachstumssträchtige Schlüsselindustrie, die Arbeitsplätze sichert, ist ebenfalls eher Wunschdenken als Realität. ...

Seit mehr als zehn Jahren verspricht die Gentechnik den großen Durchbruch bei der Bekämpfung unheilbarer Krankheiten und von Hunger - konkrete Ergebnisse kann sie allerdings nicht vorweisen. Hingegen verstärken sich die Hinweise auf ökologische Risiken der neuen Technik. Und auch auf der kommerziellen Ebene gibt es immer mehr Flops: Gentechnik-Medikamente sind oft nur teuer als herkömmliche, ohne mehr Wirksamkeit zu zeigen. Manche Produkte, in die große Hoffnungen gesetzt wurden ... erwiesen sich sogar als unwirksam oder gefährlich. ...

Aus all diesen Gründen muß BAYER aus der Front jener Unternehmen ausscheren, die von der Bundesregierung eine weitere Deregulierung des Gentechnikgesetzes und verstärkten Druck auf Brüssel zur Verwässerung der EG-Gentechnikrichtlinien fordern.

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »... Ihre Behauptungen kann ich nicht nachvollziehen. ... Auch bei uns ... nimmt die Zahl der Mitarbeiter beständig zu ..., allerdings vorwiegend in den USA. Ich denke, das genügt als Antwort.«



Anita Idel, Tierärztin, Barsbek:

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf wissenschaftlichen Kongressen und in wissenschaftlichen Zeitschriften

gibt es derzeit Veröffentlichungen über sogenannte Bioreaktoren. Gemeint sind damit aber nicht tote Bauwerke, sondern Säugetiere aus Fleisch und Blut. Sie sollen als Ersatzteillager für die Bildung von Medikamenten benutzt werden. Solche Bioreaktoren ist die gentechnisch manipulierte »Tracy«. Tracy gilt derzeit als das teuerste Schaf der Welt. Laut eigener Presseerklärungen hat BAYER Tracy für 30 Millionen DM vom schottischen Biotechnologie-Unternehmen PHARMACEUTICAL PROTEINS Ltd. erworben. Die Forschung schafft Fakten: In tausende von Säugetierembryonen sind bereits menschliche Gene eingespritzt worden, obwohl in der Öffentlichkeit noch gar keine Diskussion darüber geführt worden ist, ob »der Mensch im Schaf« überhaupt gewollt ist. Tracys Mutter ist mit Hormonen behandelt worden, damit sich möglichst viele befruchtungsfähige Eier an ihrem Eierstock bilden. Diese Eier sind aus dem Eileiter herausoperiert und im Glas - in-vitro - befruchtet worden. Anschließend sind ca. 500 menschliche Gene in Tracys Erbgut ein-

gespritzt worden. Mehrere dieser gentechnisch manipulierten Embryonen sind dann in den Eileiter eines weiteren weiblichen Tieres zur weiteren Reifung einoperiert und nach wenigen Tagen wieder herausoperiert worden, um in die Gebärmutter eines endgültigen Trägartieres transferiert zu werden. Diese biotechnischen Prozeduren sind »normal« im Umfeld einer gentechnischen Manipulation.

In Tracys Versuchsreihe sind insgesamt 549 Schafembryonen mit menschlichen Genen manipuliert worden. Die meisten Embryonen überlebten die gentechnischen Manipulationen nicht. Und von den lebend geborenen Lämmern hatten nur vier weibliche und ein männliches Tier tatsächliche fremde -menschliche- Gene in ihrem Erbgut. Solche »Erfolgsquoten« von unter einem Prozent entsprechen der Norm in der Genforschung mit landwirtschaftlich genutzten Säugetieren.

In ihrem Euter bildet Tracy nun das menschliche Protein Alpha-1-Antitrypsin (AAT). AAT ist für den natürlichen Selbstreinigungsprozeß der Lunge notwendig. Bei Patienten mit genetisch bedingtem AAT-Mangel bilden sich Gasansammlungen (Emphyseme), die Atemnot verursachen. Im fortgeschrittenen Stadium der Krankheit kann es zur Selbstverdauung der Lunge kommen. Bisher wird AAT aus menschlichem Blutplasma aus Spenderblut gewonnen. Nach Angaben von BAYER und PHARMACEUTICAL PROTEINS reichen aber die zur Verfügung stehenden Mengen nicht aus, um den weltweiten Bedarf zu decken. Die gentechnische Manipulation von Tieren erlaube nun die Produktion unbegrenzter Mengen des Lungenproteins, und damit würde es für alle Kranken zur Verfügung stehen, heißt es in den Presseerklärungen.

Diese in der Öffentlichkeit geweckten Hoffnungen auf »unbegrenzte AAT-Mengen« entsprechen aber nicht dem Stand der wissenschaftlichen Forschung. Derzeit stehen durch die drei weiblichen transgenen Schafe überhaupt keine AAT-Mengen zur Verfügung, mit denen eine größere Patientenzahl behandelt werden könnte. Der Nachweis von menschlichem AAT in der Milch dieser drei Schafe sagt auch noch nichts über die Vererbbarkeit des verantwortlichen Gens: unter ihren vier Nachkommen war bisher nur eines transgen. Die mangelnde Stabilität der fremden Gene charakterisiert bisher nicht nur die Genforschung an Schafen, sondern auch bei Schwein und Rind.

Ungeklärt ist aber nicht nur die Vererbung und damit die Quantität des zur Verfügung stehenden AAT. Bei der Untersuchung der transgenen Schafe hat sich gezeigt, daß sich die fremden Gene an unterschiedlichen Stellen und in unterschiedlicher Häufigkeit in das Erbgut eingefügt hatte (um eine Insertion zu erreichen, werden bei der gentechnischen Manipulation 300 bis 1.000 Gene blind in einen Embryo gespritzt). Neben der Häufigkeit ist somit auch die Qualität - die Struktur der Gene und ihrer Produkte - variabel. Das heißt, das in dem Schafeteut gebildete AAT entspricht nur mal mehr und mal weniger der Struktur des menschlichen AAT. Wir wissen bis heute nichts über Wirkungen und Nebenwirkungen auf den menschlichen Körper nach

der Behandlung mit AAT, das aus der Milch von Schafen stammt, die mit menschlichen Genen gentechnisch manipuliert worden sind. Spezifische Probleme, die sich durch die Behandlung mit menschlich-tierischen Produkten für die menschliche Gesundheit ergeben, sind bisher nicht erforscht worden. Somit gibt es auch keine einzige Untersuchung zur Wirksamkeit des AAT genmanipulierter Tiere am Menschen.

Hoffnungen für die Patienten werden geweckt, die durch den Stand der wissenschaftlichen Forschung nicht gedeckt sind.

... Auch über die Gesundheit der wenigen lebend geborenen manipulierten Schafe kann noch keine endgültige Aussage gemacht werden. ...

Während in der Öffentlichkeit die Verringerung von Tierversuchen gefordert wird, findet durch die Gentechnik eine ungeheure Ausweitung statt. »Tiere sind der natürliche Weg, solche Medikamente herzustellen«, konstatiert eine Forscherin, und Firmen werben damit, daß »der Bau aufwendiger steriler Biotechnik-Fabriken überflüssig« werden könnte. Und auch die Verwendung des partnerschaftlichen Namens »Tracy« sollte uns nicht vergessen lassen, daß dieselbe in wissenschaftlichen Untersuchungen mit »Bioreaktor« tituliert wird. ...

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: Ihr Vortrag »steht im Gegensatz zur Mehrheit aller Experten. Damit möchte ich dieses Thema beenden.«



Maria Ortiz, Blumpflückerin aus Kolumbien:

Nachdem Maria Ortiz, die mit Übersetzerin des Pult betrat, sich in ihrer Landessprache vorgestellt hatte,

wurde sie von Versammlungsleiter Strenger abrupt unterbrochen. Strenger wörtlich: »... Die Gerichtssprache in Deutschland ist nun einmal deutsch.« Strenger verweist auf den anwesenden Notar, der den Verlauf der Hauptversammlung zu kontrollieren habe. Strenger weiter: »Daher möchte ich Sie bitten, sich der deutschen Sprache zu bedienen ... Einen Vortrag in fremder Sprache (mit Übersetzung, d. Red.) werde ich nicht zulassen.« Ein Armutszeugnis für einen international agierenden Konzern. Die Übersetzerin erklärt, daß Frau Ortiz sich lediglich persönlich habe vorstellen wollen. Ihre Rede werde in deutscher Übersetzung vorgetragen. Sichtlich irritiert rang Strenger sich eine gequälte Entschuldigung ab.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin Maria Ortiz, komme aus Kolumbien und bin eine der 130.000 Personen, die dort auf Blumenplantagen arbeiten. Die meisten von uns sind Frauen. Ich will in dieser Hauptversammlung ein Zeugnis davon ablegen, weil es mir wichtig erscheint, daß Sie als Deutsche und als Aktionärinnen und Aktionäre unsere Probleme auf den Blumenfarmen verstehen, die auch mit dem BAYER-Konzern verbunden sind.

Nach Angaben des Kolumbianischen Instituts für Landwirtschaft und Viehzucht (ICA) werden jährlich ca. 40.000 Tonnen Pestizide in der Agroindustrie verbraucht. Viele davon werden von BAYER produziert und im Schnittblumenanbau eingesetzt.

Wie geschieht das nun konkret? Vor allem in der Erntezeit dürfen wir die Gewächshäuser meist nicht verlassen, wenn gespritzt wird. Der Geruch, das Einatmen und der Körperkontakt mit den Chemikalien verursachen Kopfschmerzen, Übelkeit, Schwindel, Erbrechen, Bewußtlosigkeit und Krämpfe. Es hat sogar Todesfälle gegeben. Auf der Blumenplantage Flores Fantasia starb Blanca Flor Silva an einer Vergiftung. Das gleiche Schicksal erlitt Ricardo Charvarro, ein 17-jähriger Arbeiter bei Flores Colón. Marfa del Pilar Fernández wurde mit 17 Jahren arbeitsunfähig und starb fünf Jahre später an Multiple Sklerose aufgrund der Agrogifte. Olga Becerra hat ein schweres Nervenleiden, ist seit zwei Jahren im Hospital San Rafael und kann sich nur noch im Rollstuhl bewegen. Ich könnte unendlich mehr ähnliche Fälle aufzählen.

In Erntezeiten werden wir zu Überstunden verpflichtet. Wir sind dann über 15 Stunden Agrogiften ausgesetzt. Wir fangen um sechs Uhr morgens an zu arbeiten und verlassen die Plantagen erst um 22.00 Uhr. Von den Arbeitgebern wird noch nicht einmal auf die schwangeren Frauen Rücksicht genommen. Auch sie können dem ständigen Kontakt mit Pestiziden nicht entgehen. Deshalb kommt es zu Fehlgeburten, Totgeburten und Mißbildungen. Stillende Mütter geben die Giftstoffe mit der Milch an ihre Kinder weiter. Weil unsere Arbeitskleidung nicht in den Betrieben gewaschen wird, kontaminieren wir damit unsere Kinder.

Wir haben keine korrekten Informationen über die Wirkungen der eingesetzten Agrochemikalien. Deshalb können wir keine Vorsichtsmaßnahmen ergreifen und sind diesen schutzlos ausgesetzt. Wenn wir die Pestizidanwender fragen, wie toxisch ein Mittel ist, erhalten wir eine falsche Auskunft, weil auch sie die Produktnamen nicht kennen und noch weniger über die Wirkungen der Chemikalien Bescheid wissen. Ich komme vom Land und habe schon als Mädchen die Auswirkungen des Insektizides PARATHION, das BAYER herstellt, kennengelernt. Es ist tödlich. 1967 habe ich den folgenden Fall erlebt: In Chiquinquirá, einer Kleinstadt in Kolumbien, kam es zu einem schweren Unfall mit einem Lastwagen, der Mehl geladen hatte. Auf dem LKW standen auch einige Kanister PARATHION. Einer dieser Kanister platzte und versuchte das Mehl. 65 Menschen starben, nachdem sie mit Parathion vergiftete Bröckchen gegessen hatten!

Fast dreißig Jahre nach dieser Tragödie erlebe ich heute an meinem Arbeitsplatz in den Blumenfarmen, daß weiterhin PARATHION eingesetzt wird. ...

Ich frage die Mitglieder des Vorstands des BAYER-Konzerns: Wenn die Gefährlichkeit dieser Produkte bekannt ist, warum werden sie dann weiterhin hergestellt und in Ländern verkauft, in denen die notwendigen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen wie sie der FAO-

Kodex (internationaler Verhaltenskodex für das Inverkehrbringen und die Anwendung von Pestiziden) vorsieht nicht gewährleistet sind? Wo es an Handschuhen, Gesichtsmasken, geeigneter Arbeitskleidung mangelt, wo es keine Betriebsduschen gibt, Chemieabfälle nicht adäquat und kontrolliert beseitigt werden, und Anwender und ArbeiterInnen nicht die genügenden Informationen und Ausbildung für den Umgang mit diesen Stoffen erhalten. Ich nehme an, daß Pestizide dazu da sein sollten, Schädlinge, nicht aber Menschen zu töten?! ...

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »Sie haben die uns von vielen vorhergehenden Hauptversammlungen bekannten Vorwürfe wiederholt. ... Dazu haben wir bereits ausführlich Stellung genommen. ... Es versteht sich von selbst, daß wir nur sichere Produkte verkaufen. Das gilt auch für PARATHION, das in Deutschland wieder zugelassen ist.«



Bernhard Scholer,
Pestizid Aktions
Netzwerk (PAN),
Hamburg:

Sehr geehrte Damen und Herren,

bereits seit zehn Jahren setzen wir

uns im internationalen Pestizid Aktions-Netzwerk für die Verminderung der mit dem Pestizideinsatz verbundenen Gefahren ein. Dabei geht es PAN vor allen Dingen um die Länder der sogenannten Dritten Welt, wo die meisten Vergiftungen durch Pestizide zu beklagen sind. Verantwortlich für diese Vergiftungen ist unter anderem auch die Firma BAYER, wie das Beispiel Südafrika zeigt.

Mit Blick auf die Republik Südafrika mußten wir feststellen, daß BAYER nicht von einer Vermarktungspraxis abgewichen ist, die darin besteht, hochgefährliche Pestizide auch dort zu vertreiben, wo die für eine weniger gesundheitsschädliche Ausbringung notwendige Ausbildung und Schutzkleidung nicht vorhanden ist. BAYER verstößt, wie wir nun wiederum feststellen müssen, gegen den bereits 1985 verabschiedeten Verhaltenskodex der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). In diesem Verhaltenskodex heißt es, daß (die Industrie) »den Verkauf von Pestiziden einstellen und die Produkte zurücknehmen sollte, wenn eine sichere Anwendung im Rahmen der Gebrauchsanleitung oder von Beschränkungen nicht möglich erscheint«.

Dennoch hat BAYER in Südafrika Produkte auf dem Markt gebracht, die von der Weltgesundheitsorganisation als gefährlich eingestuft werden. Dazu gehören das Produkt THIODAN WP (Wirkstoff: Endosulfan), das Produkt METASYTOX 250 EC (Wirkstoff: Oxydemeton-methyl), das Produkt FOLIDOL 550 EC (Wirkstoff: Parathion-methyl) und das Produkt DEDEVAP 1000 EC (Wirkstoff: Dichlorvos). Nach den Vorgaben der Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen dürfen solche gefährlichen Pestizide nur durch gut ausgebildetes und trainiertes sowie strikt beaufsichtigtes Personal ausgebracht werden. Wir verstehen nicht, daß BAYER mutwillig in Kauf nimmt, als Verursacher von Vergiftungen benannt

zu werden, indem solche Mittel im Sortiment gehalten werden. ...

Untersuchungen zu der Situation vor Ort ergaben, daß lediglich zehn Prozent der Landarbeiter Zugang zu Schutzkleidung haben. Das heißt, daß 90 Prozent der Landarbeiter gefährlichen Pestiziden wie den oben genannten, von BAYER vertriehenen Produkten, völlig ungeschützt ausgesetzt sind.

BAYER ist in Südafrika nicht einer von vielen Anbietern am Pestizidmarkt, sondern einer der vier größten. BAYER nimmt damit eine exponierte Stellung auf dem südafrikanischen Pestizidmarkt ein. Diese exponierte Stellung begründet eine hohe Verpflichtung, für die Gesundheit der mit BAYER-Pestiziden umgehenden Landarbeiterinnen und Landarbeiter Sorge zu tragen. Wir fordern daher die Geschäftsführung von BAYER erneut auf, auf die Vermarktung der genannten gefährlichen Pestizide dort zu verzichten, wo staatliche Maßnahmen den Schutz von Arbeitern und Konsumenten nicht gewährleisten. ...

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »... Das trifft nicht zu, ... Wir vertreiben nur zugelassene, sichere Produkte und halten uns selbstverständlich an den FAO-Kodex. Einen Grund, unsere Vertriebspraxis zu ändern, gibt es daher nicht.«



Regine Günther,
CBG, Köln:

Regine Günther hat zu Haushaltsinsektiziden gesprochen. Zur Veranschaulichung hatte sie ein BAYER-Mittel, das

überall im Handel frei erhältlich ist, mit in den Versammlungsraum bringen wollen. Das Mittel wurde vom Werkschutz beschlagnahmt. Begründung: Darin gefährliche Stoffe dürfen nicht hineingebracht werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wissen Sie, was Pyrethroide sind? Bestimmt ist für die meisten von Ihnen das Wort neu, obwohl die Stoffe Sie tagtäglich umgeben. Pyrethroide sind, um es anschaulich zu machen, in fast allen Insektensprays, in elektrischen Fliegenlötlern, sogenannten Elektroumsaugern und den Mitteln von Kammerjäger enthalten; Ihre Kleidung, Ihre Teppiche und Wolldecken sowie Ihre Federbetten werden routinemäßig vom Hersteller damit behandelt. Der natürliche Stoff, der aus Chrysanthemen gewonnen wird, wird so verändert, daß er praktisch nicht mehr abbaubar ist. Von BAYER kennen wir das so populäre BAYGON Insektenspray, BAYGON ELEKTRO-INSEKTENFREI, SOLFAC, BLATTANEX und natürlich EULAN. Das kennen Sie bestimmt, die Federbetten werden eulanisiert. Vor drei Jahren wurde hier jedoch eine entscheidende Veränderung vorgenommen: Das relativ harmlose Harnsäurederivat wurde durch das Pyrethroid PERMETHRIN ersetzt.

Was sind nun Pyrethroide? Um es kurz zu machen: Es sind hochkarätige Nervengifte. Nach Untersuchungen des Forschungs-

zentrum für Umwelt und Gesundheit bei München gehen erhebliche Gesundheitsrisiken von Pyrethroiden für Menschen aus, da 1. sie nicht nur die Nervenleitung von Insekten blockieren, sondern auch bei allen übrigen Tieren und beim Menschen, 2. ihre Nervenwirksamkeit die der weltbekannten Gifte DDT und Lindan bei weitem übersteigt, 3. Ablagerungen von Pyrethroiden im Gehirn bei Versuchstieren festgestellt wurden, 4. die Wirkungen entgegen der Behauptungen von BAYER irreversibel sind und 5. sich die Wirkungen aufsummieren, was darauf hinweist, daß die Pyrethroide in Nerven akkumulieren.

Eigentlich sollte man glauben, daß gerade der Umgang mit Giftstoffen gesetzlich streng geregelt und amtlich scharf überwacht wird. Weit gefehlt. Anders als beispielsweise bei den Pestiziden in der Landwirtschaft müssen die für den häuslichen Bereich vorgesehenen Giftstoffe kein Prüf- und Zulassungsverfahren durchlaufen. Die Mittel müssen nicht einmal registriert werden. Bei dem oben genannten Forschungszentrum sind 320 Fälle von Pyrethroidvergiftungen namentlich bekannt, bei zehn Fällen so starke Vergiftungen, daß ihnen gerichtlich ein Rentenanspruch zuerkannt wurde.

Doch worunter leiden Menschen, die von Pyrethroiden vergiftet sind? Sie leiden unter ständigen Kopfschmerzen, Übelkeit, Sehstörungen, Gedächtnisverfall, Motilitätsstörungen von Magen, Darm und ableitenden Harnwegen bis zu vollständigen Lähmungen der Muskulatur von Armen, Beinen und im Bereich des Rumpfes. Im Falle von BAYERS EULAN, das bei Federbetten eingesetzt wird, ist es besonders fatal, weil vor allem kranke und alte Menschen sowie Kinder dem Nervengift besonders lange ausgesetzt sind. Menschen eben, die lange das Bett hüten (müssen).

Meine Herren vom Vorstand und Aufsichtsrat, ich trage zumindest Ihnen nichts Neues vor. Auch wenn Sie in Ihrer Antwort - wie altbekannt - alles leugnen werden. Sie kennen den Sachverhalt sehr gut. Schon seit 1988 warnt das Bundesgesundheitsamt vor diesen Produkten, auch in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift »Test« kann dies nachgelesen werden - Konsequenzen daraus zu ziehen, waren Sie bisher nicht gewillt. Ganz im Gegenteil: Sie exponieren sich, wenn es darum geht, die bekannten Effekte durch Pyrethroide schlicht zu leugnen. In einer sogenannten Informationsschrift behaupten Sie, daß keine negativen Effekte bei der Anwendung von Elektrovendampfern bekannt seien. Und das, obwohl Sie selbst solche Fälle am IBSA gemeldet hatten. Sie behaupten weiterhin, daß es zu keinem irreversiblen Nervenschädigungen als Folge von Pyrethroidvergiftungen kommen kann. Und das, obwohl Dr. Korallus, damals leitender Arzt bei der BAYER AG in Leverkusen am 7. Januar 1986 in einem Gutachten genau dies in einem Fall festgestellt hat.

Meine Herren vom Vorstand und Aufsichtsrat, Sie möchten das angeschlagene Image der Chemieindustrie wieder aufpolieren. Mit dieser Politik, die die Schädigung der Gesundheit unzähliger Menschen in Kauf nimmt, wird dies nicht gelingen. Ich fordere Sie, die Aktionäre und Aktionärinnen auf, diesen

Vorstand nicht zu entlasten.

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »Frau Günther wirft uns vor, wesentlich gesundheitsgefährliche Mittel zu vertreiben. Diese Behauptung ist falsch. ... Bei vorschriftsgemäßer Anwendung sind sie (die Mittel) sicher und umweltverträglich. ... Wenn Sie sich ernsthaft mit diesem Problem befaßt hätten, wüßten Sie auch, daß die Ergebnisse des Forschungszentrums, das Sie zitiert haben, nicht haltbar sind.«



Usche Merk, medico international, Frankfurt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht erinnern Sie sich: Auf Einladung von me-

medico international und der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN stand im letzten Jahr der Arbeitsmediziner Dr. Mark Colvin aus Südafrika an meiner Stelle und berichtete über die arbeitsbedingten Krankheiten bei der BAYER-Tochter CHROME CHEMICALS in Durban (die seit 18. Juni 1992 in BAYER Pty Ltd. umbenannt wurde). Dr. Colvin legte ausführlich dar, wie die gesundheitsgefährdenden Arbeitsbedingungen dieser chromverarbeitenden BAYER-Tochter dazu geführt haben, daß 34% der ehemaligen Arbeiter an schweren Nasenscheidewandperforationen leiden und mindestens 9 Fälle von tödlichem Lungenkrebs bekannt sind. Als diese skandalösen Tatsachen zum ersten Mal öffentlich gemacht wurden - das war schon 1991 - reagierte die BAYER-Tochter lediglich mit der Schließung des umstrittenen Produktionsbereichs und der Entlassung von 215 Arbeitern. Diese Arbeiter sind jetzt ohne jedes Einkommen, ohne ausreichende medizinische Versorgung und ohne jegliche Entschädigung für ihre chrombedingten Gesundheitsschäden von seiten der BAYER AG - die schlichtweg behauptet, nicht verantwortlich zu sein.

Dr. Colvin hat sie letztes Jahr aufgefordert, einen Fond für die ehemaligen Arbeiter einzurichten, aus dem medizinische Untersuchungen und Entschädigungen für die Betroffenen bezahlt werden. Was war Ihre Antwort darauf? Man würde die Krankheitsfälle zwar bedauern, für deren Ursache aber keine Verantwortung übernehmen, denn die lägen in der Zeit vor der Übernahme durch die BAYER AG 1974. Jetzt frage ich Sie, Herr Schneider: Wie können denn die Ursachen für die Nasenscheidewandperforationen der Herren Zikwile, Nyawusa, Ngcoya, Mthembu, Dofile und anderer aus der Zeit vor 1974 stammen, wenn diese Arbeiter überhaupt erst nach 1974 eingestellt wurden? Was ist denn mit der werksinternen Krankenakte des Herrn Zakhele Gumede, die belegt, daß er 1983 mit einer gesunden Nase eingestellt wurde und schon 1985 ein solches Loch in der Nase hatte, daß er einen Finger durchstecken konnte?

Die tödlichen Auswirkungen dieser fahrlässigen - oder sollte ich besser sagen - menschenverachtenden Arbeitssicherheitspolitik treten zudem oft erst nach Jahren auf,

so wie bei Herrn Rajoo, der seit Februar 1992 Lungenkrebs hat. Die einzelnen Fakten in diesem Fall muß ich hier nicht noch mal wiederholen, sie können in verschiedenen Publikationen, die wir jederzeit zur Verfügung stellen können, nachgelesen werden. Auch zahlreiche Presseberichte und selbst das Fernsehen, sowohl in Südafrika als auch in Deutschland, untersuchten die Vorgänge und kamen zu demselben Ergebnis: nämlich Ihre Verantwortung für die Vorgänge.

Doch Sie behaupten in Ihren Presseerklärungen weiter, daß in Südafrika dieselben Leitlinien für Sicherheit und Umweltschutz gelten würden, wie in Ihren Betrieben in Deutschland. Warum gab es dann aber bei CHROME CHEMICALS nur Papiermasken gegen den tödlichen Chromstaub, die nach Aussage eines deutschen Arbeitsschutzexperten den deutschen Arbeitsschutzbestimmungen nicht entsprechen?

Wir sagen Ihnen warum: Weil Sie sich unter dem Schutz einer Gesetzgebung unbehelligt fühlen konnten, die Rassismus und Menschenverachtung zum Prinzip gemacht hat, zum Prinzip Apartheid nämlich. Die UNO nannte dieses System ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Sie haben von den miserablen Arbeitsschutzgesetzen in Südafrika (schamlos) profitiert und fühlen sich jetzt außerhalb jeglicher Verantwortung, weil Sie sich auf dem Boden des Gesetzes befanden, des Apartheidgesetzes nämlich. Wir wollen und können nicht akzeptieren, daß Verantwortung so leicht an die Gesetze eines Unrechtsregimes delegiert werden kann und Sie sich damit auch jeglicher moralischen Verantwortung entziehen. Deshalb haben wir zusammen mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN in Absprache mit den betroffenen Arbeitern und der südafrikanischen Chemiearbeitergewerkschaft am 15. Dezember 1992 hier in Deutschland Strafrecht gegen die verantwortlichen deutschen Manager bei CHROME CHEMICALS und BAYER gestellt. Denn nach dem deutschen Strafrecht liegt der Verdacht auf folgende Delikte vor: fahrlässige und schwere Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge und fahrlässige Tötung durch Unterlassung.

Auch wenn die Kölner Staatsanwaltschaft das Verfahren zunächst eingestellt hat, was Sie als Bestätigung Ihrer Position interpretieren werden, halten wir Sie weiter politisch und moralisch für die Gesundheitsschäden verantwortlich. Denn die Staatsanwaltschaft hat den Sachverhalt selbst nicht geprüft, sondern lediglich ihre Nichtzuständigkeit erklärt, da CHROME CHEMICALS eine Gesellschaft südafrikanischen Rechts sei, die nur den dortigen Gesetzen und Bestimmungen unterliege.

Und damit sind wir genau wieder an dem Ausgangspunkt unserer Argumentation angelangt: Die BAYER AG hat sich bei der chromverarbeitenden Produktion ihrer Tochtergesellschaft CHROME CHEMICALS die in Südafrika herrschenden Unrechtsgesetze zunutze gemacht. Uns ist nicht bekannt, daß die BAYER AG auch die Verantwortung für die Gewinne aus dieser Produktion abgelehnt hat, sie beschränkt ihre Nichtzuständigkeit auf die Folgen. Oder wurden die Gewinne transferiert? Das erinnert

an die Entschädigungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter aus der NS Zeit, die sie an die damals beteiligten Unternehmen stellen (darunter auch der BAYER-Vorgänger IG FARBEN).

An dieser Stelle wurde Usche Merk - zum wiederholten Male von Versammlungsleiter Strenger unterbrochen. »Es gibt keinen Grund, polemisch zu werden und die Grundregeln guten Benehmens zu vergessen.« Strenger forderte Usche Merk eindringlich auf, »sachlich (zu) bleiben«.

... Bei der Einbehaltung der Einnahmen durch die Zwangsarbeit haben diese Betreibe jedoch sehr wohl die praktische Rechtsnachfolge ihrer Vorgänger angetreten. Wir geben nicht auf und prüfen im Moment das weitere Vorgehen, weil wir uns menschlich verantwortlich fühlen und einen Beitrag zur Linderung des entstandenen Elends leisten wollen. Als ich im letzten Jahr in Südafrika war und viele der ehemaligen Arbeiter traf, wurde mir noch mal direkt das ganz Ausmaß der menschlichen Zerstörung vor Augen geführt: Junge und alte Männer, die schwer röcheln und permanente medizinische Betreuung benötigen, die sie sich oft nicht mal leisten können, weil sie ohne jedes Einkommen sind und ohne jede Chance, in ihrem Zustand eine neue Arbeit zu finden. Familien, die durch den Tod ihres Brotverdieners in existentielle Armut getrieben wurden. Sollten sie nur noch zum Dahinvegetieren oder Sterben verdammt sein?

Stünde es einem Großunternehmen wie dem Ihren nicht an, sich dieser Verantwortung zu stellen und der im Grunde kleinen Zahl von Menschen Unterstützung zukommen zu lassen? Daß wir mit unseren Forderungen nicht allein stehen, belegen die Unterschriften tausender Menschen (die die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN und medico international gesammelt haben und) die wir Ihnen hiermit überreichen wollen.

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: »Ihre Behauptungen werden durch Wiederholungen nicht richtiger. ... (Es gibt) keine arbeitsplatzbezogenen Neuerkrankungen. Für die Entschädigung berufsbedingter Krankheiten ist in Südafrika eine Berufsgenossenschaft zuständig. Von einer Verweigerung der Entschädigung durch unser Unternehmen kann keine Rede sein.«

VISION: MODERNE MUSKETIERE

Die kolumbianische Zeitung *Vision* berichtet am 13. Mai 1993 über die BAYER-HV: "... In der Art von modernen Musketieren oder Don Quijotes, Kämpfern gegen Unrecht und Ungerechtigkeiten, hat eine Gruppe aus 20 BAYER-Aktionären ... im Rahmen einer Aktionärsversammlung bekannt gemacht, daß das Unternehmen weiterhin Produkte herstellt, die die menschliche Gesundheit zerstören und die Umwelt schädigen. ... Die Haltung der anklagenden Aktionärsgruppe ist nicht grundlos. ... Kolumbien (ist) in der Tat der wichtigste Blumenexporteur der Dritten Welt ...

In Kolumbien erhebt sich hinter dem vielfarbigen Regenbogen der Blütenblätter der Blumen drohend der Galgen des Todes, der wie ein heimlicher Dieb das Leben von hunderten von Arbeitern raubt. Sie sterben früh für einen Hungerlohn um die Geldbeutel der großen Exporteure zu füttern ..." Ricardo Arenales/Übersetzung: Dietmar App



Axel Köhler-Schnura, CBG, Düsseldorf:

Sehr geehrte Damen und Herren,

... wir stehen an der Schwelle des größten techno-

logischen Umbruchs in der Geschichte der Menschheit und der BAYER-Konzern ist einer derjenigen Konzerne, der diesen Umbruch weltweit besonders aggressiv betreibt. Und dabei weiß heute noch niemand, noch nicht einmal annähernd, auch die Herren hier am Vorstandstisch nicht, welche Folgen und Konsequenzen die Gentechnik für Mensch und Umwelt mit sich bringen wird. Wenn Vorstand und Aufsichtsrat bei der Erörterung dieser hochgefährlichen Technologie das Mikrofon abstellen, dann wissen sie genau, weshalb. Die Herren kennen das Risiko- und Gefahrenpotential dieser neuen Technologie besser als jeder andere hier im Saal und wollen das unter der Decke halten; die Herren wollen sich die in Aussicht stehenden riesigen Profite nicht durch Beiträge der kritischen BAYER-AktionärInnen madig machen lassen.

Wenn aber Sie hier im Saal kritische RednerInnen, die zu Gentechnik bei BAYER sprechen, niederklatschen, dann laufen Sie Gefahr, sich ein Armutzeugnis erster Ordnung auszustellen. Wollen Sie warten, bis die erste Biokatastrophe in Verbindung mit dem Namen BAYER durch die Schlagzeilen geht? Stellen Sie sich Ihrer Verantwortung als AktionärInnen, als Besitzer des BAYER-Konzerns heute. Setzen Sie sich mit dieser neuen Technologie auseinander bevor es wieder einmal zu spät ist.

Herr Schneider, Sie meinen, Gentechnik wäre der Schlüssel "zur Lösung der Probleme der modernen Industriegesellschaft". Abgesehen davon, daß das ziemlich hohl klingt, erweist sich Ihre Äußerung bei näherem Hinsehen geradezu als Zynismus: Einer insbesondere durch Ihre Gifte aus den Fugen geratenen Welt wollen Sie begegnen, indem Sie Pflanzen und Lebewesen genetisch "anpassen"; und dann auch noch zum zweiten Mal abkassieren.

Herr Schneider meint, unsere Kritik an der Gentechnik stünde in "beachtenswertem Widerspruch" zur Meinung von Wissenschaftlern in aller Welt. Na und, was ist damit gesagt? Die Atomtechnologie z.B. hat doch deutlich gezeigt, was von der Meinung der Wissenschaftler in aller Welt zu halten ist und daß die öffentliche Kritik an dieser Meinung sehr wohl berechtigt ist und Sachverstand hat.

Meine Damen und Herren, gestern in den Tagesthemen wurde auf den Punkt gebracht, was hier stattfindet: "Kapitalismus in Reinkultur", getragen von uneinsichtigen Managern und von einer "von Wagenburg-Mentalität" besessenen Aktionärschaft, denen die Profite des Unternehmens über alles gehen. Mittlerweile sehen das also nicht nur wir als kritische BAYER-AktionärInnen so, sondern auch das Fernsehen. Und selbst die wohlgesonnensten Medien, wie etwa die

FAZ oder die Wirtschaftswoche werfen den verantwortlichen Managern in den Vorstandsetagen "Verbocktheit", "Uneinsichtigkeit" oder auch "unverantwortliche Weltfremdheit" vor. Ein renommiertes internationales Beratungsunternehmen, das Kienbaum-Institut, bescheinigt den Topmanagern in bundesdeutschen Vorstandsetagen gar die Qualität von "Nieten in Nadelstreifen", die neurotisch auf ihren Wolken sitzen und auf die zunehmenden ökologischen und sozialen Katastrophensignale mit realitätsferner Uneinsichtigkeit reagieren. Ich kann allen AktionärInnen nur die Lektüre dieses Berichtes, der unter dem Titel "Nieten in Nadelstreifen" auf dem Buchmarkt erhältlich ist, wärmstens ans Herz legen.

Soweit meine Vorbemerkungen, die jedoch - so denke ich - einen gewissen Hintergrund für meine Gegenanträge abgeben. Als erstes stelle ich den Antrag, die Mitglieder des Vorstands nicht zu entlasten. In 33 Begründungen von anderen und mir, die Ihnen meine Damen und Herren, allerdings nur völlig verstümmelt mitgeteilt wurden, wurde dieser Antrag ausführlich untermauert. Auch wenn Herr Schneider eingangs diese 33 Gegenanträge diffamierte, werden die in Ihnen vorgetragenen Fakten doch nicht weniger stichhaltig. Einige der in den Begründungen angesprochenen Probleme wurden Ihnen mittlerweile von anderen RednerInnen ausführlich vorgetragen. Und glauben Sie mir, diese immerhin schon recht lange Liste von Fällen sind lediglich die Spitze eines Eisberges. Die Reaktionen von BAYER auf unsere Darlegungen der Probleme belegen einmal mehr, daß die Firmenleitung unfähig und auch nicht willens ist, die modernen ökologischen, politischen und sozialen Probleme anzunehmen und zu lösen: Vor dem Hintergrund der breiten ökologischen und sozialen Schadensspur, die BAYER auch 1992 wieder in aller Welt hinterlassen hat, halte ich die vom Vorstand zu verantwortende verstümmelnde Verkürzung unserer Gegenanträge in der Aussendung an die AktionärInnen für einen Skandal und die gemachte Feststellung von Vorstand und Aufsichtsrat, "alle Anträge seien unbegründet", für absurd und unverantwortlich. Einem Vorstand, der in 11 Jahren nichts anderes demonstrierte als die Unfähigkeit und den Unwillen zu lernen, stattdessen aber den Willen zum Profit um jeden Preis, kann keine Entlastung erteilt werden.

Ich möchte Sie hier im Saal an dieser Stelle darüber informieren, daß die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN, deren Vorstand ich angehöre, im Jahr 1992 Strafanzeige gegen den Konzern und seine verantwortlichen Manager gestellt hat. Wir sind der Meinung, daß BAYER ebenso wie die ehemalige BAYER-Tochter DESOWAG die Verantwortung trägt für die Vergiftung von tausenden von Menschen und die Verseuchung vieler Wohn- und Nutzräume mit DIOXIN durch die bekannten BAYER-Holzgifte XYLAMON und XYLADDECOR. Diese Gifte trugen das BAYER-Kreuz und hier von diesem Mikrofon aus wurde seit 1982 über Jahre hinweg der Vorstand immer wieder über die Gefahren informiert und die Einstellung des Vertriebs dieser gemeingefährlichen Stoffe gefordert. Wie auch heute wieder reagierte der Vorstand seinerzeit ständig

wider besseres Wissen und wider alle Argumente mit der stereotypen Wendung: "Entbehrt jeglicher Grundlage". Als dann die Staatsanwaltschaft in Frankfurt in vielen Tausend Fällen die Anklageerhebung vorbereitete, trennte sich BAYER schnell von seiner giftigen Tochter. Wir sind der Meinung, die verantwortlichen BAYER-Manager, vor allem Herr Strenger und Herr Schneider, gehören neben die DESOWAG-Manager nach Frankfurt auf die Anklagebank.

Ich beantrage auch, den Aufsichtsrat nicht zu entlasten. Der Aufsichtsrat ist seiner Verantwortung ebenfalls in keiner Weise nachgekommen. Längst ist er vom Mitwisser zum Mittäter geworden. Ich frage - und ich bin gespannt, wer diese Frage beantworten wird: Was gedenken insbesondere die Herren Gewerkschafts- und Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat zu tun, damit die Krebsraten unter ihren Mitgliedern wieder gesenkt werden, damit die Arbeitsplätze bei BAYER ökologisch und sozial verträglich werden, damit die Familien der Firmenangehörigen und der Anwohner gesund und sicher leben können, damit die politischen Weichen für eine ökologisch und sozial verträgliche Zukunft gestellt werden, damit der BAYER-Konzern endlich ökologisch, politisch und sozial umgebaut wird - hin zu einer umwelt- und menschenverträglichen Produktion?

Weiterhin frage ich das Mitglied des Aufsichtsrates (und Mitglied des Bundestages, Vorsitzenden der IG Chemie, SPD-Mitglied, Vorsitzenden des Internationalen Chemiearbeiterverbandes etc.) Herrn Rappe: Wie kommen Sie dazu, sich mit Ihrer Gewerkschafts- und Aufsichtsratsautorität in Beziehungen von BAYER-Kritikern zu ausländischen Gewerkschaften einzumischen und zu versuchen, diese Kontakte mit Horrorgeschichten aus der BAYER-Öffentlichkeitsabteilung zu unterminieren?

Mein Antrag zur Gewinnverteilung: Der Gewinn soll verwendet werden für Entschädigungen an Opfer der BAYER-Geschäftstätigkeit, z.B. für die Entschädigung der südafrikanischen BAYER-Arbeiter bei CHROME CHEMICALS und der kolumbianischen BAYER-Opfer in Blumenindustrie. Der Gewinn soll verwendet werden für die Sanierung von Umweltschäden in aller Welt, so z.B. der größten bewohnten Giftmülldeponie Europas, der Dönnau in Leverkusen. Der Gewinn soll verwendet werden für die längst fällige Wiedergutmachung an Menschen bzw. deren Angehörigen, die für das BAYER-IG FARBE-Kartell unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit bis zum Tod leisten mußten. Der Gewinn soll verwendet werden für die Zahlung menschenwürdiger Löhne in allen Ländern der Welt, für Sozialleistungen, Arbeitsschutzmaßnahmen und Sicherheitseinrichtungen für Mensch und Umwelt. Der Gewinn soll verwendet werden für einen ökologischen und sozialen Umbau des Konzerns hin zu einer menschen- und umweltverträglichen Produktion.

Ich frage Vorstand und Aufsichtsrat: Wann wird aus der weltweiten "Giftküche" BAYER ein konsequent ökologisch und sozial orientierter Betrieb? Wann öffnet sich BAYER einer demokratischen Kontrolle? Welcher Plan existiert für einen derartigen ökologischen,

sozialen und politischen Umbau des Konzerns? Welche finanziellen und wissenschaftlichen Kapazitäten werden bereitgestellt für einen solchen Umbau? Wie wird die Öffentlichkeit in den Umbau einbezogen?

Ich habe noch einige Fragen zu Krebsfällen bei Beschäftigten der BAYER-Werke, die uns von der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN in letzter Zeit bekannt geworden sind. Ich beziehe mich auf den Fall Alfred Tillmann: Wie kommt es, daß ein BAYER-Mitarbeiter in der Asbest-Produktion seit Jahren im BAYER-Gesundheitswesen als gesund eingestuft wird und acht Wochen nach dem letzten derartigen Befund an akutem Lungenkrebs verstirbt? Wieso wird von Ihnen eine Informationssperre zu diesem Fall verhängt? Existiert ein geheimes oder auch öffentliches Krebskataster für die Beschäftigten der deutschen und/oder ausländischen BAYER-Werke? Was sind nach Meinung des Vorstands die Ursachen für die deutlich über dem Durchschnitt liegenden Krebsraten an deutschen BAYER-Standorten, die das offizielle Krebskataster ausweist?

Und nun zur Frage der Sicherheit, die anläßlich der Unfall-Serie bei HOECHST in aller Munde ist. Herr Schneider, Sie sagten vorhin "die Sicherheit habe oberste Priorität". Doch dann kam leider nicht eine Erläuterung, was das überhaupt heißen soll? Wie Sie ja alle hier wissen, entstand die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN aufgrund von großen Beinahe-Katastrophen in den Werken Wuppertal und Dormagen in den Jahren 1978 und 1979. Seit jener Zeit liegen bei BAYER die Forderungen zur Erhöhung der Sicherheit auf dem Tisch. Sie sind auch heute, 15 Jahre später, nicht erfüllt. Die wichtigsten zur Auffrischung und zugleich als Frage: Wann legen Sie alle Produktionsverfahren, Produktionsstoffe und Produktzusammensetzungen offen? Eine absolut notwendige Voraussetzung für jede Erhöhung der Sicherheit. Wann ermöglichen Sie endlich öffentliche Kontrollen aller Anlagen und Produktionsstätten unter gleichberechtigter Einbeziehung von Umweltschützern und anderen demokratischen Kräften? Wann lassen Sie Ihre Anlagen und Produktionsverfahren vom TÜV prüfen, wie das jede Tankstelle muß? Zumal Sie doch selbst in den Vorständen des TÜV, der ein eingetragener Verein ist, sitzen und sozusagen sich dann auch noch selbst kontrollieren würden.

Und noch etwas: Bisher hatte angeblich immer der Umweltschutz die oberste Priorität, seit der HOECHST-Unfall-Serie hat plötzlich die Sicherheit "erste Priorität". Dieser überraschende Prioritätenwechsel deutet auf propagandistische Beweggründe hin. Die wahre Priorität hat in Wahrheit der Profit, was Sie Herr Schneider im Juni 1992 in einem Vortrag in Aachen ja auch eingeräumt hatten?

Zu den Wahlvorschlägen: Ich widerspreche den Wahlvorschlägen von Vorstand und Aufsichtsrat für die Aufsichtsratswahl. Ich halte alle Kandidaten für unfähig und unwillens, den dringend erforderlichen ökologischen, sozialen und politischen Umbau des BAYER-Konzerns in Angriff zu nehmen. Ich schlage deshalb vor, Kandidaten zu wählen, die sich entschieden für eine umwelt- und menschengerechte Produktion einsetzen.

zen. Im Vorfeld der Hauptversammlung wurde ich von insgesamt 107 AktionärInnen beauftragt, diese Anträge zu stellen. Davon haben mit mir 20 ihre Gegenanträge frist- und formgerecht schriftlich eingereicht, sie wurden allen AktionärInnen - allerdings in verstümmelter Form - mitgeteilt.

Dies hier ist nach der Teilnehmerzahl wohl die größte Hauptversammlung der Welt. Auch wenn hier 80 % des Kapitals von wenigen Großbanken vertreten werden und damit die Mehrheiten für den Vorstand gesichert sind, sollten Sie, die KleinaktionärInnen, doch demonstrieren, daß Ökologie und Menschenschutz vor Profit kommt. Entscheiden Sie sich für Umweltschutz und sozialen Fortschritt. Stimmen Sie bei den Abstimmungen zu allen Tagesordnungspunkten bis auf die Punkte 10 und 11 mit NEIN. Bei den Punkten 10 und 11, die die Rechte der Klein- und kritischen AktionärInnen stärken, bitte ich Sie mit JA zu stimmen.

Der Vorstandsvorsitzende antwortet: Nun zu Ihren "fragwürdigen Forderungen. Ich will nicht auf alles eingehen, zumal sie praktisch nichts neues vorgebracht haben. ... (Das) haben wir bereits ausführlich behandelt. Der ... Todesfall, wird von der Berufsgenossenschaft untersucht und dann entschieden. Ein sog. Krebsregister haben wir nicht und es gibt keine Hinweise darauf, daß es im Umfeld von BAYER-Werken eine Häufung von solchen Krankheiten gibt. ... Zu Ihren Gegenanträgen: Wir halten sie für unbegründet."

PRESSE IM MITTELPUNKT

Das Presseecho zur HV 93 war einmalig in der Geschichte der CBG. Allein zur Pressekonferenz am Vortag kamen über 20 JournalistInnen verschiedener Zeitungen, aller großen Agenturen und des Rundfunks. Doch die entsprechende Resonanz blieb vorerst aus. BAYER steuerte massiv dagegen und hat sicherlich zahlreiche Chefredakteure kontaktiert. So gab der *Deutsche Depeschendienst* (ddp) zunächst eine Meldung heraus, die detailliert unsere Forderungen brachte. Um 17.16 Uhr aber erschien dann eine zweite ddp-Meldung folgenden Inhaltes: "BAYER weist Vorwürfe (...) scharf zurück." Es handele sich um eine "jeder Grundlage entbehrende(r) Agitation. (...)" Weiter: "Im übrigen verfolge die Gruppierung (die CBG) die Firma seit Jahren mit unwahren Behauptungen, die von BAYER stets widerlegt worden seien."

Am Tag der HV blieb dann nur noch die *Frankfurter Rundschau*, die einen Artikel über unsere Pressekonferenz veröffentlichte. Trotzdem kamen zahlreiche JournalistInnen mit der Bitte um Interviews zu uns auf die HV. Die Folge: In allen Zeitungsberichten über die HV wurden unsere Gegenanträge und Reden wenigstens erwähnt. (Die taz berichtete nicht, ho) Die Welt und einige kleinere Tageszeitungen übernahmen sogar ein Foto der Deutschen Presseagentur (dpa), das unsere Aktion auf der HV zeigt.

Am Vorabend der HV meldete sich ein Redakteur des Kölner *Express* zu einem Interview an. Die Story sollte einer der Aufmacher auf der Titelseite werden. Der BAYER-Werkschutz hielt tags darauf den angemeldeten Fotografen des *Express* auf. Auch der Redakteur des Boulevardblattes ist in der BAYER-Presselounge offensichtlich intensiv bearbeitet worden. Der Artikel erschien auf S. 2, die kritischen AktionärInnen wurden mit keinem Wort erwähnt. mp

»BAYER bereichert sich ...«

In der BAYER-Belegschaft brodelt es. Entlassungen und Sozialabbau wohin mensch schaut. Der Chemiekonzern nutzt die Rezession, um seinen MitarbeiterInnen eine »Atempause« aufzuerlegen. Dabei ist BAYER weit davon entfernt, rote Zahlen zu schreiben. Der Gewinnrückgang ist, wie BAYER-Chef Schneider selbst zugibt, vor allem währungsbedingt.

Kurzarbeit überall

Kurzarbeit in allen BAYER-Werken. Betroffen davon sind über 3.000 KollegInnen in Leverkusen, Dormagen, Wuppertal und Brunsbüttel und Krefeld. Ab Juli stand sogar Zwangsurlaub an. Des weiteren stehen Personalabbau und evtl. zusätzliche Kurzarbeit im November ins Haus. Die von der Kurzarbeit Betroffenen erleiden empfindliche Lohneinbußen. Die Belegschaftsliste fordert die Einführung neuer, ökologischer Produktlinien zur Sicherstellung der Konkurrenzfähigkeit sowie eine Vorruhestandsregelung für KollegInnen über 55 Jahre.

In Leverkusen wurde ebenfalls Kurzarbeit eingeführt. Die Betriebsratsmehrheit hat dem zugestimmt. Die »KollegInnen für eine durchschaubare Betriebsratsarbeit« hingegen konnten anhand von Auslastungszahlen beweisen, daß diese drastische Maßnahme überhaupt nicht gerechtfertigt ist. In einem Flugblatt klagen sie an: »BAYER bereichert sich an der Kurzarbeit.«

Auch in Dormagen herrscht Kurzarbeit. Dort sollen, wie in allen Werken, die übertariflichen Bestandteile des Entgeltsystems, die heute bis zu 25 % des Lohnes ausmachen, angegriffen werden. In vielen Bereichen wird weiterhin Personal abgebaut.

In Krefeld wurden 270 KollegInnen in Kurzarbeit geschickt. 300 Stellen sollen im Verlauf des Jahres »abgebaut« werden.

In Brunsbüttel sind im vergangenen Jahr bereits BAYER-Mitarbeiter

Innen in Zwangsurlaub geschickt worden. Nun müssen 290 KollegInnen aus den Geschäftsbereichen Farben und Polyurethane kurzarbeiten.

Will BAYER Urlaub streichen?

BAYER-KollegInnen sind verunsichert. Bei ihrem wie bei verschiedenen anderen Unternehmen der chemischen Industrie ist es im Zuge der Umsetzung der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeitverkürzung zu einer »Anpassung«, sprich: Verkürzung des Jahresurlaubes gekommen. Ein besonderes Problem stellt die Berechnung des Urlaubes beim sog. Fünfschichtmodell dar. Die »Durchschaubaren« bei BAYER bestehen darauf, daß Sonn- und Feiertage nicht mit Urlaubsansprüchen verrechnet werden. Außerdem halten sie das Argument der Arbeitgeber, bei ver-



Finstere Zeiten sind für BAYER-KollegInnen angebrochen

kürzter Arbeitszeit verkürze sich auch der Urlaub entsprechend, für völlig falsch. Das Bundesarbeitsgericht hat im Fall der Klage eines HOECHST-Kollegen festgestellt, daß Zuschläge bei der Urlaubsberechnung berücksichtigt werden müssen. Gute Karten für einen Kollegen bei BAYER in Brunsbüttel, der gegen den Abzug von 5 Urlaubstagen vor Gericht gezogen ist.

Arbeitsamt zahlt Personalabbau

BAYER läßt sich von der Bundesanstalt für Arbeit (BFA) den Abbau von Arbeitsplätzen finanzieren. Zahlreiche

KollegInnen, die älter als 57 Jahre sind, bekommen in diesen Tagen von den BAYER-Personalabteilungen Angebote für ihren Frühruhestand. Die aus betriebsbedingten Gründen gekündigt werden, bekommen dann Arbeitslosengeld und von BAYER eine monatliche Ausgleichszahlung als Abfindung. Vorerst sollen die Kündigungen nur mit der »Akzeptanz des Mitarbeiters« ausgesprochen werden, Angehörige des Personalreferates ließen aber durchblicken, daß dies nicht immer so bleiben müsse.

Einer Finanzierung von Rationalisierungsmaßnahmen aus öffentlichen Mitteln wollte der Gesetzgeber eigentlich einen Riegel verschieben. Danach müßte BAYER bei der in vergangenen Jahren praktizierten Vorruhestandsregelung die vom Arbeitsamt erbrachten Leistungen an die BFA zurückzahlen. Durch das Modell »Arbeitslosengeld plus Ausgleichszahlung«, hat BAYER die öffentliche Finanzierung des Frühruhestandes durch die Hintertür wieder eingeführt.

Mir gehört (k)ein Stück von BAYER

Mit der Schlagzeile »Belegschaftsaktien-Angebot wird für 1993 ausgesetzt« erscheint *bayeraktuell* am 8. Juli 1993. Die wirtschaftliche Situation zwänge zu weiteren Sparmaßnahmen, heißt es. Gleichzeitig hofft BAYER auf Verständnis »aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter« für diese Entscheidung. Doch zahlreiche KollegInnen und Kollegen sind ebenso wie der Betriebsrat nicht einverstanden. In »BR info« (Betriebsrat-Info) vom 12. Juli beklagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Adolf Busbach den »weiteren Abbau einer freiwilligen Leistung des Unternehmens« und fordert den Vorstand auf, »seine Entscheidung ... nochmals zu überdenken«.

Jahrelang hatte BAYER mit dem Slogan »Mir gehört ein Stück von BAYER« für den Erwerb von Aktien durch die Belegschaft geworben. XX

Der Autor möchte nicht namentlich genannt werden, da er Repressionen durch BAYER fürchtet.

ASPIRIN

ASPIRIN hilft nicht nur gegen Kopfschmerzen. Der BAYER-Tausendsassa ist offensichtlich auch ein gutes Mittel, lästige Konzernkritik einzudämmen. In Uruguay geht der Chemieriese gegen eine unliebsame Zeitung vor, weil sie den warenrechtlich geschützten Namen des Medikamentes in einem Artikel erwähnt hat, ohne die Konzernzentrale in Leverkusen um Erlaubnis zu fragen. Eine unerträgliche Einschränkung der Pressefreiheit. In Brasilien klagt der Konzern gegen WissenschaftlerInnen, die eine zweifelhafte Kombination von **ASPIRINA FORTE** kritisiert haben. **STICHWORT BAYER** weist an dieser Stelle vorsorglich darauf hin, daß rechtlich geschützte Warenzeichen ohne besonderen Hinweis genannt werden. Daraus ist nicht auf die freie Verwendbarkeit der Markennamen zu schließen. ho

In der Märzangabe von *Tierra Amiga*, der Zeitschrift eines uruguayischen Ökologienetzwerkes, wird über die möglichen und tatsächlichen Gefahren von Schmerzmitteln berichtet. Auf der Titelseite kündigt die Redaktion den Artikel mit den Worten. »Übermaß an Schmerzmitteln: Schmerz durch **ASPIRIN**« an. In dem Beitrag wird neben anderen Mitteln - wie in der Überschrift angekündigt - auch auf das BAYER-Produkt **ASPIRIN** eingegangen. Dem Mittel wird immerhin bescheinigt, äußerst effektiv zu sein, wenn es richtig angewendet wird. Problematisch aber sei der weitverbreitete alltägliche Mißbrauch. Der gehe einher mit der weit verbreiteten Meinung, **ASPIRIN** sei harmlos und unbedenklich. *Tierra Amiga* wörtlich: »Wenn man Patienten danach fragt, welche Medikamente sie nehmen, werden viele eine ganze Reihe nennen, aber nicht **ASPIRIN**, weil dieses in weiten Teilen der Bevölkerung bereits nicht mehr als Medikament, sondern als ein Produkt des gewöhnlichen Konsums angesehen wird, dem viele medizinische Wirkungen zugeschrieben werden, die es in Wirklichkeit

überhaupt nicht hat.« Die Autorin, eine Ärztin, kritisiert außerdem die Werbung für Schmerzmittel, die oft irreführend sei und mit der freien Verkäuflichkeit der Mittel zusammenhänge. Sie fordert daher in ihrem Artikel eine Rezeptpflicht für diese Mittel.

Nachdem das uruguayische Ökologienetzwerk nicht reagierte, wurde am 2. und 18. Juni von zwei BAYER-Verantwortlichen nachgelegt: »Wenn Sie innerhalb von 5 Werktagen ab dem heutigen Datum nicht geantwortet haben, leiten wir entsprechende Maßnahmen ein.« Ein-

Uruguay: Dreister Angriff auf die Pressefreiheit

Von Dietmar App

Eine solche Berichterstattung wollen die BAYER-Verantwortlichen - zumindest die in Uruguay - für die Zukunft unterbinden. In einem Schreiben von BAYER-Uruguay an die Redaktion vom 1.4.1993 heißt es wörtlich: »Unter Beachtung, daß es sich um geschützte Markennamen handelt, fordern wir sie auf, in Zukunft solche nur in den von uns autorisierten Fällen zu gebrauchen.« Eine unerträgliche Einschränkung journalistischer Arbeit, die in dieser Form einmalig ist.

zig die entschlossene, mutige Gegenwehr der Redaktion von *Tierra Amiga* dürfte diesem dreisten Angriff auf die Pressefreiheit inzwischen das verdiente Ende bereiten haben. Statt irgendwelche kompromittierenden Schreiben zu unterzeichnen, in denen sich *Tierra Amiga* verpflichtet, den Namen **ASPIRIN** nicht ohne vorherige Erlaubnis von BAYER zu benutzen, brachten die beherzten Redakteure das Verhalten von BAYER an die nationale und internationale Öffentlichkeit.

Nachdem Informationen über den Skandal nach Deutschland gedrungen sind, hat es scheinbar eine Auseinandersetzung zwischen den BAYER-Direktoren in Leverkusen und ihren Untergebenen am Rio de la Plata gegeben. Nach unseren Erfahrungen mit BAYER hier in Deutschland dürfte sich die Kritik dabei nicht gegen die pressefeindliche Grundhaltung der BAYER-Filiale in Uruguay richten. Auch die Zentrale bevorzugt es, Kritikerinnen mit juristischen Mitteln mundtot zu machen, anstatt sachlich auf Kritik einzugehen. Nicht zuletzt die Beleidigungsprozesse die BAYER wegen eines kritischen Flugblattes gegen die COORDINATION angestrengt hat, haben dies bewiesen. Erst durch das Bundesverfassungsgericht konnte der IG FARBEN-Nachfolgekonzern 1989 in seine Schranken verwiesen werden.

Den Zorn der Zentrale dürften die BAYER-Statthalter in Montevideo jedoch durch die die Tölpelhaftigkeit ihres Vorgehens erregt haben. Der Versuch, einen Bericht über die eigenen Produkte unter Berufung auf das Urheberrecht am Produktnamen zu unterbinden, ist auch juristisch gesehen absurd. Die Registrierung von Markennamen soll nicht vor Produktkritik schützen, sondern vor dem Gebrauch eines Warenzeichens für andere Produkte durch die Konkurrenz. Auch der Firmenname von BAYER ist rechtlich geschützt. Folgte man der Logik von BAYER-Uruguay dürfte man BAYER nur noch erwähnen, wenn das Unternehmen damit einverstanden wäre. Mag sein, daß dies der Traum manches BAYER-Managers in heißen Nächten ist. Solche Wünsche ganz unverfärbt und ungebleicht in einen anwaltlichen Schriftsatz reinzupacken ist allerdings unklug. Es sei denn man hätte eine brutale Militärdiktatur auf seiner Seite und beste Verbindungen zu ihrer Justiz. Die Militärdiktatur ist aber in Uruguay seit 1985 vorbei und man darf wohl hoffen, daß BAYER mit seinem Ansinnen heutzutage wenig Chancen hat.

Bespitzelt!

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland nach offiziellen Angaben 3.500 Telefonanschlüsse vom Verfassungsschutz abgehört worden; 700 mehr, als ein Jahr zuvor. Nach Bundesländern führt Nordrhein Westfalen mit 889 Überwachungen. Wir sind davon überzeugt, daß sämtliche Apparate der aktiven Mitglieder der COORDINATION angezapft werden. Unzählige unterbrochene Telefonate, rauschende Leitungen und gestörte Telefone sind eindeutige Indizien. Wir sind ferner der Überzeugung, daß die auf diese perfide Weise gewonnenen Informationen an BAYER bzw. den Werkschutz des Chemie-

ren, daß einem Journalisten, nachdem er mit einem Vorstandsmitglied der COORDINATION zwecks Recherche zum Thema Gentechnik telefoniert hat, eine lange zuvor erteilte Drehgenehmigung für das BAYER-Pharmaforschungszentrum von einem Konzernmitarbeiter ohne Angabe von Gründen wieder entzogen worden ist? Die Liste von Beispielen dieser Art ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Im Falle des ASPIRIN-Skandals in Uruguay haben die Spitzel sogar interkontinental zusammengearbeitet. Nachdem die COORDINATION von dem Ansinnen des BAYER-Kon-



giganten weitergegeben werden. Wie sonst konnte im letzten Jahr ein Polizist, der auf der BAYER-Hauptversammlung Dienst tat, über eine telefonisch ausgesprochene und ansonsten geheimgehaltene Einladung an einen prominenten Politiker informiert gewesen sein? Wie sonst läßt sich erklären, daß eine Frau, die die Vorstandssitzung der COORDINATION besucht hat, unmittelbar nachdem sie in der Nacht zu Hause angekommen war, vom Verfassungsschutz angerufen und vor der COORDINATION gewarnt worden ist. Offensichtlich hat ein Schnüffler über einen Hinweis aus einer angezapften Telefonleitung von ihrem Besuch bei der COORDINATION erfahren und sie heimlich von einem Ort zum anderen verfolgt. Wie sonst läßt sich erklä-

Hört hier jemand mit?

zerns, die Redaktion von *Tierra Amiga* unter Druck zu setzen, erfahren hatte, wurde telefonisch eine Pressemitteilung sowie ein Protestbrief an den Vorstandsvorsitzenden verabredet. Noch ehe der Brief ausformuliert war, setzte sich die Konzernzentrale in Leverkusen mit der Niederlassung in Uruguay in Verbindung und übte massiven Druck aus. Der Eindruck, der bei den Aktiven der COORDINATION aufkam, deckt sich mit der Einschätzung der Redaktion von *Tierra Amiga*, die in einem Fax vom 25.6.1993 mitteilt: »... Ich sehe, daß ihr ein Spionage-Problem habt. Wir sind überzeugt, daß BAYER wußte, daß ihr etwas veröffentlichen würdet, weil sie diese Information schon an ihre Filiale weitergegeben haben.« ho

DER STEIN DES ANSTÖßES

Tierra Amiga Nr. 11 vom März 1993: »... Dieses Produkt (ASPIRIN) ist eines der meistverkauften der Welt, und wenngleich es äußerst effektiv ist, soweit es richtig angewendet wird, führt es doch zu Risiken im Falle des Mißbrauchs. ... Dieses Medikament hat die folgenden Verwendungszwecke: Schmerzmittel, fiebersenkendes Mittel, und Hemmung der Thrombozytenaggregation (macht das Blut 'dünner') Jedoch wird ASPIRIN von der Bevölkerung auch noch für andere Zwecke benutzt. Wer von uns hat noch nie einen Patienten sagen hören: Ich nahm ASPIRIN, weil ich mich unwohl fühlte; ich fühlte mich müde; ich nehme jeden Tag nach dem Aufstehen ein ASPIRIN? Wie häufig kommt es vor, daß man einen Patienten danach fragt, welche Medikamente er nimmt, und er eine ganze Reihe aufzählt, nur nicht APIRIN, weil dieses auf populärer Ebene bereits nicht mehr als Medikament, sondern als ein Produkt des allgemeinen und gewöhnlichen Verbrauchs angesehen wird ... Dieses Medikament ist, wie die große Mehrheit der Schmerzmittel, frei verkäuflich, d.h. man braucht kein Rezept eines Arztes um es in einer Apotheke oder in irgendeinem anderen Geschäft erwerben zu können. (ASPIRIN kann man in Warenhäusern, Supermärkten oder auf der Straße kaufen, ohne daß es irgendeine Art von Kontrolle gibt.) Da es frei verkäuflich ist, ist auch die Werbung in ihren verschiedensten Formen zulässig. Daher sieht man so häufig die auffälligen Werbekampagnen, die die Herstellerfirmen in Radio, Fernsehen und in der Presse durchführen und deren Botschaft oft ganz und gar irreführend ist. ...«

»Eine Drohung, juristisch vorzugehen«

Kommentar von Jorge Barreiro, Chefredakteur von *Tierra Amiga*, Uruguay / Übersetzung: Dietmar App

»Sowohl die uruguayischen als auch die ausländischen Unternehmen pflegen nicht wohlwollend zu akzeptieren, daß die Konsumenten, die Medien oder wer auch immer auf die Idee kommen, die Qualität, die Sauberkeit oder die Nützlichkeit eines ihrer Produkte zu kritisieren. Das wußten wir schon und es bedarf keiner besonderen Gabe, es zu erraten. Trotzdem folgt eigentlich aus der Logik des freien Marktes, die sie so leidenschaftlich

verteidigen, daß es natürlich ist, daß Betriebe, die miteinander um einen Platz auf diesem Markt und um die Gunst der Konsumenten konkurrieren, sich dem Urteil der Gesellschaft unterwerfen sollten und auch der kritischen Analyse eines jeden ihrer Produkte. Die Transparenz der Informationen in diesem und in jedem anderen Bereich ist ein Recht der Konsumenten und der Bürger im allgemeinen. So akzeptieren es tausende von



Karikatur aus *Tierra Amiga*. Übersetzung der Anzeigentafel: "Geht es Ihnen schlecht? Haben Sie Depressionen? Schmerzen? Nehmen Sie sprudelndes ASPIRIN und Ihre Probleme haben ein Ende."

Unternehmen in der ganzen Welt, die nicht die Haltung haben, sich darüber aufzuregen, wenn Publikationen oder Zeitschriften zum Schutz des Konsumenten über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit bestimmter Produkte berichten (unter Nennung des vollständigen Namens).

Nicht so ist es im Fall der Firma BAYER, die seit Wochen laufend unsere Zeitschrift angreift, wegen der Veröffentlichung eines Artikels von Dr. Mabel Burger über den Nutzen und Mißbrauch beim Konsum von Schmerzmitteln. Da die Direktoren gegen den Inhalt des Artikels nichts vorbringen konnten, gingen sie gegen den 'ungebührlichen' Gebrauch des Namens ASPIRIN (registriert für BAYER) vor.

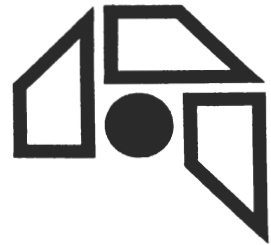
Neben dem was die Gesetze dazu sagen, ist es offensichtlich, daß es BAYER darum geht, daß wir keines ihrer Produkte kritisieren (nicht einmal ein bißchen). Darüber hinaus will sich BAYER anmaßen, über das Recht auf Information zu entscheiden. Da der Name ASPIRIN urheberrechtlich geschützt sei, habe niemand das Recht, ihn auch nur zu erwähnen. Wenn man die Meinung von BAYER akzeptiert, können sich die Konsumenten auch nicht mehr über die Beschaffenheit der auf dem Markt verfügbaren Produkte informieren. Dabei ist die weitverbreitete Gleichsetzung von Schmerzmitteln mit dem Namen ASPIRIN, die im allgemeinen Sprachgebrauch in unserem Land schon alltäglich geworden ist, für das Unternehmen kein Grund zur Besorgnis. Schon allein deshalb nicht, weil BAYER offensichtlich ökonomischen Nutzen aus dieser umgangssprachlichen Assoziierung zieht. In diesem Fall pflegt BAYER sich denn auch nicht wegen des 'Mißbrauchs' seines urheberrechtlich geschützten Markennamens zu sorgen. Wenn es nicht so traurig wäre, könnte es Anlaß für einen heiteren Kommentar sein, daß ein Direktor von BAYER versichert, sein Unternehmen habe die Angewohnheit, gegen jeden unautorisierten Gebrauch des Namens ASPIRIN vorzugehen. Dies 'selbst in den Fällen, in denen dieser Mißbrauch dem Unternehmen nützt'.

Nach dem Erscheinen der Nr.11 von *Tierra Amiga* hat uns BAYER drei Faxe geschickt, eines davon am 16.Juni, in dem man uns 'einlud', uns schuldig zu bekennen, weil wir die Dreistigkeit besessen hätten, ihr berühmtes Produkt erwähnt zu haben. Man kündigte uns höflich an, daß, falls wir dies nicht innerhalb von 5 Tagen tun würden, die 'notwendigen Schritte' einzuleiten. Im Klartext: Eine Drohung juristisch gegen uns vorzugehen. ... Wir traten mit der COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN in Verbindung ... Diese companeros informierten die Presse (dort ist es scheinbar kein Risiko, urheberrechtlich geschützte Marken zu erwähnen) von den Schicksalsschlägen, die eine ökologische Zeitschrift in Uruguay wegen eines Konfliktes mit BAYER erleidet. Das Interessante ist, daß BAYER/Deutschland seine Filiale in Uruguay über die bevorstehenden Veröffentlichungen informiert hat, bevor diese erfolgten. Die Schlußfolgerung ist offensichtlich: Entweder hört BAYER auf irgendeine Art die Telefongespräche der COORDINATION mit, oder hat jemanden dort eingeschleust. In jedem der beiden Fälle ist klar, daß BAYER einen Teil seiner Energien dazu verwendet seine Kritiker auszuspionieren.

Da sie unzufrieden über ihre 'Zusammenarbeit' mit der Umweltbewegung in Uruguay sind, wollen die Direktoren von BAYER jetzt - so ließen sie unsere Anwälte wissen - , daß wir ein Schreiben unterzeichnen, ... in dem wir anerkennen, daß wir widerrechtlich den für BAYER registrierten Markennamen benutzt haben und (errätst Du es?) in dem wir bestätigen, daß BAYER niemals Druck irgenwelcher Art auf unsere Zeitschrift, oder auf die Organisation, die sie herausgibt (Das Netzwerk Soziale Ökologie/Amigos de la Tierra), ausgeübt hat. ...

Es ist nicht das erste Mal - und es wird nicht das letzte Mal sein -, daß eine ökologische Zeitschrift in Konflikt mit einem Betrieb gerät. In diesem, wie in jedem anderen Fall, werden wir fortfahren, die Leser von *Tierra Amiga* zu informieren. Da über die Aktivitäten von BAYER noch viel zu sagen bleibt. <

Anzeige



Weil die Marktwirtschaft von alleine nicht sozial wird,

... fordern wir ökologische und soziale Geschäftspolitik vor den höchsten Gremien der Aktiengesellschaften:
In den Hauptversammlungen der Chemieriesen, Rüstungsproduzenten, Atomfirmen und Großbanken konfrontieren wir die Topmanager mit den Folgen ihrer Profitgier - und verlangen ihre Absetzung.
Um unseren Argumenten für Umweltschutz, gerechte Löhne und sichere Arbeitsplätze mehr Gewicht zu verleihen,

... brauchen wir mehr Aktionärinnen und Aktionäre, die uns ihre Stimmen übertragen!



Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Friedhofstraße 7
DW-6508 Alzey 1
06731-45450
oder
0241-154655
FAX-154708

Weitere Informationen über unsere Arbeit und über die Möglichkeit, uns die Stimmrechte Ihrer Aktien zu übertragen, senden wir Ihnen gerne kostenlos zu.

Brasilien: Schauprozess um ASPIRINA FORTE

Kann wissenschaftlich begründete Kritik Diffamierung sein?

Von Annette Bruhns

Strafanzeige! Elizabeth Elmor Viana, Vorsitzende des regionalen Rates des Staates Rio de Janeiro traf BAYERS Strafanzeige wie eine Ohrfeige. »Zum ersten Mal in meiner beruflichen Laufbahn als Pharmazeutin hatte ich das Gefühl, wirklich etwas zu tun, was mit meinem Gewissen und meiner Verantwortung als Apothekerin in Einklang stand. Und schon stehe ich - auf BAYERS Geheiß - mit einem Bein im Gefängnis. Es ist zum Verzweifeln!«

Im Januar 1993 hatte der Berufsverband der ApothekerInnen eine »schwarze Liste« mit 390 Medikamenten veröffentlicht. Aufgenommen wurden Arzneimittel, die eines oder mehrere der vier nachfolgenden Kriterien erfüllten: Für das Präparat wird irreführend geworben; es ist gesundheitsgefährdend; es wird ohne genügend Aufklärung durch Beipackzettel o. ä. vertrieben und sein Name stimuliert nur den Konsum und verrät nichts über seine tatsächliche Beschaffenheit. In diese Liste wurde auch ein BAYER-Medikament aufgenommen: ASPIRINA FORTE. Zusammensetzung: 650 Milligramm Azetylsalizylsäure, 65 Milligramm Koffein. Diese Dosierung war ausschlaggebend für die Aufnahme in die Liste: Warum wird das Medikament in Brasilien höher dosiert als in Deutschland, den USA oder Kanada, wo BAYER es auch vertreibt? Hierzulande ist ASPIRIN FORTE mit nur 500 Milligramm Azetylsalizylsäure und 50 Milligramm Koffein erhältlich.

BAYER DO BRASIL ging sehr geschickt bei der Registrierung dieses merkwürdigen Zusammensetzungs vor: Am 17.06.1991 als das Gesundheitsministerium unter dem inzwischen wegen Korruption an-

geklagten Ex-Präsidenten Fernando Collor selbst nachweislich in korrupte Geschäfte verwickelt war, meldete BAYER das Mittel ASPIRINA FORTE an. Dabei benutzten sie die alte Eintragung eines BAYER-Medikamentes, das 15 Jahre zuvor vom Markt genommen worden war - CAFIASPIRINA. CAFIASPIRINA war allerdings niedriger dosiert gewesen. - Grund genug für BAYER, de-

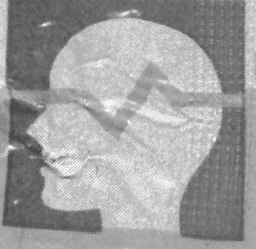
taillierte Studien über Vor- und Nachteile des neuen Medikamentes durchzuführen. Genausowenig hat BAYER es bisher für nötig befunden, die VerbraucherInnen von ASPIRINA FORTE darauf hinzuweisen, daß sie sich unverzüglich an eine/n ÄrztIn zu wenden haben, sollten Komplikationen auftreten. Dieser fehlende Hinweis auf der Verpackung stellt einen Bruch mit

cada 4 a 6 horas, até 5 comprimidos ao dia. Crianças menores de 12 anos com catapora ou gripe não devem usar qualquer medicamento contendo ácido acetilsalicílico antes de consultar um médico, por risco de Síndrome de Reye, uma doença rara, mas séria. Mulheres grávidas ou em amamentação devem procurar um médico antes de usar este medicamento. É contraindicado a pessoas com úlcera gastro-intestinal, asma e insuficiência renal. MS-0429.0011 - Farm. Resp.: Shideue Ishitani CRF-SP nº 5683 Bayer do Brasil S.A. - Rua Domingos Jorge, 1000 - São Paulo - SP C.G.C. 33.018.748/0001-70 - Indústria Brasileira

 Contém 4 comprimidos

Dor - Enxaqueca

ASPIRINA®
forte



Ácido acetilsalicílico
Cafeína
Ácido acetilsalicílico 650 mg - Cafeína 65 mg. Adulto: 1 a 2 comprimidos a cada 4 a 6 horas, até 5 comprimidos ao dia. Crianças menores de 12 anos com catapora ou gripe não devem usar qualquer medicamento contendo ácido acetilsalicílico antes de consultar um médico, por risco de Síndrome de Reye, uma doença rara, mas séria.

Doppelte Standards : ASPIRINA FORTE in Brasilien mit anderem Inhalt, anderer Verpackung, anderem Vertrieb. Ein keineswegs harmloses Medikament.

brasilianischen Gesetzen dar, die diese Warnung bei neuen Medikamenten vorschreiben. Für BAYER aber ist ASPIRINA FORTE kein neues Medikament. »CAFIASPIRINA kehrt nach Brasilien zurück« ließ der Pharmariese die BrasilianerInnen in einer Anzeige in der *Folha de Sao Paulo* wissen, die für schnelle LeserInnen nicht als Werbung erkennbar war. Kein neues Medikament also trotz höherer Dosierung? Abgesehen von dieser Frage erfüllte die Anzeige das Kriterium Nummer eins des ApothekerInnenverbandes: irreführende Werbung.

Was BAYER dazu bewog, ASPIRINA FORTE in dieser hohen Dosierung in Brasilien zu vertreiben, darüber können die PharmazeutInnen nur spekulieren. Klar ist: Kombinationspräparate werden von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) abgelehnt. Die Kombination von Azetylsalizylsäure und Koffein ist mehr als zweifelhaft. »Sie können auch eine Tasse Kaffee trinken und eine normale ASPIRIN schlucken. Das ist billiger und gesünder«, erklärt eine Apothekerin in Berlin, nach ASPIRIN FORTE gefragt. Ob ASPIRIN FORTE gegen Migräne gut sei? Eigentlich sei überhaupt kein Medikament gegen Migräne wirksam, meint die Pharmazeutin, weil es immer zur Abhängigkeit führe, die Dosis laufend erhöht werden müsse. ASPIRIN FORTE jedenfalls sei keinesfalls das Mittel der Wahl - und tatsächlich wird ASPIRIN FORTE in Deutschland nicht als Migränemittel von BAYER angepriesen. »Warum dann in Brasilien«, fragen sich die ApothekerInnen aus Rio mit Recht. »Sicher gegen Migräne«, behaupten ganzseitige Werbeanzeigen von BAYER, und Migräne wird auch als erste Indikation auf der Packung aufgeführt. Aus der wissenschaftlichen Literatur geht weder hervor, ob ASPIRIN FORTE wirksam, noch ob es unwirksam gegen Migräne ist. Im *British Formulary* Nr. 22/1991 wird aber unmißverständlich von Zusammensetzungen aus Analgetika (Schmerzmittel) und Koffein abgeraten. Die unterstützende Wirkung von Koffein sei nicht nachgewiesen. Sicher aber sei, daß das Koffein die negativen Auswir-

kungen der Azetylsalizylsäure auf den Magen noch verstärke. Deshalb warnt der deutsche Beipackzettel von ASPIRIN FORTE auch vor Nebenwirkungen bis hin zu Magenblutungen. Verschwiegen hingegen wird hierzulande wie in Brasilien, daß Medikamente wie ASPIRIN FORTE paradox wirken und den Kopfschmerz, statt ihn zu lindern, gar verstärken können. Hierauf weist der britische Medikamentenratgeber ausdrücklich hin. Verschwiegen wird auch, daß die Kombination von Azetylsalizylsäure und Koffein suchterzeugend wirken kann. Ein erhöhter Konsum von ASPIRIN FORTE wiederum kann zu Magenblutungen und schließlich auch zu Nierenversagen führen. Hierauf hat das Berliner *arznei-telegramm* wiederholt hingewiesen. Die Folgen des Nierenversagens, die Notwendigkeit der regelmäßigen Dialyse, sind nicht nur für die PatientInnen, sondern auch für die Gesellschaft schwerwiegend. Die Behandlungskosten in Deutschland belaufen sich auf 5.000 Mark und mehr pro Einzelfall und Monat. Was in Deutschland mangelhaft ist, fehlt in Brasilien ganz. Auf Beipackzettel für ASPIRINA FORTE nämlich verzichtet BAYER DO BRASIL schlichtweg. Ein weiterer gewichtiger Grund, weswegen die ApothekerInnen das »Migränemittel« auf die schwarze Liste setzten.

»BAYER sagt selbst in seiner ersten gerichtlichen Beschwerde, daß ASPIRIN zu den gebräuchlichsten selbstverordneten Arzneimitteln in Brasilien gehört. Da ist doch klar, mit welcher Selbstverständlichkeit die Leute jetzt nach ASPIRINA FORTE greifen werden, ohne sich der möglichen gesundheitlichen Folgen bewußt zu sein«, empört sich Antonio Carlos Bezerra, technischer Assistent des ApothekerInnenrates in Rio. Die KundInnen, sagt er, würden zudem um ihr Geld betrogen. Bezerra wörtlich: »Ohne daß eine höhere Wirksamkeit von ASPIRINA FORTE sicher nachgewiesen ist, zahlt der Kunde mehr, in der Hoffnung, daß das 'FORTE' für 'stark' steht, also gut gegen starke Schmerzen.« Bezerra sind die Vertriebspraktiken für ASPIRIN FORTE und andere Präparate seit langem schon ein Dorn

im Auge. Medikamente werden in brasilianischen Apotheken wie in einem Supermarkt verkauft. ASPIRIN FORTE ist in Abreißstreifen zu je vier Stück erhältlich. In winzigen schwarzen Lettern ist auf diesem knittigen grünen Streifen zu lesen, daß von ASPIRINA FORTE während der Schwangerschaft und bei Kindern mit Grippe wegen des möglichen Reye-Syndroms abgeraten wird. Daß das Reye-Syndrom tödlich verlaufen kann, wird dort wohlweislich nicht erwähnt - und lesbar sind diese Warnungen sowieso nur mit der Lupe. (Unter Verweis auf das gefährliche Reye-Syndrom hat die COORDINATION in Deutschland mit Erfolg gegen eine Darreichungsform von ASPIRIN, die speziell für Kinder auf den Markt gebracht wurde, gegen ASPIRIN JUNIOR, gekämpft. BAYER hat das Mittel vom Markt genommen.)

**»Wenn BAYER
Recht bekommt mit
seiner Meinung, wir
hätten die Absicht, das
Unternehmen zu
diffamieren, dann geht
die gesamte Liste
baden. Unser Ruf als
qualifizierte Wissen-
schaftler wäre damit
vernichtet.«**

Der Name ASPIRINA FORTE, so hat die brasilianische ApothekerInnenkommission befunden, ist »eindeutig irreführend und nicht vom Gesetzgeber gewollt.« Ein Phantasienamen, der den Inhalt des Medikamentes verschleierte. Wörtlich heißt es: »Das ist kein starkes ASPIRIN, das ist ASPIRIN mit Kaffee, wie der alte Name CAFI-ASPIRINA, der in den meisten spanischsprachigen Ländern in Gebrauch ist, ja auch verrät.«

Der Richter der ersten Instanz, die BAYER DO BRASIL wegen der Aufnahme von ASPIRINA FORTE in die schwarze Liste angerufen hatte, befand, daß kein Anlaß zur Be-

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

WECHSELWIRKUNG berichtet über gesellschaftliche Auswirkungen von Naturwissenschaft und Technik. WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion von Wissenschaft und Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG behandelt politische und gesellschaftliche Themen auch unabhängig von Technik und Naturwissenschaft.

WECHSELWIRKUNG erscheint alle zwei Monate im Buchhandel.



Technikfolgenabschätzung

Hoffnungen und Realitäten ... Feministische Gedanken zu TA ... Zukunfts- und Ganzweltverträglichkeit ... Forum soziale Technikgestaltung ... Bürgerbeteiligung ... TA-Studien: "Raumtransportsystem SÄNGER" und "Solare Wasserstoffwirtschaft"

Naturwissenschaft und Technik:

"Schrittmachertechnik" Raumfahrt?

Gesellschaft und Politik:

Umweltschutz: Vollzug am falschen Ende ... Naturidealisierungen

Frauen:

Frauen im Aufwind

- Probeheft für 2 DM in Briefmarken
 - Das aktuelle Heft für 9 DM (Scheck!)
- Bestellungen an WECHSELWIRKUNG,
Mariabrunnstr. 48, D - 5100 Aachen

schwerde bestanden habe. Der ApothekerInnenrat fordert also mit Recht, daß ASPIRINA FORTE zumindest niedriger dosiert, umbenannt und ordentlich verpackt sowie mit Beipackzettel ausgestattet gehört - wenn es denn überhaupt Wirkstoffmischungen wie diese geben soll.

Der Fall ASPIRINA FORTE beschäftigte die brasilianische Justiz in der ersten Instanz von Februar bis April 1993. Außer BAYER machte u. a. MERCK seinem Ärger sichtlich Luft - auf der schwarzen Liste nämlich tauchten auch die MERCK-Mittel ENCEFABOL und CEBION-GLUCOSE auf. Strafanzeige aber stellte nur BAYER. Sie erging am 23.04.1993 gegen die drei Frauen und den einen Mann, die dem

verband Rio de Janeiro. Im Gesundheitsministerium nämlich hat man begonnen, gefährliche oder überflüssige Medikamente vom Markt zu nehmen - sehr zum Mißfallen der Pharmaindustrie, der bisher Brasilien als Eldorado des Medikamentenmarktes galt. Hier konnte alles verkauft werden, was in der »Ersten Welt« längst »out« war, ohne Verschreibung, ohne Beipackzettel, oft sogar ohne Verfallsdatum. Die mangelnde Gesundheitsversorgung hat in Brasilien dazu geführt, daß Apotheken zugleich Beratungsstellen-, Ambulanz- und Theraiefunktion übernehmen. Jetzt will das Gesundheitsministerium die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch Arzneimittelmißbrauch entstehen, durch Einschnitte in den Markt



ApothekerInnenverband von Rio vorsitzen. Elizabeth Viana, die Präsidentin des Rats, glaubt, daß BAYER einen Musterprozeß gegen sie führt. »Wenn BAYER Recht bekommt mit seiner Meinung, wir hätten die Absicht, das Unternehmen zu diffamieren, dann geht die gesamte Liste baden. Unser Ruf als qualifizierte Wissenschaftler wäre damit vernichtet.« Weiter sagt Frau Viana: »Wir haben das Gefühl, daß MERCK und all die anderen Hersteller den Vorstoß von BAYER abwarten. Und natürlich haben sie sich dafür eines der harmlosesten oder zumindest harmlos scheinenden Medikamente ausgesucht.« Die verheiratete Frau, die tagsüber an zwei Krankenhäusern arbeitet - der Lohn eines einzigen reicht in Brasilien nicht - sieht einen weitreichenden politischen Prozeß im Gesundheitsbereich durch BAYERS Vorgehen in Gefahr. Im Grunde ist BAYERS Attacke nämlich gegen das Gesundheitsministerium gerichtet, nicht gegen den vergleichsweise unbedeutenden ApothekerInnen-

dämpfen. Da wirkt BAYERS Prozeß um ASPIRINA FORTE wie ein Schauprozeß, der die wissenschaftliche Kompetenz der brasilianischen ApothekerInnen diffamieren soll. Wird das Gesundheitsministerium endlich ein Machtwort sprechen? Die Wege der brasilianischen Politik sind unergründbar wie der zähe Prozeß gegen den letzten Präsidenten tagtäglich vorführt.

Ein Lichtblick ist das Verbot eines Werbespots für ASPIRIN Anfang des Jahres. BAYER hatte einen jungen arbeitslosen Mann gezeigt, der unter Kopfschmerzen litt. Er nimmt eine ASPIRIN und - oh Wunder - beim nächsten Bewerbungsgespräch, so der Spot, unterschreibt er einen Arbeitsvertrag. ASPIRIN als Wundermittel gegen Arbeitslosigkeit - das ging selbst jenen BrasilianerInnen zu weit, die den Namen BAYER noch immer mit dem Slogan »tudo que é BAYER, é bom - alles was von BAYER ist, ist gut« assoziieren.

BAYER AG, VORSTAND
MANFRED SCHNEIDER
KAISER WILHELM ALLEE

51373 LEVERKUSEN

SO NICHT, HERR DR. SCHNEIDER!

SCHLUß MIT DER REPRESSION IN URUGUAY UND BRASILien

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider,

hiermit protestiere ich nachdrücklich gegen die massiven Versuche des BAYER-Konzerns, die Redaktion *Tierra Amiga* in Uruguay sowie die ApothekerInnenkommission des Staates Rio de Janeiro in Brasilien unter Druck zu setzen.

In ihrer Märzausgabe hat *Tierra Amiga* über mögliche Gefahren bei der Einnahme von Schmerzmitteln berichtet. In diesem Zusammenhang fällt auch der Name des BAYER-Mittels ASPIRIN. Mit dem Verweis darauf, daß es sich um einen geschützten Markennamen handelt, wird nun vom BAYER-Vorstand gefordert, daß Produktnamen nur nach vorheriger Autorisierung durch BAYER benutzt werden dürfen. Dieses, Ihr Ansinnen, soll in Wahrheit eine kritische Berichterstattung über ASPIRIN verhindern. Dies ist ein unerträglicher Eingriff in die Pressefreiheit und widerspricht allen demokratischen Spielregeln.

In Brasilien hat Ihr Konzern kritische PharmazeutInnen mit einem Beleidigungsprozeß belegt, nur weil sie öffentlich berechnigte Zweifel an dem BAYER-Mittel ASPIRINA FORTE angemeldet haben. Das von Ihrem Konzern angestrebte Gerichtsverfahren dient einzig und allein dem Zweck, das Ansehen der PharmazeutInnen zu schädigen und den uneingeschränkten Vertrieb von ASPIRINA FORTE und anderen Präparaten sicherzustellen.

Sehr geehrter Herr Dr. Schneider, ich fordere Sie auf, die einschüchternden Maßnahmen gegen die Betroffenen in Uruguay und Brasilien zurückzunehmen und sich bei ihnen zu entschuldigen.

VORNAME

NAME

STRASSE

ORT

DATUM, UNTERSCHRIFT

Argumente auf niedrigstem Niveau

Initiative »Pro Gentechnik« erntet reichlich Kontra

Mit erheblichem Aufwand hat eine seltsame Initiative in großen deutschen Zeitungen mit ganzseitigen Anzeigen für ein offenbar in schwere Bedrängnis geratenes Gewerbe - die gentechnische Industrie - geworben. Der Erfolg stellte sich bald ein. Schon hat das Bonner Kabinett ein neues Gentechnikgesetz vorgelegt, das öffentliche Genehmigungen weitgehend abschafft. Dabei galt das bisherige Gesetz im internationalen Maßstab schon als sehr industriefreundlich. (ho)

Von Susanne Heim
und Susanne Billig*

Bezahlt wurde die kostspielige Reklame der Nicht-BürgerInnen-Initiative "Pro Gentechnik" vom "Verband der Chemischen Industrie" (VCI), ideell unterstützt von einem breiten Spektrum von HonoratörInnen: Der Vizepräsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Ernst-Ludwig Winnacker, ist ebenso dabei wie Harald zur Hausen vom Krebsforschungszentrum in Heidelberg und Chemie-Nobelpreisträger Hartmut Michel, Direktor des Max-Planck-Instituts für Biophysik in Frankfurt. Die Chefs der Industrie- und Arbeitgeberverbände Klaus Murmann, Tyll Necker und Hans Peter Stihl streiten zusammen mit dem Vorsitzenden der IG CHEMIE (gleichzeitig Mitglied im BAYER-Aufsichtsrat), Hermann Rappe, für eine Zukunft mit Gentechnik. Prof. Helga Rübhausen-Waigmann, Direktorin einer chemotherapeutischen Klinik und Aids-Forscherin beklagt das "Abwandern der besten Köpfe" aus der Gentech-feind-

lichen Bundesrepublik. Und um das Bild abzurunden, dürfen auch Vertreter von Moral und Glauben nicht fehlen: Theologe Dietrich Rössler, Mitbegründer des Tübinger Zentrums für Ethik in den Wissenschaften, und der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, geben der Gentechnik öffentlich ihren Segen.

Gen-Eldorado Deutschland

Was ist denn der vom Gentechnik-Gesetz geforderte Verwaltungsaufwand, der den Gentechnikbetreibern derzeit so unerträglich erscheint? Zu unterscheiden sind dabei Forschung und Gewerbe. Im Forschungsbereich müssen gentechnische Anlagen und Labore der Sicherheitsstufe 1 lediglich drei Monate vorher bei den zuständigen Behörden angemeldet werden - mehr



Gen-Forschung ohne Kontrolle

nicht. Die Formulare dafür umfassen 56 Seiten, welche zum Teil im Ankreuzverfahren auszufüllen sind. Weder ist eine behördliche Genehmigung erforderlich, noch muß die

Öffentlichkeit in irgendeiner Weise zu dem Vorhaben befragt werden. Für die Arbeiten in solch einer Anlage besteht eine Aufzeichnungspflicht, damit die Behörden hin und wieder einen Blick werfen können auf das, was dort geschieht. Wüssten ForscherInnen in den Sicherheitsstufen 2 bis 4 tätig zu werden, brauchen sie eine Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb ihrer Labore. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung, also ein Anhörungsverfahren ist vom Gesetzgeber wiederum nicht vorgesehen. Die unter den Sicherheitsstufen 2 bis 4 durchgeführten Arbeiten müssen zwei Monate vor Beginn den zuständigen Behörden auch nur angemeldet werden.

Bei gewerblichen gentechnischen Anlagen sieht die Sache ein wenig anders aus. Für Laboratorien oder Produktionsanlagen der Sicherheitsstufe 1 reicht eine Anmeldung allein nicht aus, es ist eine Genehmigung erforderlich. Eine öffentliche Beteiligung muß jedoch erst dann ermöglicht werden, wenn dies nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlich ist. Das ist zum Beispiel dann der Fall, wenn in solch einer Produktionsanlage auch noch nicht-gentechnische Verfahrensschritte stattfinden. Das Gentechnik-Gesetz ist also auch hier nicht Ursache, wenn es in niedrigen Sicherheitsstufen zu Erörterungsterminen kommt. Die Arbeiten, die in Sicherheitsstufe 1 bei gewerblichen Anlagen durchgeführt werden, müssen wieder nur einfach zwei Monate vor Beginn angemeldet werden. Für die Sicherheitsstufen 2 bis 4 von gewerblichen Anlagen fordert das Gentechnik-Gesetz:



500 Jahre Kolonialismus 500 Jahre Widerstand

Die Militarisierung der Politik ist wieder hoffähig geworden. Militärs sind als reales Machtinstrument einsetzbar. Nichts neues in der Geschichte des Kolonialismus. Allerdings ist die derzeitige Begründung besonders perfide: Im Namen des Humanismus werden die neuen "Wüstenstürmer" gedrillt, um eigene Interessen zu verfolgen.

Wir wollen in dieser Debattenbeilage auch kontroverse "Stimmen von Außen" zu Wort kommen lassen. Der Mexikaner Carlos Fazio weist auf die hierzulande kaum bekannte Militarisierung der Gemeinschaft der amerikanischen Staaten (OAS) hin. Der Bürgerrechtler Chandra Muzaffar aus Malaysia konfrontiert die Europäer mit ihren eigenen Wertvorstellungen. Wir dokumentieren zudem einen Aufruf des »Komitees für Grundrechte und Demokratie« und greifen selbst mit einem Kommentar in die Debatte ein.

In Bosnien und weltweit militärisch eingreifen ? Besser nicht ! Eine Stellungnahme aus der Friedensbewegung

Die Vorstellung, man könne mit einigen gezielten militärischen Aktionen das Leiden der Menschen in Bosnien-Herzegowina schnell beenden, ist eine Illusion. Weder Flugverbot noch seine Erzwingung, noch der Angriff auf militärische Knotenpunkte, weder der Einsatz schwerer Waffen oder gar Abschreckungs- und Vergeltungsangriffe auf Serbien können dies leisten.

Es gibt keinen schnellen Frieden durch militärische Interventionen. Es gibt aber die sehr reale Gefahr der Ausweitung des Krieges. Schon das viel gebrauchte Wort vom "Befreiungsschlag" macht deutlich, daß alles, was derzeit unter dem Stichwort "militärische Intervention" diskutiert wird, ohne jedes friedensstiftende Ziel ist. Die Interventionspolitiker, die die Menschenrechte nur im Munde führen, sind deshalb u.a. mit folgenden Forderungen zu konfrontieren:

- konsequent humanitäre Hilfe
- ausreichende finanzielle Ausstattung der UN für ihre Vermittlungsarbeit
- Systematische Unterstützung der Antikriegs- und demokratischen Oppositionen und ihr Einbezug in das internationale Gespräch
- Herstellung einer Gegenöffentlichkeit in den nationalistisch-ideologisch

verhetzten Gesellschaften, damit sich von innen heraus etwas verändern kann (auch in der BRD!, Anm. der Red.)

- Auflösung des neuen Feindbildes "die Serben"
- Durchsetzung des Embargos in Formen, die es ermöglichen, humanitäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen
- Entwicklungsperspektiven für den gesamten Balkanraum
- Unterstützung der Menschen und Gruppen, die von außen humanitäre Hilfe leisten, als Freiwillige in Flüchtlingslagern arbeiten, Kriegsflüchtlinge und Deserteure beherbergen usw.

Aber viele Politikerinnen und Politiker reden wahrscheinlich vor allem deshalb von Militärinterventionen, weil sie nicht bereit sind, konkret zu helfen. Die Schließung der deutschen Grenzen gegen bosnische Flüchtlinge beweist dies. Würden wirklich humanitäre Motive im Vordergrund stehen, bräuchte man nur die Grenzen zu öffnen, um Insassen aus Internierungs- und Gefangenenlagern und Flüchtlingen Zuflucht zu schaffen. Doch das Mögliche geschieht nicht. Vielen Politikerinnen und Politikern geht es um die Nutzung der günstigen "Gelegenheit", der deutschen Gesellschaft die Zustimmung

zum begrenzten Einsatz der Bundeswehr abzuverlangen. So ist auch der Somalia-Einsatz nur ein Spielchip zu diesem Ziel, ebenso wie die Awacs- und Interventionsdiskussion: ein infamer Mißbrauch menschlicher Not.

Im Rahmen der europäischen Integration drängt die deutsche Bundesregierung darauf, die EG zu einer militärischen, global eingreiffähigen Großmacht werden zu lassen, obwohl ganz offensichtlich die wirklichen Probleme des Friedens, der Umwelt und der Armut militärisch nicht gelöst werden können. Also eine falsche Weichenstellung. Wir sind überzeugt, wird heute auf humane Weichenstellung verzichtet, brennt morgen der ganze Globus!

(Text von der Redaktion gekürzt)

Komitee für Grundrechte und Demokratie
Bismarckstr. 40

5000 Köln 1

Tel. 0221 52 30 56

Weitere Informationen zu Out-of-Area

Einsätzen der Bundeswehr bei:

Netzwerk Friedenskooperative

Römerstr. 88

5300 Bonn 1

Tel. 0228 69 29 04

Fax. 0228 69 29 06

Von Friedensaposteln und anderen Militärstrategen.

Das neue "Wir-Gefühl"

In der Debatte ob "wir" in möglichst vielen Teilen der Welt militärisch intervenieren sollen, hat die staatstragende Linke den analytischen Löffel abgegeben. Die selbsternannten Vorzeigeveteranen der 68er, Joschka Fischer und Danny Cohn Bendit, sind die Prototypen in dem von den Medien hochgeputzten politischen Komödienstadel. Fischer, in Gedanken schon ministerial in Bonn, bewegt die zentrale Frage: was sag ich den deutschen Müttern, wenn die ersten Zinksärge hier landen? Ihm als Taktiker ist bekannt, daß bisher für den Heldentod 'unserer' Jungs keine Mehrheiten in Sicht sind. Cohn Bendit spielt die personifizierte Moral und ereifert sich über den "Völkermord": er will lieber heute als morgen in Bosnien einmarschieren. Gar bitterlich beklagt er sich über die deutsche Linke, die nicht wie in alten Zeiten auf die Straße geht.

Es ist schon sonderbar, wie in den letzten zwei Jahren der bundesrepublikanische Nachkriegskonsens, auf den Punkt gebracht durch den Satz — Der Friede ist der Ernstfall —, außer Kraft gesetzt wird. Hinter dem Krieg stand der Atomtod. Generationen von Jugendlichen wurden Waffen als reine Abschreckungsmittel vermittelt. Zudem schien gerade die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre den good-will des besseren Deutschlands zu zeigen, aus den Erfahrungen der Geschichte zu lernen und jeder Form der Militarisierung mittels Händchenhalten und Massenaufmärschen einen Riegel vorzuschieben.

Vor dem Hintergrund dieses absoluten peace keeping übersieht man aber allzu leicht, worum es einem Teil der Friedensbewegung eigentlich ging und es nicht verwundern muß, wenn heute ehemalige Friedensaktivistinnen mit dem Generalinspekteur der Bundeswehr Rambo-Pogo tanzen. Der eigene, atomwaffenfreie Vorgarten, das durch die Stationierung von Mittelstreckenraketen in seiner Existenz bedrohte Europa war die Triebfeder von nicht wenigen Friedensfreundinnen. Die heutige Empörungformel „In Europa herrscht Krieg und wir schauen zu“ offenbart nur die Kehrseite eines auch gerade in linken Kreisen herrschenden "Europäismus", der Europa mit Zivilisation gleichsetzt. Diese Anfang der 80er durch die Aufrüstung der Großmächte bedrohte europäische 'Zivilgesellschaft' muß heute im 'eigenen' Haus für Ordnung sorgen.

Auf wessen Kosten solche eurozentrischen Sichtweisen gehen und wer traditionell als Gegenbild für das fortschrittliche Europa herhalten muß, hat die internationalistische Linke eigentlich lange genug thematisiert. Nun nach dem Ende des Kasernehofsozialismus sind überall alte Gewißheiten an zusammenbrücken. Neue Feindbilder reproduzieren das alte "Gut-Böse-

Schema' und bieten ideologische Strohhalm zur Komplexitätsreduktion in einer unübersichtlich gewordenen Welt.

Zwei Konstellationen, die eng mit der europäischen Geschichte verhaftet sind, feiern fröhliche Urstände. Einerseits wird das Bild des grausam-heimtückischen Asiaten neu gezeichnet. Die Serben — das kriegerische, vandalisierende, vergewaltigende 'Volk' — rechtfertigen eine Intervention im Namen europäischer Vernunft, die mit dem 'kroatischen Volk' gleichgesetzt wird. Die Bosnier stehen zur Zeit für das Idealbild der Multi-Kulti Gesellschaft. Sollten sie aber Sympatien für muslimische Fundis zeigen, kann sich das schnell ändern. Überall stereotype Kennzeichnungen, um alte Vorurteile zu untermauern. Schlimmer noch in Afrika. Dort steht der "homo somaliens" für den ganzen "Elendskontinent": Hungernde Kinder, Aids und marodierende Banden schreien geradezu nach westlicher Mission, diesmal nicht im Namen des Kreuzes, sondern im Namen eines caritativen Humanismus, der seine neokolonialen Perspektive mehr recht als schlecht verbirgt. Zum Beispiel Angola: Wirksamen politischen Druck auf die UNITA gibt's erst dann, wenn die Förderung strategischer Rohstoffe gefährdet ist. Politiker wie Rühe, die jahrelang mit wesentlich höheren Beträgen Diktatoren wie Siad Barre unterstützten (Polizeihilfe von der BRD und Geheimdienstaufbau von der DDR), reden jetzt blumig über „die Engel von Phnom Penh“ und die universellen Menschenrechte. Dabei geht es doch schlicht um eigene Interessen. Sollten die gequälten Menschen auf die Idee kommen, hier Bürgerrechte einzufordern, stehen sie vor der Festung Europa.

Vier "Entwicklungsdekaden" predigten die Priester der Metropolen: „Ihr habt die Chance so zu sein wie wir, wenn ihr euch anpaßt und anstrengt“. Heute, wo die Plätze in der Weltwirtschaft besetzt sind und dem Teil der Welt, der nicht am Tisch Platz nehmen kann, empfohlen wird, sich in die "Treuhandenschaft" der Industrieländer zu begeben, sind wir wieder an einem klassischen Topos angelangt: Die Barbarei der 'Unterentwickelten' zeigt letztlich nur, daß "wir" halt doch die besseren sind.

Hinter der heilmissionarisch verkleideten Caritas kommen Entwicklungen zum Tragen, die auf drei Ebenen einen neuen 'pax imperialistica' einklinken: In Somalia wird die "Lösung" zukünftiger Konflikte geprobt, die angesichts der Abschiebung ganzer Kontinente nicht ausbleiben werden. In Europa wenden auf dem Rücken Ex-Jugoslawiens die zukünftigen Kräfteverhältnisse — sowohl in der EG als auch zwischen den Machtblöcken — ausgehandelt. Der Streit

zwischen Frankreich, England und Deutschland um die Anerkennungspolitik macht dies ebenso deutlich wie die Vereinnahmung Rußlands nach dem Motto "Kredite gegen politische Ruhigstellung". In Deutschland selbst kann sich unter dem vordergründigen „Verantwortung in der Welt übernehmen“ eine aus historischen Gründen desavouierte 'Normalisierungs'-politik entfalten. Zunächst als teure PR-Tour in den Norden Somalias. Was die Bundeswehr dort leisten soll, machen andere Organisationen im Rahmen herkömmlicher "Entwicklungshilfe". Schon beim nächsten Mal, z.B. in Aserbaidschan, könnte es blutiger Ernst werden.

Wer angesichts dessen mit der Forderung daherkommt, doch bitte Implikationen und Konsequenzen von Interventionen mitzudenken, kommt leicht in den Geruch des Unmenschlichen. Angesichts des medial selektiv aufbereiteten Leids verkommt der kritische Einwurf zu purer Ketzerei.

Was ist aber mit dem berechtigten Mitleid, der moralischen Empörung über die Schweinereien weltweit? Mitleid ist scheinbar selbstlos, wird ohne Eigeninteresse praktiziert — damit aber implizit geleugnet, daß die Verhältnisse hier etwas mit den Verhältnissen dort zu tun haben. Man schaut in entfernte Teile der Welt, beklagt fremdes Leid in fremden Ländern. Saturierte Ex-Linke, die ausschließlich verbal moralischen Kategorien verhaftet sind, ohne gleichzeitig Handlungsdefizite an sich selbst zu erkennen, müssen nach Gründen suchen, um dieses fortbestehende Elend ertragen zu können. Sie geben früher oder später die Schuld für das Leiden an diejenigen zurück, die man zuvor noch zutiefst bedauert hat.

Christine Parsdorfer / Georg Lutz

Plakatserie zum Recht auf Asyl

Zur Forderung: »Das Recht auf Asyl bleibt« ist eine Plakatserie entstanden, in der versucht wird, mit Fotos und knappen Texten Zusammenhänge zwischen Fluchtursachen und der Politik in den Metropolen aufzuzeigen. Themen der einzelnen Plakate sind:

- ★ »Menschen fliehen vor Krieg — die Waffen kommen aus Deutschland: Den Waffenhandel unterbinden!«
 - ★ »Polizeihilfe für Folterstaaten — die Opfer suchen Asyl: Folterhilfe einstellen!«
 - ★ »Sündenböcke für die Pleite im Osten: Die Verantwortlichen benennen!«
 - ★ »Wenn schon Bananen aus Hungerländern, dann auch die Menschen: Ausbeutung der 3. Welt beenden!«
 - ★ »Todesschüsse an der Grenze?: Keine neuen Mauern bauen!«
 - ★ »Reichtum im Westen durch Armut im Rest der Welt: Die Fluchtgründe beseitigen!«
- Die Plakatserie besteht aus sechs Motiven im DIN A 2-Format und kostet DM 10.— (incl. Porto), ab 50 Exemplaren 50 Pf/Stück.
Bezug: A. Willer, Postfach 103 923, 3500 Kassel

Aufruf an das Gewissen Europas

Die Situation in Bosnien Herzegowina ist eine Herausforderung an das Gewissen Europas und stellt seine Verpflichtung für Freiheit, Menschenrechte, und Multikulturalismus auf die Probe. Jetzt ist es Zeit zu prüfen, ob Europas Worte Europas Wirklichkeit entsprechen. Sarajevo ist der Ort, an dem es sich ein für alle mal entscheiden wird, ob jene noblen Ideale und erhabenen Werte, die die westliche Zivilisation für sich beansprucht, aufrichtig gewollt oder nichts als pure Heuchelei sind.

Obwohl Regierungen und Menschenrechtsgruppen in Europa versucht haben, einige spezifische Aspekte dieses schrecklichen Angriffs auf die Menschenwürde zu benennen, entsprach ihre Reaktion kaum dem Ausmaß der Tragödie, zumal ausgerechnet die Länder, die die Respektierung der Menschenrechte als das fundamentale Kriterium für ein zivilisiertes System betrachten, es verpaßt haben, Stellung zu beziehen, Menschenrechtsgruppen, deren Betroffenheit und Empörung keine Grenzen kennen, wenn irgendein Dissident in Ruanda exekutiert oder irgendein Kritiker in Lesotho gefoltert wird, haben ihre moralische Entrüstung im Falle von Bosnien Herzegowina nicht in konkretes Handeln übersetzt (...). Liegt es womöglich daran, daß die Übeltäter diesmal Europäer sind, daß ein gewisser Widerwillen existiert, die Massen im Namen der Menschenrechte und der Freiheit zu mobilisieren? (...)

Der Klang der Freiheit aus Bosnien Herzegowina hat eine besondere Bedeutung, da er stellvertretend für eine der bedeutensten ethnischen Minderheiten in Europa steht. Denn davon, wie Europa Bosnien Herzegowina mit seiner muslimi-

schen Kernbevölkerung behandelt, wird auch die Art der Beziehungen zwischen der (christlichen) Mehrheit und der muslimischen Minorität auf dem gesamten Kontinent abhängen. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die muslimischen Minderheiten in anderen Teilen Europas nach den Vorkommnissen in Bosnien Herzegowina auch den letzten Rest von Vertrauen in die Gerechtigkeit und Fairness europäischer Regierungen verlieren werden. Bedenkt man darüber hinaus, daß viele dieser muslimischen Minoritäten nicht-europäischer Herkunft sind, wäre es keinesfalls verwunderlich, wenn sie sagen würden: Solange selbst Muslime europäischer Herkunft Herabwürdigungen der schlimmsten Art schutzlos ausgeliefert sind, ist unsere Situation so oder so hoffnungslos.

Zudem sollte sich Europa auch aus historischen Gründen verpflichtet fühlen, den Muslims in Europa und der Welt durch seinen Umgang mit Bosnien Herzegowina zu beweisen, daß es Willens und in der Lage ist, ihnen Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Denn seit mehr als zwölfhundert Jahren haben sich die einflußreichsten und mächtigsten Gruppen der europäischen Gesellschaft dem Islam und den Muslims äußerst feindselig und ablehnend gegenübergestellt. „Der westliche Blick auf den Islam und die Araber“, so der Diplomat und Gelehrte Erskine B. Childers, „basiert selbst im späten zwanzigsten Jahrhundert auf kaum etwas anderem als Ablehnung, Furcht, tief verwurzelten Vorurteilen und Stereotypen“. Hätten Europa und der Westen gegenüber Bosnien Herzegowina von Anfang an eine entschlossener Position eingenommen, hätten sie eine ganze Reihe von Menschen davon überzeugen können, daß sie nun ernsthaft gewillt sind, ihre Ablehnung und ihre Vorurteile gegenüber einer religiösen Zivilisation, der sie soviel verdanken, ernsthaft zu revidieren.

Hinzu kommt, daß die Bekämpfung anti-islamischer Vorurteilsstrukturen auch dazu beitragen könnte, das europäische Denken von seiner ethnozentrischen und rassistischen Verfaßtheit zu befreien.

In gewisser Hinsicht ist Bosnien Herzegowina ein Lakmus-Test, an dem sich ablesen läßt, welchen Einfluß Rassismus und Ethnozentismus noch auf den europäischen Umgang mit „dem Anderen“ ausüben. Da Muslime immer als „das Andere“ wahrgenommen wurden, ist die europäische Antwort auf die Frage, wie auf dem Kontinent mit muslimischer Kultur und Identität umgegangen werden soll, im besten Fall ambivalent. Es ist diese Ambivalenz, die größtenteils für die Lage der europäischen Muslims — nicht nur in Bosnien Herzegowina, sondern auf dem Balkan überhaupt — verantwortlich ist.

Will man aber die europäische Einstellung den Muslims gegenüber verändern, dann muß zu allererst das Verhältnis zum „Anderen“ geändert werden. Das ist keine leichte Aufgabe. Haben doch die langen Jahrhunderte kolonialer Dominanz bzw. deren neue Spielformen in der gegenwärtigen Welt dazu geführt, daß sich der europäische Charakter als höherwertiger begreift (...)

Dieses Gefühl der Überlegenheit kommt mit „Theorien“ über biologisch determinierte Zusammenhänge zwischen Aussehen und Fähigkeiten, Gestalt und Kultur daher, und ist in Wahrheit nichts anderes als die Grundlage jeder Form von Rassismus. Und genau deshalb heißt es in einer UNO-Studie von 1989, daß Rassismus und rassistisch motivierte Diskriminierung „eine europäische Erfindung sind, die noch keine 300 Jahre alt ist und eng mit der von Europa ausgehenden Erforschung anderer Kontinente und dem Zusammentreffen mit nicht-europäischen Kulturen zusammenhängt.“ Genau hierin liegt die Bedeutung der Frage, wie sich Europa Bosnien Herzegowina gegenüber verhält.(...)

Europa sollte in Bosnien Herzegowina intervenieren und sollte auch nicht davor zurückschrecken, militärische Gewalt anzuwenden, um die Serben und ihre Völkermord-Politik zu stoppen. (...) Europa hat die Mittel dazu. Fraglich ist, ob es auch den Willen dazu hat.

Chandra Muzaffar aus »Alifan Monthly« Ausgabe 8 / 1992, Malaysia

(Übersetzung: Frank Sträter)

Menschen fliehen vor Krieg Die Waffen kommen aus Deutschland



Der Export deutscher Waffen ist ein Willkürspruch. In jedem Krieg werden auch deutsche Waffen als genutzt. Sie können Teil, Mangel, Gleichgewicht, Schaden und Vorkauf sein. Rückfragen nach Kriegswaffenverboten sind für die Regierungsbürokratie in Berlin, um nicht durch ein Verbot von Kriegswaffen das Rückzugsfeld zu verlieren.

Den Waffenhandel unterbindet
Das Recht auf Asyl bleibt.

Beilage internationalistischer Zeitschriften, Nr. 9, Auflage: 40.000

Herausgeber: Argentinien-Nachrichten, Blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritt Welt, Die Brücke, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ika, ila, INKOTA-Brief, Korea-Forum, Lateinamerika Anders, Lateinamerika-Nachrichten, Philippinen-FORUM, POSITION, Relaciones, Brasilien-, Guatemala-, Kolumbien-, Nicaragua-Rundbrief, Coordination gegen BAYER-Gefahren STICHWORT, südostasien informationen, Trialog, WERRKEN
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel. 0761 74 003, Fax. 0761 70 98 66

Layout: Andreas Wenzel
V.i.S.d.P.: Georg Lutz
Druck: Druckerei Dieter Weber, Freiburg

Die USA und das "Recht auf Einmischung"

Das Beispiel Zentral- und Südamerika

Der 15. Dezember 1992 ist ein entscheidendes Datum für die Souveränität der lateinamerikanischen Nationen. Heute werden die USA auf der Generalversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Washington alle ihre politischen und diplomatischen Möglichkeiten einsetzen, um zu versuchen, die wiederbelebte Organisation der beiden Subkontinente zu einem Instrument zu machen, das den Interessen des Pentagon dient.

Dabei geht es hauptsächlich darum, in die Charta der Organisation das „Recht auf Einmischung“ einzuführen und die OAS in eine supranationale Polizei zu verwandeln.

Die USA und ihre Lakaien, mit Argentinien an der Spitze, insistieren schon seit drei Jahren darauf, daß die OAS militarisiert werden soll. Im Mai vergangenen Jahres auf der 22. Generalversammlung der Organisation in Nassau (Bahamas) haben die nordamerikanischen Diplomaten Druck ausgeübt, damit die sogenannte Interamerikanische Verteidigungsorganisation in die OAS eingegliedert wird. Auf diese Weise soll der in Verruf geratene interamerikanische Vertrag zur wechselseitigen Unterstützung (TIAR) ersetzt werden. (Anmerkung des Übersetzers: Auf Grund dieses Vertrags hätten die USA im Malvinen-Krieg 1982 militärisch Argentinien gegen Großbritannien beistehen müssen, was aber nicht geschah). Der mexikanische Außenminister Fernando Solana hat sich in Nassau gegen die Schaffung einer supranationalen Militärstruktur gewehrt. In erster Linie deshalb, weil die militärische Struktur sogenannte „operative Operationen“ übernehmen soll. Die neue Verpackung, mit der jetzt die Notwendigkeit eines gesamtamerikanischen Gendarms, der vom Pentagon dirigiert wird, verkauft werden soll, ist die Verteidigung der Demokratien. In Santiago de Chile im Juni 1991 war es die Aufgabe der Vertreter Venezuelas, den Plan der USA vorzutragen. Es soll wieder ein Mechanismus geschaffen

werden, der es mit der Ausrede, man wolle sich für die Stärkung der Demokratie auf dem Subkontinent einsetzen, ermöglicht, gemeinsam die diplomatischen Beziehungen abzubauen und den Ländern die Eigenschaft als Mitglied der OAS abzusprechen, in denen „eine demokratische Regierung abrupt beendet wird“. Außerdem soll die Möglichkeit geschaffen werden, Sanktionen zu beschließen.

Der Sinn dieser Formel, für die sich die USA so heftig eingesetzt haben, besteht darin, der OAS die Möglichkeit der Intervention zu verschaffen. Der nächste Schritt, der mit dem ersten zusammenhängt, besteht darin, eine internationale Militärtruppe unter der Fahne der OAS zu gründen. Damit hätten die USA ein diplomatisches Deckmäntelchen, mit dem sie in jedem Land intervenieren könnten, bei dem Washington der Ansicht ist, es entferne sich von „seinen demokratischen Normen“. Dies würde für die USA mit geringen politischen Kosten verbunden sein, da die politische Verantwortung auf diese Weise geteilt wird. Es handelt sich also um einen Sicherheitsrat der OAS.

Nach mehrmonatigen schwierigen Verhandlungen zwischen den Außenministerien der amerikanischen Länder wurde die ursprüngliche Formel, die die USA vorgeschlagen hatten, geringfügig modifiziert. Die Veränderung, auf die sich die Mitgliedsländer der OAS mit Ausnahme Mexikos geeinigt haben, sieht vor, in die Charta der OAS die Möglichkeit aufzunehmen, ein Mitglied zu suspendieren, dessen demokratische Regierung mit Gewalt gestürzt worden ist. Diese Suspendierung der Mitgliedschaft, so formuliert es der Vorschlag, soll sich nur auf die Teilnahme an den Körperschaften und Sitzungen der OAS beziehen, aber nicht auf die Eigenschaft als Mitglied. Die mexikanische Regierung hat mitgeteilt, daß sie sich dieser Suspendierung von Mitgliedern widersetzt, da sie der Auffas-

sung ist, daß dies dem Prinzip der Universalität widerspricht, auf dem die Effizienz der internationalen Organisationen beruht. Sie lehnt die Möglichkeit des Ausschlusses auf Grund von Kriterien einer „zweifelhaften ideologischen Konvergenz“ und damit das Mittel des Zwangs ab, um Demokratie durchzusetzen.

Obwohl die Militarisierung der OAS nicht ausdrücklich als wichtigster Tagesordnungspunkt der Generalversammlung genannt wird, hat Washington darauf hingearbeitet. Das Ziel besteht darin, die OAS in eine Organisation zu verwandeln, die zum "Richter" über die Demokratien Amerikas wird, mit dem Recht, nach Freibeutermanier überall dort militärisch zu intervenieren, wo sie der Ansicht sind, daß die Demokratie nicht funktioniert. Für diese Neuaufgabe ihrer Rolle als "Weltpolizist" brauchen die USA eine OAS, die über die Regierungen der Region zu Gericht sitzt, die über eine überall verfügbare Eingreiftruppe verfügt — ein alter Wunschtraum der USA — und die an jedem beliebigen Punkt des Subkontinents unter der Fahne der OAS eingesetzt werden kann, wobei sie sich über die nationale Souveränität und nationalen Streitkräfte der betroffenen Länder hinwegsetzt. Dies geschähe in gleicher Weise wie vor wenigen Jahren am Persischen Golf und jetzt in Somalia, wo die UNO als Präservativ des Pentagons fungiert. Die USA müssen ihren Anspruch, in Lateinamerika militärisch intervenieren zu dürfen, im voraus legitimieren. Denn der übertriebene Neo-Liberalismus, den die Technokraten, die gegenwärtig an der Macht sind, nach dem Rezept des IWF anwenden, hat dazu geführt, daß die Proteste sich vervielfältigen und die schwächlichen Demokratien ins Wanken geraten (...).

Carlos Fazio aus »El Financiero«, 15. Dezember 1992, Mexico
(Übersetzung: Christian Neven-du Mont)

EPK ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KORRESPONDENZ
Guatemala Rundbrief
KOREAFORUM
brennpunkt drell welt
FORUM
DRITTE WELT blätter des IZ3w position

IFORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
ila DER INKOTA-BRIEF
RELACIONES südostasien informationen
BRASILIAN NACHRICHTEN
DIE BRÜCKE TRIALOG
IKA Zeitschrift für Kulturaustausch Kulturkalender „Dritte Welt“
CUBA LIBRE Kolumbien Rundbrief
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
STICHWORT BAYER WERKEN
NICARAGUA Rundbrief
REPORT
SAGO INFORMATIONBLATT
Entwicklungs-POLITIK

nun zum ersten Mal eine Genehmigung samt öffentlicher Anhörung. Gentechnische Arbeiten darin bedürfen der behördlichen Genehmigung. Fazit: Den ForscherInnen, die sich jetzt so lautstark über bürokratische Hemmnisse beschweren,

Der IG CHEMIE-Vorsitzende Hermann Rappe, zugleich Mitglied im BAYER Aufsichtsrat
»Das Gentechnikgesetz verhindert Innovationen und vernichtet Arbeitsplätze.«

macht es das Gentechnik-Gesetz denkbar leicht. Bei 97 Prozent ihrer Aktivitäten, diese Zahl gibt die Initiative "Pro Gentechnik" selbst als Anteil der Stufe-1-Arbeiten an, werden ForscherInnen nicht einmal von Genehmigungsnotwendigkeiten behelligt. Nur bei gewerblichen Arbeiten ab Sicherheitsstufe 2 hat das Gentechnik-Gesetz der Öffentlichkeit ein Mitspracherecht eingeräumt. Wenn jetzt so vehement die völlige Freigabe aller Arbeiten in Stufe 1 verfochten wird, heißt das im Klartext: GentechnikerInnen wollen das Gros ihrer Klonierarbeiten durchführen können, ohne sich von irgendjemandem in irgendeiner Form - und sei sie noch so lasch - über die Schulter blicken lassen zu müssen.

Gezielte Desinformation

"Der Zeitpunkt für den Image-Kreuzzug ist günstig gewählt", schrieb DER SPIEGEL (50/1992) zu Beginn der Werbekampagne. "Angesichts der heraufziehenden Rezession wächst die Neigung, mögliche Gefahren zu verdrängen.

Dr. Manfred Schneider, BAYER-Vorstandschef
»Zur Zeit kann es kein verantwortungsvoller Unternehmer riskieren, in Deutschland in gentechnische Anlagen zu investieren.«

Gleichzeitig drücken Genprodukte immer massiver aus den Laboren hin zur Marktanwendung." Das Komitee für Grundrechte und Demokratie findet in seiner Stellungnahme scharfe Worte für das Demokratieverständnis der Pro-Gentechnik-Werber und spricht von einer "gezielten Desinformationskampagne", die eine "politische Unverschämtheit" darstelle. Fünf Behauptungen hat das Komitee aus den großformatigen Anzeigen heraus-

gefiltert und setzt eigene Argumente entgegen. Die Gentechnik berge, so wird von "Pro Gentechnik" zum Beispiel vorgebracht, kein spezifisches Risiko, schließlich sei in zwanzig Jahren nichts Schlimmes passiert. "Diese Aussagen sind durch die wissenschaftliche Risikodiskussion in der Biologie nicht gedeckt", urteilen die BeobachterInnen der Demokratie und weisen auf einen Fall hin, wo gentechnisches Arbeiten den Tod von Menschen herbeigeführt hat - am Institut Pasteur in Paris. Weiter klagt die Gentechnik-Industrie, die nach dem Gentechnik-Gesetz erforderlichen Verwaltungsakte behindere die Forschung so stark, daß die in der Verfassung garantierte Forschungsfreiheit nicht mehr gewährleistet sei. "Die Garan-



tie sicherer Forschung und Experimente ist nicht eine Bedrohung der, sondern eine historische Bedingung der Forschungsfreiheit und -autonomie", setzt das Komitee entgegen. Ernsthaft bedroht werde die Forschungsfreiheit nicht durch überzogene Sicherheitsbedürfnisse, "sondern durch die enge Interessenverflechtung von Wissenschaft, IG CHEMIE und chemischer Industrie, wie sie in der Anzeigenkampagne und den verschiedenen Stellungnahmen und Memoranden ja in einer geradezu nicht mehr feierlichen Weise demonstriert wird". Und schließlich wenden sich die GrundrechtlerInnen noch gegen eine weitere Behauptung der Industrie: daß die bundesdeutsche Gesetzgebung das Land als Industriestandort

ungeeignet mache und die Gentechnik-Betreiber ins Ausland vertreibe. "Das Abwandern von Industrieprojekten hat mehr mit der Internationalisierung der Forschungs- und Marketingstrategien der großen chemischen Unternehmen zu tun (Präsenz auf den Triademärkten Europa, USA, Japan) als mit dem vergällten Standort Deutschland."

Gegen Bischof Lehmann

Es gibt noch mehr Kritik. Der Bundesvorstand der *Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands* (KLJB) hat sich mit einem bitteren Brief an den Mainzer Bischof Professor Karl Lehmann gewandt, der seine Unterschrift unter eine der Anzeigen von "Pro Gentechnik" gesetzt hatte - als Privatmann und aus "persönlicher Verantwortung", wie er sich in der Frankfurter Rundschau hinzuzufügen beeilte. Nur wenn der Mensch sich klarmache, daß er die Erde zugleich "bewahren und bebauen, schonen und umgestalten" solle und aus dem "Spannungsfeld zwischen Erhalten und Konstruieren ... nicht entlassen" werden könne, könne auch die "ethische Sensibilität in der Debatte um die Gentechnik wachsen", predigte der fromme "Mann der Kirche", wie er sich selbst titulierte. Der katholische Nachwuchs kommt mit seiner Art von ethischer Sensibilität zu einer etwas anderen Bewertung der Gentechnologie. Die Technik berge Risiken, welche die Zukunft der gesamten Schöpfung bedrohe, ur-

Dr. Peter Stadler, Leiter BAYER-Gentechnik
»Wenn Sie ... sich den konkreten Papierberg einmal ansehen, sich vor Augen halten, daß für die Sicherheitsstufe 1 ... ein Papierberg von bis zu zwei- oder dreitausend Seiten zu erstellen ist, ... dann können Sie sich vorstellen, daß dieses ... einen ganz erheblichen Arbeitsaufwand bedeutet und auf den einzelnen Forscher und die einzelne Forscherin einen stark demotivierenden Effekt durch diese Bürokratisierung ausübt.«

teilt die KLJB, und sagt weiter: "Wie bei der Atomtechnologie kann auch

hier menschliches Versagen ... bereits bei der 'friedfertigen' Ausübung der Gentechnologie verheerende Folgen haben. Mit der Gentechnologie werden unumkehrbare Entwicklungen eingeleitet, die eine spätere Korrektur nicht mehr zulassen.... (Sie) leistet keinen Beitrag zur Annäherung zwischen Mensch und Mitwelt - im Gegenteil, sie wird das Verhältnis weiter verschärfen."

EG-Rüge für deutsches Gesetz

DIE GRÜNEN fühlen sich ebenfalls zu einer Reaktion veranlaßt und wenden sich damit an den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Abgeordnete Hiltrud Breyer fragt im Namen der GRÜNEN im Europaparlament den DGB nach seiner Haltung zu der Propagandaoffensive. "Eine im Auftrag der EG-Kommission erstellte vergleichende Studie über die gesetzliche Regulierung der Gentechnik in den USA und der EG widerlegt das Märchen vom liberalen Gen-Eldorado USA", erinnern DIE GRÜNEN den DGB. "Im Vergleich zur EG gibt es in den USA eine viel stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung und

Dr. Franz Antwerpes, Kölner Regierungspräsident, zu Stadler und Pro Gentechnik

"... Das ist absoluter Quatsch. Das sind Argumente auf intellektuell äußerst niedrigem Niveau. ... Bei den 'Einsern' (Genehmigungsverfahren nach Stufe 1, d. Red.) kann man davon ausgehen: Nach drei Monaten sind die gegessen und bei den 'Zweiern' dauert's höchstens sechs. ... Es gibt nicht mehr als fünfzig, sechzig Seiten ... aber insgesamt von dreitausend Seiten (für einen Genehmigungsantrag) zu sprechen, ist unseriös. ... Ich erwarte auch von der chemischen Industrie, daß, wenn sie für sich wirbt, daß das sauber ist und daß sie nicht nur Nebel verbreitet, wie in diesem Fall (im Fall der Initiative »Pro Gentechnik«, d. Red.). Am liebsten würden die natürlich überhaupt kein Gesetz haben. Jeder könnte machen, was er wollte. ... Man muß seriös bleiben, und diese ganze Anzeigenkampagne ist mir völlig unverständlich. Die beruht auf unwahren Tatsachen."

Transparenz bei der Genehmigung gentechnischer Anlagen." Die EG-Kommission habe das bundesdeut-

sche Gentechnik-Gesetz sogar gerügt, weil es die EG-Richtlinien nur ungenügend umgesetzt hat - weder hat der bundesdeutsche Gesetzgeber Kontroll- und Inspektionsinstanzen vorgesehen, noch Notfallpläne für Störfälle erarbeitet, noch gewährleistet er, wie in den EG-Richtlinien gefordert, daß es bei Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen keine Gefährdung von Mensch und Umwelt gibt. Statt dessen wird bei Freisetzungen nach einer Nutzen-Risiko-Abschätzung verfahren - was zwar den Realitäten von Freisetzungen (es gibt sie bekanntlich nicht ohne Restrisiko) angemessener sein mag als die EG-Richtlinien, aber sie eben auch nicht umsetzt. Was die Dauer von Genehmigungsverfahren angeht, weisen DIE GRÜNEN darauf hin, daß sich die Gepflogenheiten demokratischer Entscheidungsfindung nicht nur auf gentechnische Projekte erstrecken: "Es ist in einer Demokratie normal, daß risikobehaftete und umweltgefährdende Projekte zahlreiche Einsprüche von BürgerInnen nach sich ziehen."

* Susanne Heilm und Susanne Billig arbeiten beim Genethischen Netzwerk (GeN). Der (in SWB gekürzte) Beitrag ist zuerst im Genethischen Informationsdienst (GID) erschienen.



BAYER knackt den genetischen Code. Ein Gentechniker mit einem sog. Autoradiogramm. Das Autoradiogramm gibt Aufschluß über die Erbstruktur von Zellen. Foto: Meilensteine von BAYER

NEUES GENTECH-GESETZ

Am 27.05.1993 hat das Bundeskabinett das ohnehin industriefreundliche Gentechnikgesetz noch weiter gelockert. Die Novelle soll bereits zum 01.01.1994 in Kraft treten. Kernpunkt sind die von BAYER und der gesamten Branche immer wieder angeprangerten Genehmigungsverfahren, die nach dem Willen des Bundeskabinetts zum großen Teil durch einfache Anmeldungen ersetzt werden sollen. Gentechnische Anlagen und Arbeiten sollen künftig bereits dann als genehmigt gelten, wenn die zuständige Behörde nicht binnen einer Frist von einem Monat Widerspruch eingelegt hat. Die BürgerInnenbeteiligung, die nach dem alten Gesetz schon stark beschränkt ist, soll nach der nun vorgelegten Neufassung, die noch den Bundesrat passieren muß, weitestgehend abgeschafft werden. Ein Sieg für Pro Gentechnik & BAYER.

Nervengifte

»Bei vorschriftsmäßiger Anwendung keine Gefahr.« So lautet die stereotype Verharmlosung von Pestiziden BAYER. Doch Vorsicht: Pestizide sind Nervengifte. Immer wieder kommt es zu schwerwiegenden Unfällen. So auch in der Schweiz und in Ungarn.

Schweiz: Alles Leben in der Goldach ausgelöscht

Aus dem Appenzellerland in der Schweiz fließt ein kleines Flößchen, die Goldach, in den Bodensee. In dem Gewässer ist von Kleinstlebewesen bis hin zu großen Fischen alles Leben auf Monate hinaus tot. Ursache ist ein BAYER-Insektizid aus der Gruppe der Pyrethroide (Handelsname EULAN), mit dem die Teppichfirma KNECHT in Ausserrhode ihre Ware zum Schutz gegen Motten ausrüstet.



BAYER-Pestizide haben alles Leben in der Goldach ausgelöscht.

Hier war es Anfang des Jahres zu einem Pumpendefekt bei einem Speicher gekommen. Dadurch konnte die giftige Substanz entweichen. Ihre Konzentration in der Goldach erreichte eine Menge, die 2.000fach über der tödlichen Dosis für Forellen liegt. Die schlechte Wasserlöslichkeit von EULAN führt dazu, daß sich das Insektizid auf der

Flußsohle festsetzt. Da eine Sanierung nicht möglich ist, wird das Gift noch lange Zeit in der Goldach verbleiben. Der Schaden des Giftunfalles wird auf über 1 Million Schweizer Franken geschätzt.

Bereits seit geraumer Zeit hatten die Behörden festgestellt, daß die Goldach kränkelt. In einer Fischzucht am Unterlauf des Flusses waren immer wieder Forellen aus ungeklärter Ursache verendet. Die Teppichfirma leitet seit Jahren bereits EULAN in die Goldach ein. Ein Firmensprecher rechtfertigt dies mit Angaben des BAYER-Sicherheitsdatenblattes, wonach die Entsorgung von EULAN über das Abwasser zulässig sei. Aufgrund dieser Angaben ist noch nicht klar, ob und wie der BAYER-Konzern für den Schaden haftbar gemacht werden kann. Unklar ist auch, wieviele Menschen durch die jahrelangen Einleitungen chronisch geschädigt worden sind.

Ungarn: Tod durch verseuchten Fisch

In einem süd-westlichen Dorf in Ungarn ist es zu einer massiven Häufung von Mißbildungen und Fehlgeburten gekommen. Wie die Fachzeitschrift »THE LANCET« erst jetzt veröffentlichte, kamen in dem Dorf Rinya (ca. 450 EinwohnerInnen) in den Jahren 1989/90 bei 15 lebenden Geburten 11 Mißbildungen vor. Dies entspricht einer Quote von 73 %. Vier der 11 fehlgebildeten Babies litten an dem sog. Down-Syndrom (Mongolismus). Nachdem erbliche Einflüsse für diese Häufung ausgeschlossen werden konnten, machten sich Wissenschaftler eines Instituts der Weltgesundheitsorganisation, des Nationalen Hygieneministeriums von Ungarn sowie des deutschen humangenetischen Institutes (Berlin) an eine Studie, deren Ergebnis nun vorliegt. Ursache für die Mißbildungen ist demnach offensichtlich der exzessive Gebrauch von

TRICHLORFON in örtlichen Fischfarmen. Die Substanz, die von BAYER unter dem Handelsnamen DIPTEREX verkauft wird, ist ein hochgiftiges Insektizid und wirkt der Verkeimung von Aufzuchtbecken entgegen. Die Konzentration von TRICHLORFON im Fisch von Rinya lag mit 100 mg pro Kilogramm extrem hoch. Es konnte nachgewiesen werden, daß viele schwangere Frauen, einschließlich derer, die die mißgebildeten Kinder zur Welt gebracht hatten, den kontaminierten Fisch verzehrt hatten. ho

DIE UNSICHTBARE GEFAHR

Pyrethroide sind synthetisch-veränderte Nachbauten des in Chrysanthemen vorkommenden Pyrethrums. Dieser quasi natürliche Ursprung wird von BAYER gerne als Argument für die Ungefährlichkeit der Pyrethroid-Produkte angeführt. Doch das Gegenteil ist der Fall. Ismene Jäger-Mischke, Wissenschaftlerin beim Ökoinstitut Freiburg, zur Giftigkeit der Pyrethroide: »Bei intravenöser Verabreichung ... entfalten (die Pyrethroide) bei sehr geringer Konzentration toxische und letale (tödliche) Effekte. ... Eine Vergiftung äußert sich in Erbrechen, Durchfall, Schwindel, Krämpfen und Lähmungen. ... Menschen mit regelmäßigem Pyrethroidkontakt können krankhafte Hautreaktionen entwickeln. (Es) wurden (auch) anaphylaktische Schockreaktionen (die zum Tode führen können, d. Red.) beobachtet.«

Die Pyrethroid-Gefahr lauert an allen Ecken und Enden. Imker nutzen Pyrethroide zur »Schädlingsbekämpfung«, Hersteller von Matrasen, Betten, Teppichen und Wollartikeln zur Mottenbekämpfung. Pyrethroide befinden sich in Sprays gegen Fliegen und andere Insekten sowie in Elektroverdunstern gegen Mücken.

STOPPT DIE GIFTSCHLEUDER IN KÖLN

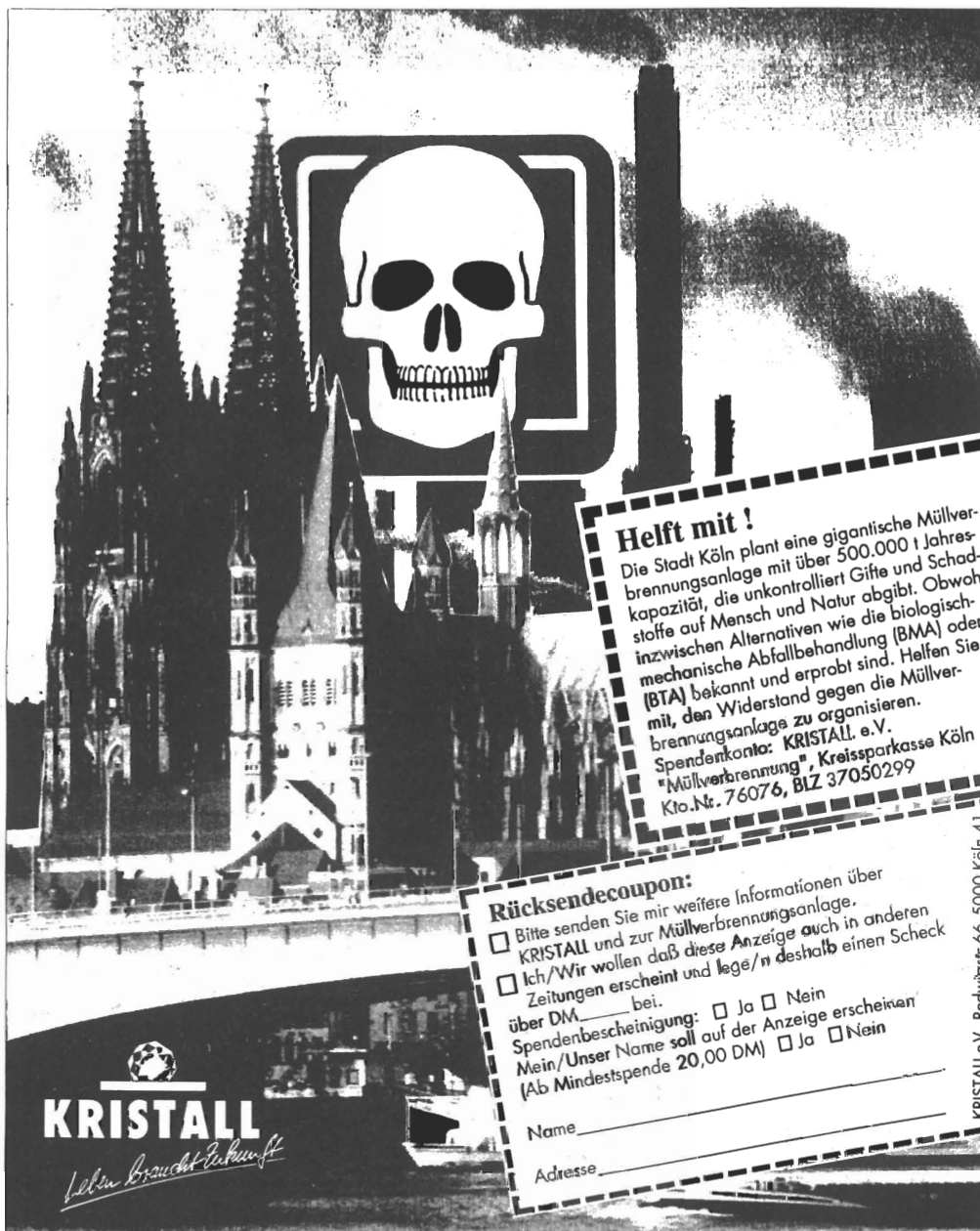
Ein »Untertarif« für FaserkollegInnen?

Der Dormagener Werksleiter, Dr. Hartmut Fuhr, will die anhaltende Misere im Faserbereich auf dem Rücken der KollegInnen austragen. Seine Idee begeisterte auch Konzernchef Schneider, der sie umgehend auf der Bilanzpressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt hat. BAYER will für KollegInnen, die im Faserbereich arbeiten, einen sog. »Untertarif« innerhalb des IG CHEMIE-Tarifes schaffen, der sich an der weit aus billigeren Entlohnung der Textil-ArbeiterInnen orientiert. Eine perfide Idee, die ganz in die Zeit der Aufkündigung bestehender Verträge im Osten, Entlassungen sowie allgemeinen Lohnkürzungen paßt, wie ein Chemiewerker vor Ort beklagt.

Auch der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von BAYER, Paul Laux, sieht in Lohnkürzungen »das kleinere Übel«. Laux wörtlich: »Wenn ich die Chance habe, etwa 1.000 Arbeitsplätze zu erhalten, greife ich danach.« Hans Terbrack, Tarifexperte bei der IG CHEMIE, indes wehrt sich gegen den Alleingang seines Gewerkschaftskollegen Laux. Er erteilte Lohnabstrichen eine klare Absage.

Freistellung für Erziehung angetastet

Was einst als Paradedstück medienwirksam gefeiert wurde, droht nun kleinlaut Stück für Stück zurückgenommen zu werden: Die Freistellung von Müttern und Vätern zum Zwecke der Erziehung ihrer Kinder bei gleichzeitiger Arbeitsplatzgarantie. Bei BAYER gibt es seit 1987 eine Gesamtbetriebsvereinbarung, die es MitarbeiterInnen ermöglicht, über den gesetzlichen Erziehungsurlaub von 3 Jahren hinaus insgesamt



Helft mit !

Die Stadt Köln plant eine gigantische Müllverbrennungsanlage mit über 500.000 t Jahreskapazität, die unkontrolliert Gifte und Schadstoffe auf Mensch und Natur abgibt. Obwohl inzwischen Alternativen wie die biologisch-mechanische Abfallbehandlung (BMA) oder (BTA) bekannt und erprobt sind. Helfen Sie mit, den Widerstand gegen die Müllverbrennungsanlage zu organisieren.
Spendenkonto: KRISTALL e.V.
»Müllverbrennung«, Kreissparkasse Köln
Kto.Nr. 76076, BLZ 37050299

Rücksendecoupon:

- ☐ Bitte senden Sie mir weitere Informationen über KRISTALL und zur Müllverbrennungsanlage.
☐ Ich/Wir wollen daß diese Anzeige auch in anderen Zeitungen erscheint und lege/n deshalb einen Scheck über DM... bei.
Spendenbescheinigung: ☐ Ja ☐ Nein
Mein/Unser Name soll auf der Anzeige erscheinen (Ab Mindestspende 20,00 DM) ☐ Ja ☐ Nein

Name _____

Adresse _____

KRISTALL

Leben braucht Zukunft

Als Betroffene an Leben, Gesundheit und Eigentum fordern wir den sofortigen Stop der geplanten Kölner Müllverbrennungsanlage:

UnterzeichnerInnen: Henning Bauer, Köln; Miriam Bauchwitz, Köln; Michael Beck, Köln; Susanne Bender, Köln; Claudia Beschmann, Wesseling; Gerd Birker, Düsseldorf; Julian Bischofs, Köln; Silvia Boeck, Euskirchen; Roswitha Casper, Köln; Hannelore Conzen, Köln; Coordination gegen Bayergefahren, Köln; Hermann Eichand, Köln; FAUKENSTEIN & KIRSTEN, Köln; Utschi Faßbender, Köln; Beate Freudig, Köln; Johannes Gabriel, Köln; Herbert Gemünd, Niederkassel; Wolfgang Georg, Köln; Dr. Thomas Germer, Königswinter; Regina Günther, Köln; Rainer Hackenberg, Köln; Anna Hammes, Köln; Thomas Henscheid, Hürth; Bernd Herrmann, Ravbach; Anne Hoffmann, Köln; Ralf Huld, Köln; Michael Dr. Hans Kaegelmann, Windeck-Rosbach; Kaiser, Euskirchen; Oliver Keller, Köln; Ludger Klein-Ridder, Gütersloh; Sonja Kresin, Köln; Manfred Körner, Bonn; Regina Körner, Köln; Wolfgang Kortlang, M.Gladbach; Eckehart König, Köln; KRISTALL Die Umweltgenter, Köln; Christopher Kümme, Köln; Ines Leonhardt, Köln; Ellen Untermann, Köln; Andreas Litterscheid, Berg Gladbach; Frank Ludwig, Köln; Dieter Luppertz, Köln; Stefan Michel, Köln; Konni Müller, Köln; Jürgen Muthmann, Köln; Michael Newen, Köln; OKONZEPT, Düsseldorf; DIE PAPES, Köln; Andrea Pähler, Köln; Dr. J. Peters, Köln; Stefan Pick, Köln; Daniela + Medard Püttmann, Köln; Heinz Reinartz, Lohmar; Anette Riemann, Köln; Thorsten Rosansky, Köln; Dr. Werner Rügemer, Köln; Dr. Jürgen Sartorius, Köln; Claudia Skarbouskis, Dresden; Bruno Silber, Köln; Uwe Simon, Köln; Michael Sierp, Köln; Paul Schauf, Köln; Veronica Schimmer, Köln; Ralf Schmidt, Köln; Stefan Schnell, Düsseldorf; Reinhold Schramm, Köln; Marlies Schrons, Köln; Ilka + Hanjo Schulz, Köln; Hansjörg Schupp, Appeltshofen; Dr. Martin Stankowski, Köln; Elisabeth Stratmann, Svert Stratmann, Köln; Bryan Thomas, Köln; Barbara Träger, Köln; Georg Vespagen, Köln; Alexander Vogt, Köln; Tanja Walther, Köln; Vivient Weiss, Overath; Christa Weller, Köln; Utschi Wenn, Köln; Stefan Wiesmann, Düsseldorf; Ulrike Willms, Düsseldorf; Franz Wittkamp, Köln; Iskander Yediler, Köln; Rainer Zinkel, Köln; Marion Zipper, Köln

KRISTALL e.V., Redwizstr. 66, 5000 Köln 41

7 Jahre den Arbeitsplatz zu verlassen, ohne den Anspruch auf Wiedereinstellung zu verlieren. Bisher konnte das Unternehmen diese Zusage allerdings nicht immer einhalten und mußte den Betroffenen als Entschädigung Abfindungen zahlen. Deshalb ist die Gesamtbetriebsvereinbarung nun novelliert worden. Nach den neuen Bestimmungen müssen die Eltern nun 3 Monate vor Ablauf des Erziehungsurlaubes die Dauer der betrieblichen Unterbrechung verbindlich festlegen. Bisher wurde die Vertragsverlängerung sehr offen gehandhabt. Dies führte zu Planungsunsicherheiten. Viele KollegInnen befürchten nun, daß die Vereinbarung zur Kindererziehung nach und nach weiter ausgehöhlt wird. Bei zunehmender Rezession und damit verbundenem geringerem Arbeitskräftebedarf gibt es für BAYER kaum noch einen Grund, sich Reserverbeitskräfte zu halten.

Behindertenquote nicht eingehalten

Obwohl die Ausstattung eines Schwerbehinderten-Arbeitsplatzes von öffentlichen Institutionen großzügig gefördert wird, unterschreitet BAYER die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 6 %. Im Krefelder Werk etwa sind lediglich 4,4 % Schwerbehinderte beschäftigt. Statt die fehlenden Arbeitsplätze einzurichten, zahlt BAYER lieber Ausgleichszahlungen.

Jahrzehntelang Krebsgefahr bei Kautschukherstellung

BAYER und HOFFMANN LA ROCHE haben gemeinsam das Granulat RENOGRAFONOTEC auf den Markt gebracht, das eine deutliche Verminderung von Nitrosaminen bei der Vulkanisation von Kautschuk sowohl am Arbeitsplatz als auch im Produkt selbst be-

wirke. Daraus läßt sich schlußfolgern, daß die ArbeiterInnen in der Kautschukindustrie - hierzu zählt auch BAYER - offensichtlich jahrzehntelang einer hohen Dosis von Nitrosaminen am Arbeitsplatz ausgesetzt waren. Die krebserregende Wirkung der Nitrosamine ist bereits seit den fünfziger Jahren bekannt.

GEWERKSCHAFT

IG CHEMIE und Industrie gründen Stiftung

Die Gewerkschaft IG CHEMIE und der Arbeitgeberverband der chemischen Industrie haben eine gemeinsame Stiftung zur Förderung der Weiterbildung der Beschäftigten gegründet. Beide Parteien beabsichtigen jeweils 4 Mio. Mark dafür bereitzustellen.

Zweites Europa-Forum

BAYER-Betriebsräte aus fast allen europäischen Ländern trafen sich im März in Leverkusen zu ihrem »Zweiten Europa-Forum«, einer Institution ohne Rechte und feste Kompetenz. Sie debattierten über die Ausbildung in den jeweiligen Ländern. Rund 70 % der MitarbeiterInnen des BAYER-Konzerns sind im EG-Raum tätig. Kritische BelegschaftsvertreterInnen fordern statt unverbindlicher Zusammenkünfte gesetzlich garantierte Mitbestimmungsrechte auf hohem Niveau.

PERSONALIEN

Neuer Werksleiter in Uerdingen

Am 01. Mai 1993 ist Dr. Wolfgang Kann (55) Werksleiter von BAYER in Krefeld-Uerdingen geworden. Er löst Dr. Friedrich Haas, der in den Ruhestand ging, ab. Der gebürtige Düsseldorfer begann seine Karriere bei

BAYER 1967, als Mitarbeiter in der Kautschuk-Anwendung. Anschließend wechselte er als Werksleiter nach Mexiko und später nach Spanien.

Strenger im VEBA-Aufsichtsrat

Dem BAYER-Aufsichtsratsvorsitzenden Hermann Josef Strenger geht es gut. Zwar ist er als Aufsichtsratsmitglied bei DAIMLER BENZ ausgeschieden, dafür ist er Vorsitzender des gleichen Gremiums bei VEBA geworden. Außerdem soll er in den Aufsichtsrat der COMMERZBANK einziehen. Strenger führt die deutsche Liste der akkumulierten Aufsichtsratsmandate mit neun Sitzen an. Es ist gesetzlich nicht zulässig, in mehr als zehn Aufsichtsräten vertreten zu sein.

DRITTE WELT

Patentschutz in Brasilien

Brasilien plant ein Patentgesetz, das Markenartikel vor Nachahmern schützt. Bislang durften dort Produkte wie ASPIRIN oder andere ungestraft kopiert werden. Während BAYER den ge-

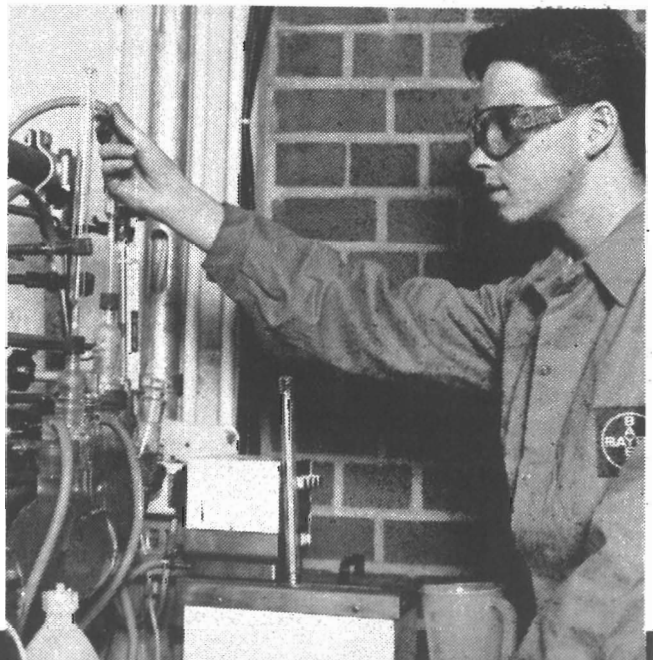
planten Gesetzentwurf ausdrücklich begrüßt, sehen die brasilianische Arbeiterpartei PT sowie die COORDINATION GEGEN BAYERGEFAHREN darin ein Mittel, die ungerechten Welthandelsbeziehungen festzuschreiben. PT-Mitglied Jos Carlos Paliano erklärt: »Japan hat sein Leben lang Patente kopiert und erst 1976 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Wir wollen ebenfalls erst dann ein Gesetz verabschieden, wenn wir über das technische Know How verfügen.«

Der Patentschutz in Brasilien hat allerdings auch eine für BAYER und andere Konzerne unwillkommene Kehrseite. Mit der patentrechtlichen Katalogisierung von neu entdeckten biologischen Substanzen etwa des tropischen Regenwaldes soll der Artenreichtum des Landes vor dem ungehinderten Zugriff ausländischer Konzerne geschützt werden.

PHARMA

Luxus-LARYLIN, Luxus ASPISOL

Eine 2000-Milligramm-Tagesdosis der fiebersenkenden Substanz PARACE-



BAYER will einen Billigtarif für ChemiearbeiterInnen in der Faserproduktion einführen.

TAMOL ist unter dem Handelsnamen DURACETAMOL bereits für 77 Pfennige auf dem Markt erhältlich. Das BAYER-Mittel LARYLIN bietet die gleiche Wirkstoffmenge in Form eines Heißgetränkes für stolze 5,46 Mark an.

Ähnliches gilt für ASPISOL. Die darin enthaltenen 5.000 Milligramm ACETYLSALICYLSÄURE kosten 32,72 Mark. Die gleiche Menge ist unter dem Namen ASS RATIOPHARM bereits für 1,13 Mark zu haben.

Kongress über ADALAT

BAYER hat an der Universität Regensburg ein Symposium über Atherosklerose unterstützt. Das Ergebnis des Kongresses war nicht überraschend: Die Substanz NIFIDIPIN verhindert die Neubildung von Gefäßverengungen. NIFIDIPIN wird von BAYER unter dem Namen ADALAT vermarktet.

Gesundheitsreform drückt Pharmaumsatz

BAYER-Chef Manfred Schneider ist sauer auf Gesundheitsminister Seehofer (CSU), der mit seiner Reform des Gesundheitswesens nicht nur PatientInnen belastet. »Insbesondere in Deutschland haben die staatlichen Eingriffe mittlerweile ein kritisches Ausmaß erreicht«, lamentiert Schneider. Der Leiter des Pharmasektors, Walter Wenninger, stößt in das gleiche Horn und beziffert die jährlichen Einbußen aufgrund des Gesundheitsstrukturgesetzes auf 40 Mio Mark. In Konsequenz will BAYER die, so KritikerInnen, »ohnehin völlig überdimensionierten« Werbe- und Vertriebssetats kürzen. In der Pharmaorganisation, wo 1.200 KollegInnen beschäftigt sind, soll es Entlassungen geben. Gleichzeitig soll der Bereich Selbstmedikation (nicht rezept-

pflichtige Mittel) weiter ausgebaut werden. Last not least droht BAYER - wie so oft bereits geschehen - mit der Abwanderung ins Ausland. Wenninger spricht von einer »Verlagerung in Länder, die die Produktion von Arzneimitteln in der Preisgestaltung bzw. Erstattung honorieren«.

Einen Einstieg in das Generica-Geschäft (billige Nachahmer-Präparate) indes wird es, wie Schneider auf der Hauptversammlung mitteilte, nicht geben.

Investitionen in Elberfeld

60 Mio Mark investiert BAYER in sein Werk in Wuppertal-Elberfeld. Hier entsteht bis Mitte 1995 ein zweiter Produktionsbetrieb zur Herstellung des umstrittenen Diabetes-Wirkstoffes ARCABOSE (SWB berichtete mehrfach über die therapeutischen Gefahren von ARCABOSE). Bislang wurde ARCABOSE, das unter dem Namen GLUCOBAY vorwiegend in Europa vertrieben wird, erst in kleinen Mengen hergestellt. Die neue Anlage ermöglicht eine Kapazität von 100 Tonnen im Jahr.

Pflanzenwirkstoffe aus China

BAYER setzt auf pflanzliche Substanzen aus China. Da herkömmliche Verfahren der Wirkstoffsuche (Drug-Screening) aufwendig und die Chancen, einen Treffer zu landen gering sind, bedient sich BAYER der Stoffe der chinesischen Naturheilkunde, die zudem eine größere Akzeptanz bei den VerbraucherInnen erwarten lassen. Seit Jahren schon arbeiten die PharmascherInnen aus Wuppertal mit den Institut of Materia Medica in Peking zusammen, wo 640 Beschäftigte, darunter 105 ProfessorInnen, über 50.000 Spezies - Kräuter, Mineralien und tierische Produkte - wa-

chen. BAYER arbeitet bereits daran, bestimmte natürliche Substanzen chemisch nachzubauen, um so wichtige Medikamente für die Zukunft zu gewinnen. Die Konzern-Strategen sehen China als das Land mit dem »gewaltigsten medizinischen Erfahrungsschatz der Menschheit« an. Damit die Kooperation reibungslos funktioniert, ist im Wuppertaler Pharmaforschungszentrum der chinesische Wissenschaftler Dr. Zhan Gao angestellt.

Mehr Pharmaforschung in Japan

BAYER verstärkt die Forschungsaktivitäten in Japan. Im Februar 1993 wurde der Grundstein zu einem neuen Wissenschaftszentrum in Kyoto gelegt, in das ein derzeit in Kobe arbeitendes Institut für Pharmakologie integriert werden soll. Die erste Bauphase erfordert Investitionen von 230 Mio Mark und soll bereits Ende 1994 fertiggestellt sein. Drei weitere Bauphasen werden sich bis zum Jahr 2010 hinziehen. Dann sollen, wie es heißt, Arbeitsplätze für etwa 400 MitarbeiterInnen entstanden sein. Mit dem neuen Zentrum will BAYER einen

weltweiten »schlagkräftigen Verbund« zwischen den Forschungsstätten in Japan, Wuppertal und West Haven/USA bilden.

Blister ohne PVC

BAYER stellt die Blisterpackungen für Tabletten weltweit von PVC auf Polypropylen-Tiefziehfolie (PP) um. PP-Verpackungen gelten allgemein als umweltverträglicher. Bei viele Präparaten könnte ohne Beeinträchtigung des PatientInnenschutzes völlig auf Blisterverpackungen verzichtet werden.

Forschungskartell gegen AIDS

15 internationale Pharmafirmen, darunter BAYER, HOECHST, HOFFMAN LA ROCHE und BOEHRINGER INGELHEIM, haben ein Forschungskartell in Sachen AIDS gebildet. Danach wollen die Unternehmen ihre wissenschaftlichen Ergebnisse untereinander offenlegen und Kenntnisse über gefundenen Substanzen austauschen. Eine ähnliche Kooperation gibt es seit Jahren zwischen BAYER und HOECHST. Hintergrund der Zusammenarbeit ist die jahrelang erfolglose Suche nach neuen Wirkstoffen.



BAYER-Pharmaproduktion in Wuppertal-Elberfeld

EG gegen PatientInnenenschutz

Die EG will den Schutz von PatientInnen vor etwaigen Nebenwirkungen bei Medikamenten erheblich einschränken. Der Rat der EG hat dem europäischen Parlament eine Novelle für eine bestehende EWG-Richtlinie zur Verabschiedung vorgelegt, die weitgehend die Interessen der chemisch-pharmazeutischen Industrie wiedergibt. Unter der Nummer zwölf des Änderungsantrages heißt es beispielsweise, die Mitgliedsstaaten sollen darüber wachen, daß »keine nicht offiziell bestätigten Angaben« über Medikamente verbreitet werden, die »unnötige Beunruhigung auslösen können«. Die Nummer sieben der neuen Richtlinie geht noch weiter. Danach dürfen die europäischen Pillenhersteller ihre Präparate dann ungehindert, also quasi ohne Kontrolle, auf den Markt bringen, wenn die Behörden nicht binnen 90 Tagen über den Zulassungsantrag entschieden haben.

Vertriebskooperation in Japan

Die japanische BAYER YAKUHIN hat mit dem Pharmaunternehmen EISAI COMPANY eine Vertriebskooperation für rezeptfreie Medikamente abgeschlossen. Danach soll insbesondere ASPIRIN über EISAI landesweit angeboten werden. Ziel sei eine deutliche Steigerung des Umsatzes, heißt es.

VETERINÄR

Gift im Schweinestall

BAYER hat die Altsubstanz Phoxim, die bisher schon zur Behandlung bei Schafen auf dem Markt ist, nun auch unter dem Handelsnamen SEBACIL PORON in den Schweinestall gebracht. Dort wird sie zur

Bekämpfung der Räudemilben eingesetzt. Das als »sehr gut verträglich« bezeichnete Mittel hat bei Schäfern, nachdem sie ihre Herde damit behandelt haben, zu schwerwiegenden Gesundheitsschäden geführt.

TIERVERSUCHE

BAYER gegen Tierschutznovelle

Unter dem Druck der Tierschutzbewegung soll das Tierschutzgesetz verschärft werden. U. a. sollen für anzeigepflichtige Versuche die wissenschaftliche Unverlässlichkeit und die ethische Verträglichkeit nachgewiesen werden. Ferner sollen die sog. Ethik-Kommissionen paritätisch besetzt werden. BAYER befürchtet durch die Novellierung des Tierschutzgesetzes »eine weitere Einschränkung wichtiger Forschungsmethoden«. Damit sei Deutschland als Forschungsstandort einer erneuten schweren Belastung ausgesetzt.

ches Verbot der Genom-Analyse im Arbeitsverhältnis. »Wegen des unkalkulierbaren und unübersichtlichen Wildwuchses der in den Betrieben zunehmend angewendeten Methoden der Genom-Analyse« unterstützt die AGBR alle Versuche, möglichst schnell zu einer gesetzlichen Regelung zu gelangen.

KOGENATE zugelassen

Die amerikanische Gesundheitsbehörde hat das erste gentechnisch hergestellte BAYER-Medikament mit dem Handelsnamen KOGENATE zugelassen. Eine Zulassung in Deutschland und Europa werde in Kürze erwartet, heißt es. KOGENATE ist ein Faktor-VIII-Präparat für Bluter, das BAYER zusammen mit der US-Tochter MILES nach einem Patent der US-Firma GENENTECH herausgebracht hat. Das Mittel ist bisher aus menschlichem Blut gewonnen worden. Der BAYER-Konzern war in die Schlagzeilen geraten,

PESTIZIDE

Rückläufig im Osten

Der Absatz von BAYER-Pestiziden in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion ist stark rückläufig. Lag er vor dem Zerfall der Staatengemeinschaft noch bei 28 Mio. Mark, liegt er nun bei etwa 2 Mio. Mark. Ursachen hierfür sind die zunehmende Privatisierung der Landwirtschaft sowie die mangelnde Liquidität von Bauern und Staat.

Kein Hochregallager mehr

BAYER will am Standort Dormagen ein 1989 behördlich beantragtes Hochregallager für 10.000 Tonnen Pestizide nicht mehr errichten. Umweltschützerinnen, darunter die COÖRDINATION und DIE GRÜNEN, hatten im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vehement gegen das gefährliche Vorhaben inter-



BAYER-Pestizidzentrum in Monheim - weltweit größte Forschungsstätte ihrer Art

GENTECHNIK

Gegen Genom- Analysen

Die Arbeitsgemeinschaft der Betriebs- und Personalräte der hochschulfreien Forschungseinrichtungen (AGBR) fordert ein gesetzli-

ches Verbot der Genom-Analyse im Arbeitsverhältnis. »Wegen des unkalkulierbaren und unübersichtlichen Wildwuchses der in den Betrieben zunehmend angewendeten Methoden der Genom-Analyse« unterstützt die AGBR alle Versuche, möglichst schnell zu einer gesetzlichen Regelung zu gelangen.

als er seinerzeit wesentlich AIDS-verseuchte Chargen in Umlauf brachte und somit den Tod unzähliger Menschen in der ganzen Welt verursachte. Derzeit arbeitet der Chemieriese daran, die Bluterkrankheit mit einem eingeschleusten Gen zu behandeln. Diese Gen-Therapie soll dann die Behandlung mit KOGENATE ersetzen.

veniert. Was ökologische Einwände nicht bewerkstelligen konnten, haben nun stetig sinkende Absatzzahlen bewirkt. Das 30-Millionen-Projekt wird fallengelassen. Mit dieser Entscheidung allerdings besteht ein altes Problem in Dormagen weiter. Überall auf dem Werksgelände lagern Pesti-

Lfd. 5-35

zidbestände unter zum Teil sehr bedenklichen Sicherheitsvorkehrungen.

WASSER

EC und BAYER koppeln Kläranlagen

In Dormagen haben das BAYER-Werk und die ERD-ÖLCHEMIE, die jeweils zur Hälfte zu BAYER und BP gehört, ihre Klärwerke gekoppelt. Die mit einem Aufwand von 4 Mio Mark neu gebauten Rohre und Pumpen sorgen dafür, daß das kleinere Klärwerk der ERD-ÖLCHEMIE nur noch die stickstoff- und phosphathaltigen Abwässer reinigt, während die anderen Produktionsrückstände im BAYER-Klärwerk behandelt werden. Durch die Koppelung werden täglich 3 Tonnen weniger Stickstoff und eine halbe Tonne weniger Phosphat in den Rhein geleitet. Dennoch: Die emittierte Menge der u. a. für die Algenpest in der Nordsee verantwortlichen Stoffe bleibt nach wie vor beträchtlich: Jeden Tag verlassen über 5 Tonnen Stickstoff und 80 Kilo Phosphat die Dormagener Werke. Der für beide Anlagen zuständige sog. Umweltschutzbeauftragte, Dr. Heinz Bahnmüller, tröstet: Die »Stoffe richten im relativ schnell fließenden Rhein wenig Schaden an.«

IMPERIUM

Niederlassung im Bürgerkriegsgebiet: Krieg erhöht Pharmaumsatz

BAYER hat am 12. März 1993 eine Repräsentanz im kroatischen Zagreb eröffnet. Damit endet eine 36jährige Kooperation mit dem Außenhandelsunternehmen CHEMCOLOR, das einst den gesamten jugoslawischen Markt belieferte. Die BAYER-Niederlassung vertritt auch die Konzern-

tochter AGFA und ist neben Kroatien für Slowenien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien zuständig.

Der BAYER-Umsatz in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien ist - durch den Bürgerkrieg bedingt - stark rückläufig. Betrug er 1986 über 200 Mio Mark, lag er 1992 bei 77 Mio Mark. Insbesondere die Bereiche

Mio künstliche Zähne produziert, schnürt gerade ein umfangreiches Investitionspaket für Taiwan und Hongkong.

Keramik in Italien verkauft

BAYER will seine internationalen Aktivitäten auf dem Gebiet der Keramik sträf-

30.06.1993 Vorsitzender der Geschäftsführung war, gingen rückwirkend zum 01.02.1993 an BAYER. HC STARCK, mit Tochterfirmen in den USA, Japan und England, gehört zu den weltweit führenden Herstellern metallischer und keramischer Pulver. Dort arbeiten derzeit über 2.600 MitarbeiterInnen.



Kautschuk, Kunststoff und Pestizide waren von dem Einbruch betroffen. Hingegen entwickelte sich das Geschäft der BAYER PHARMA GmbH/Ljubljana »zufriedenstellend«, wie es heißt. BAYER verdient offensichtlich an den Verwundeten des Bürgerkrieges.

Starke Präsenz in Asien

»Wer in der Chemie im Jahr 2000 eine weltweit führende Rolle spielen will, muß in Asien angemessen vertreten sein«, sagt der BAYER-Vorstandsvorsitzende Dr. Manfred Schneider. Der Konzern, der in Japan bereits in fast allen Geschäftsbereichen aktiv ist und in China jährlich 11

fen. Deshalb hat der Multi seine italienischen Anteile in diesem Bereich zum 31. 05.93 an die FERRO CORP./Cleveland, Ohio, verkauft. Die 120 KollegInnen sollen von der US-Firma übernommen werden. Die Keramik-Beteiligungen in anderen Ländern der Welt bleiben vorerst weiter in BAYER-Hand.

HC STARCK nun ganz bei BAYER

BAYER hat das einstige Familienunternehmen HC STARCK mit Sitz in Goslar und Berlin nun vollständig übernommen. Den Löwenanteil von 94,1 % hatte der Leverkusener Multi bereits 1986 geschluckt. Die noch fehlenden Anteile von Karl Ludwig Frege, der bis zum

Jeden Tag verlassen über 5 Tonnen Stickstoff und 80 kg Phosphat das BAYER-Werk in Dormagen. Ein BAYER-Sprecher: »Die Stoffe richten ... wenig Schaden an«

Fusion in Skandinavien

Die dänischen BAYER-Gesellschaften BAYER DANMARK A/S, AGRO-KEMI A/S und TECHNIKON INSTRUMENTS A/S wurden zur BAYER DANMARK A/S mit Sitz in Frederiksberg bei Kopenhagen fusioniert. AGRO-KEMI A/S ist der größte Pestizidlieferant und TECHNIKON INSTRUMENTS A/S der bedeutendste Hersteller automatischer Diagnosesysteme für Dänemark. Die drei BAYER-

Töchter setzen jährlich 225 Mio Mark um.
Die zum BAYER-Konzern gehörende Fotogruppe AGFA GEVAERT hat ihre Tochtergesellschaften ebenfalls in Dänemark sowie in Schweden und Norwegen zusammengefaßt. Mit der Fusion von AGFA-GEVAERT A/S in Glostrup, AGFA GEVAERT AB in Stockholm und AGFA GEVAERT AS in Hagen trage man den veränderten Marktstrukturen der Region Rechnung, heißt es.

ÖKONOMIE

Gewinn im Konzern gesunken

Der BAYER-Konzern hat 1992 konjunkturbedingte Einbußen bei Umsatz und Gewinn hinnehmen müssen. Bei der AG ging der offiziell ausgewiesene Gewinn vor Steuern um 27,6 % auf 1,3 Mrd Mark zurück, beim Konzern um 16 % auf 2,7 Mrd Mark. Der Umsatz sank in der AG auf 17,5 Mrd Mark (minus 3,3 %), im Konzern auf 41,2 Mrd Mark (minus 2,8 %). Vorstandschef Dr. Manfred Schneider erklärte, der Umsatzrückgang sei währungsbedingt. Außerdem habe BAYER starke Preisgeständnisse machen müssen. Der Absatz hat sich im Vergleich zum Vorjahr nicht verringert. Die Anzahl der MitarbeiterInnen, 1992 allein bei der AG bereits um 2.352 auf 60.161 verringert, wird im laufenden Geschäftsjahr erneut stark reduziert werden.

Dormagener Fasern im Abwärtstrend

Im Dormagener BAYER-Werk herrscht Krisenstimmung. Der Umsatz ist 1992 gegenüber dem Vorjahr um 3,4 % auf 4,74 Mrd Mark geschrumpft. Der Faserbereich hat seit 1987 rund 300 Mio Mark Minus eingefahren. Lediglich die Stretchfaser DORLASTAN konnte erfolgreich abge-

setzt werden. Im Bereich DRALON-Produktion ist es hingegen zum Abbau von 230 Arbeitsplätzen gekommen, ein Betrieb wurde stillgelegt. Auch die anderen Geschäftsbereiche, insbesondere die Pestizidproduktion, bereiten BAYER Sorgen. Hingegen konnte der sog. Gesundheitssektor zulegen.

ERDÖLCHEMIE mit Verlusten

Die jeweils zur Hälfte zu BAYER und zur BP-Gruppe gehörende Dormagener ERDÖLCHEMIE hat 1992 etwa 100 Mio Mark Verluste eingefahren (Vorjahr: 40 Mio). Als Ursachen dafür machte Geschäftsführer Dr. Siegfried Ruch mangelnde Nachfrage, weltweite Überkapazitäten für Etylen und Polyetylen sowie Wechselkursprobleme verantwortlich. Der Betriebsrat schließt daher Kurzarbeit und Stellenabbau nicht aus.

HAARMANN & REIMER riecht gut

Die zum BAYER-Konzern gehörende HAARMANN & REIMER-Gruppe (Holzminiden), zu der weltweit 30 Gesellschaften gehören, konnte 1992 ihren Umsatz mit 1,3 Mrd Mark gegenüber dem Vorjahr leicht erhöhen. Der Ertrag, zu dem keine exakten Angaben gemacht worden sind, sei »zufriedenstellend«. HAARMANN & REIMER gehört nach eigenen Angaben weltweit zu den fünf führenden Herstellern der Riech- und Geschmacksstoffindustrie, die für eine Fülle an künstlichen Lebensmitteln verantwortlich ist. In den nächsten Jahren will HAARMANN & REIMER im Feinparfümerie-Geschäft Tritt fassen.

MILES im Aufwärtstrend

Die MILES/Inc., Pittsburgh, Dachgesellschaft der US-

amerikanischen BAYER-Töchter, konnte 1992 ihren Umsatz um 5 % auf 6,5 Mrd US-Dollar steigern. Der Gewinn vor Steuern kletterte sogar um satte 50 % auf 305 Mio Dollar. MILES (23.000 Beschäftigte) zählt zu den 100 umsatzstärksten Unternehmen Nordamerikas.

In Japan leicht abgeschwächt

Bei der BAYER-Gruppe in Japan mit insgesamt 14 Geschäftseinheiten lag 1992 der Gewinn mit 8,8 Mrd Yen (122 Mio Mark) um 11,3 % niedriger, als im Vorjahr. Der Umsatz erhöhte sich dagegen leicht um 1,5 % auf 222,7 Mrd Yen (3,09 Mrd Mark). Die Ursachen für den Ertragsrutsch liegen in einer Flaute bei der japanischen Autoindustrie sowie in Einsparungen der Krankenkassen für Medikamente, heißt es. Eine extrem gute Entwicklung nahm der Pestizidbereich, wo der Gewinn um 92 % kletterte. Ein von BAYER in Japan entwickeltes Insektizid erwies sich als Verkaufshit. Für das laufende Jahr rechnet BAYER in Japan mit einer Umsatzausweitung um 10 % bei etwa gleichbleibendem Gewinn.

Weniger Gewinn in Italien

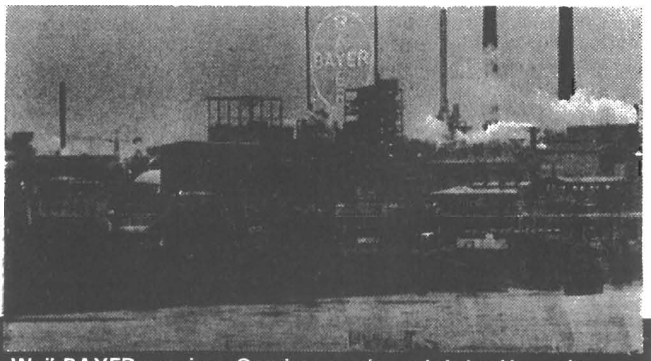
Die BAYER SpA, Mailand hat 1992 ihren Umsatz um 4,4 % auf 2.474 Mrd Lira (2,72 Mrd Mark) erhöht und ist wie im Vorjahr

drittgrößter Umsatzträger des Konzerns. Der Anteil des italienischen Geschäfts am Gesamtumsatz beträgt 7,5 %. Trotz Umsatzsteigerung brach der Gewinn vor Steuern nach einem Minus von 24 % im Vorjahr erneut um 30 % ein. Ursache für die Gewinnminderung ist hauptsächlich die Abwertung der italienischen Lira gegenüber der deutschen Mark.

In das Produktionszentrum in Garbagnate bei Mailand investiert BAYER umgerechnet 27,5 Mio Mark. Hier soll das Antibakterikum CIPROXIN für den gesamten Weltmarkt hergestellt werden.

WOLFF WALSRÖDE unter Druck

Die BAYER-Tochter WOLFF WALSRÖDE in Borsdorf, Spezialistin für Folien aller Art, rechnet mit einem »knüppelharten Jahr«. 1992 allerdings sank der Umsatz lediglich um 8 % auf 667,9 Mark. Der Gewinn, der voll an BAYER ausgeschüttet wird, stieg sogar von 15,8 auf 22,2 Mio Mark. Allerdings lagen im ersten Quartal dieses Jahres der Umsatz um 7 % und der Gewinn um 20 % unter den Erwartungen. WOLFF WALSRÖDE hat ein Gesellschafterdarlehen der Leverkusener Mutter von 92 Mio Mark in eine Kapitalerhöhung auf jetzt 150 Mio Mark umgewandelt. Es dürfte ziemlich schwer werden, dieses erhöhte Kapital im laufenden Jahr mit Gewinn zu bedienen, heißt es.



Weil BAYER weniger Gewinn macht, wird der Umwelt eine "Atempause" verordnet.

Im vergangenen Jahr ist die Belegschaft aufgrund der Einstellung der sog. Zellglasproduktion um 300 auf 2.850 Beschäftigte reduziert worden. Hier sind zuletzt jährlich 10 Mio Mark Verlust entstanden.

Obwohl ein Teil der Methylcellulose-Produktion nach Bitterfeld verlagert wird, werden sich die Investitionen bei WOLFF WALSRODE im laufenden Jahr um über 10 % auf 40 Mio Mark erhöhen.

Sauer über DAIMLERS US-Börsengang

BAYER hat den Gang des DAIMLER BENZ-Konzerns an die US-Börse scharf kritisiert. Das Vorstandsmitglied Helmut Loehr, zugleich Finanzchef des Chemieriesen, sieht darin eine »Kapitulation« vor der amerikanischen Wertpapieraufsicht sowie mangelnde Solidarität innerhalb der deutschen Wirtschaft. Bisher, so Loehr, habe man sich allgemein darauf verständigt, sich dem Druck der Amerikaner, vor der Börsenzulassung die Bilanzen nach amerikanischem Recht umzuschreiben, nicht zu beugen. Loehr will dies auch weiter nicht tun: »Das Opfer der doppelten Bilanzierung werden wir nicht bringen. US-Gesellschaften werden ja auch an deutschen Börsen nicht verpflichtet, Bilanzen nach deutschen Recht vorzulegen,« sagt er. Während nach US-Bilanzierung möglichst hohe Gewinne ausgewiesen werden, herrscht bei deutschen Jahresabschlüssen die Tendenz, Profite zu verschleiern. DAIMLER weist die Kritik Loehrs scharf zurück. Die Rechnungslegung falle zukünftig offener und aktionärsfreundlicher aus. Loehr sei verärgert gewesen ohne »jede Kenntnis dessen, was wir verhandelt haben.« Auch auf der Aktionärshauptversammlung wurde

das Verhalten von Loehr kritisiert. Mit seiner starrsinnigen Haltung werde eine profitable Chance veran, meinten traditionelle AktionärInnen.

PROPAGANDA

Der Dialog des VCI

»Chemie im Dialog«, so lautet der Titel einer Anzeigenserie des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), die seit geraumer Zeit in allen großen Printmedien geschaltet wird. Axel Heydekamp, Teilnehmer eines PR-Lehrganges am Bremer Berufsbildungsinstitut (BBI), kritisiert, es handele sich bei der Kampagne nicht um einen »echten Dialog«. Die in den Anzeigen gegebenen Antworten seien oberflächlich. Das unter dem Stichwort »Ihre Meinung ist uns wichtig« unterbreitete Gesprächsangebot sei in Wahrheit keine Aufforderung an die LeserInnen, ihre Ängste und Meinungen mitzuteilen, sondern lediglich eine Möglichkeit, sich weiteres Informationsmaterial schicken zu lassen. Der VCI beuge sich »in die Position des Experten« und degradiere die Leser in die abhängige Position der Fragenden.

STANDORTE

UmweltschützerInnen gegen Gas-Pipeline

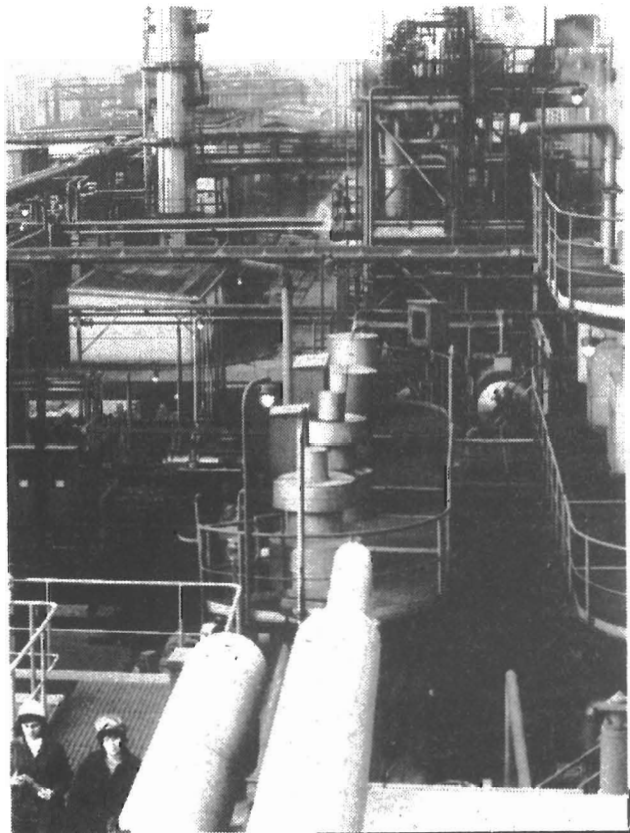
Die Firma MESSER-GRIEHEIM baut auf dem Gelände des Dormagener BAYER-Werkes eine Luftzerlegungsanlage, die den Chemiebetrieb sowie Unternehmen der Stahlverarbeitenden Industrie in der Umgebung mit den Bestandteilen Sauerstoff und Stickstoff sowie den Edelgasen Argon und Xenon versorgen soll. Im Rhein-Ruhr-Gebiet bestehen bereits mehrere Anlagen, die durch Rohre miteinander verbunden sind. Mit den in Dormagen geplanten 50 Kilometern wird das Netz auf insgesamt 420 Kilometer Länge aus-

gebaut. Nach der Fertigstellung können 40.000 Kubikmeter Gas pro Stunde transportiert werden. Die Pipeline ersetzt unzählige Lastwagen, die die Gase in Druckflaschen zu den Abnehmern transportieren müßten. UmweltschützerInnen vor Ort protestieren gegen die Anlage. Sie fürchten gravierende Einschnitte in die Landschaft.

PRODUKTIONSSICHERHEIT

Brunsbüttel: Pipeline von DEA zu BAYER

Die RWE-DEA und BAYER haben am 19.04.1993 eine 2,5 Mio Mark teure Pipeline zwischen ihren Werken in Brunsbüttel in Betrieb genommen. Durch diese Röhre fließt der für die Weich-



Naphtalin-Chemie von Leverkusen nach Brunsbüttel

BAYER verlegt seine Naphtalin-Chemie von Leverkusen nach Brunsbüttel. Bereits heute wird der Stoff in Brunsbüttel zu verschiedenen Farbstoffvorprodukten weiterverarbeitet. Künftig kommen 20 weitere Zwischenprodukte hinzu, die für die Herstellung von Reaktivfarbstoffen für die Textilindustrie sowie für die Pharma- und Kosmetikindustrie verwendet werden. BAYER wird in Brunsbüttel in diesem Jahr 30 bis 35 Mio Mark investieren.

Chemieanlagen sind ein Pulverfaß. Doch BAYER-Chef Schneidersagt: »Der Störfall (von HOECHST) wäre bei uns nicht passiert.«

schaumherstellung benötigte Stoff Toluol, der bislang in Tankwagen geliefert werden mußte. Toluol, das in der Störfallverordnung als gefährliche Substanz aufgeführt ist, wird in der DEA-RWE-Raffinerie im nahegelegenen Henningstedt aus Erdöl gewonnen. BAYER benötigt davon etwa 30.000 Tonnen im Jahr.

NRW spart bei Überwachung

»In Nordrhein-Westfalen haben wir die gleichen Anlagen, die gleichen Stoffgruppen und die gleichen Sicherheitsprobleme« wie bei HOECHST in Hessen, betont Michael Vesper von der GRÜNEN-Landtagsfraktion. Diese Aussage ist sogar stark untertrieben. Nordrhein-Westfalen hat die höchste Chemiedichte in der ganzen Welt aufzuweisen. Das Störfallpotential liegt entsprechend hoch. Dennoch will Umweltminister Klaus Matthiesen bei den Kontrollbehörden in den nächsten Jahren 1.000 Stellen abbauen. Dabei fallen schon heute Kontrollen bei BAYER und Co eher lückenhaft aus. Die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen sowie die COORDINATION fordern, die Kontrollen ebenso wie die Schichtstärken in der Produktion zu erhöhen.

O-Ton:

»... wäre bei uns nicht passiert«

Dr. Manfred Schneider, Vorstandsvorsitzender von BAYER, zur Störfallserie bei HOECHST: »Der erste Störfall am Rosenmontag wäre bei uns nicht passiert. Zwar produzieren auch wir ORTHO-NITROANISOL, den Stoff, der hauptsächlich dort (bei HOECHST, d. Red.) ausgetreten ist. Aber unsere Produktionsanlagen sind technisch anders ausgestattet. ... Wir befassen uns selbstverständlich intensiv mit allem Fragen der Chemie mit CHLOR. Da gibt es keine Tabus. ... Die Chemieindustrie ist eine der sichersten Branchen überhaupt.«

Anmerkung: Auf der Aktionärshauptversammlung in Köln am 28.04.1993 wehrte sich Schneider ausdrücklich gegen zusätzliche Kontrollen der BAYER-Werke durch unabhängige Gremien unter Beteiligung

der Umweltbewegung.

UNFÄLLE

Rheinalarm

Nach einem Unfall bei BAYER in Leverkusen am 24.03.93 hat der Düsseldorf-Regierungspräsident internationalen Rheinalarm ausgelöst. Bei Reinigungsarbeiten an Tanks sind insgesamt 7 Tonnen des giftigen Lackvorproduktes Isophorodiamin in das BAYER-Klärwerk gelangt und später auch in verschiedenen Konzentrationen an deren Rheinausläufen gemessen worden. Die Duisburger Wasserschutzpolizei hat daraufhin ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Rheinalarm wurde am 26.03. wieder aufgehoben.

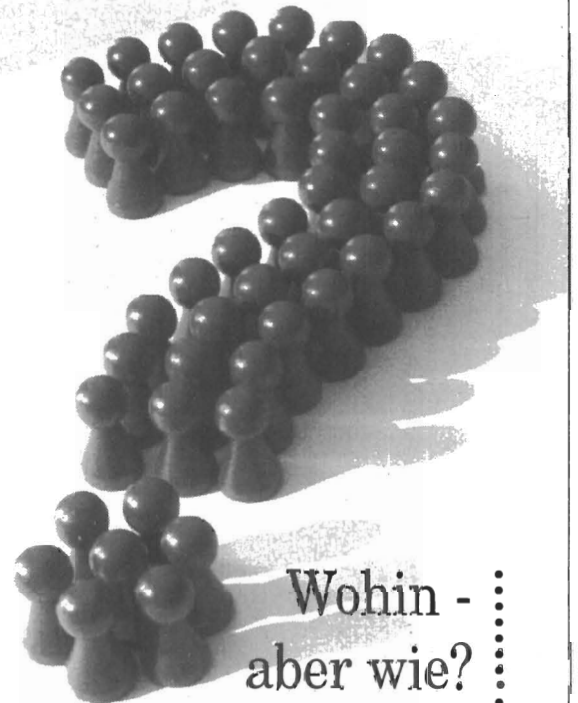
LKW verunglückt, Gefahrgut ausgelaufen

Im April 1993 ist auf der A 3 zwischen Niederrhein und Idstein ein Gefahrgut-LKW wegen eines Reifenschadens verunglückt. Dabei ist ein 40-Liter-Faß mit dem BAYER-Produkt DESMODUR leckgeschlagen. DESMODUR dient der Herstellung von Kunst- und Schaumstoffen und kann Haut und Schleimhäute reizen. Nach BAYER-Angaben ist durch den Unfall »keine Gefahr für die Umwelt« entstanden. Die örtliche Feuerwehr habe die Unfallstelle gesichert.

Der verunglückte Sattelzug gehört dem slowenischen Unternehmen AUTOCOTEVJE, das für die deutsche Firma KUYPER in Dormagen fährt. KUYPER wiederum fährt im Auftrag von BAYER.

Gasaustritt bei ERDÖLCHEMIE

Bei der Köln-Worringer ERDÖLCHEMIE, einem jeweils zur Hälfte zum



Wohin - aber wie?

Positionen und Perspektiven der Umweltbewegung

Die Umweltbewegung ist verunsichert. Nach einer Periode des Erfolgs sind längst, sichert geglaubte Normen in Frage gestellt, ursprünglich angedachte Perspektiven scheitern mit einem Mal verbaut - und das bei zunehmender Zerstörung der Umwelt. Wie können Umweltschützer mit diesen neuen Herausforderungen umgehen?

Unter anderem schreiben: Martin Jänicke, Ulrich Beck, Manuel Kiper, Hubert Weinzierl, Dieter Rucht, Matthias Möller, Jochen Flasbarth, Monika Zimmermann, Christel Möller, Angelika Zahrt, Gerhard Thielke, Frank Klaus, Helmut Röschelsen

Was verhindert den ökologischen Umbau? Wie können diese Blockaden überwunden werden? Welche Handlungsstrategien versprechen Erfolge? - Diese Neuerscheinung ist eine unverzichtbare Lektüre für alle, die auf der Suche nach neuen Wegen im ökologischen Engagement sind.

Politische Ökologie 31
DM 14,80 zzgl. Porto

Jetzt bestellen!

Politische Ökologie
Cosimastraße 4
8000 München 81

Tel. 089/ 9179 40
Fax 089/ 910 15 17

Politische
Ökologie

Lfd 5-38

BAYER- und BP-Konzern gehörenden Unternehmen, sind am 18.03.1993 eine unbekannte Menge gefährlicher Nitrogase sowie 200 Kilogramm Stickoxide freigesetzt worden. Ursache sei menschliches Versagen bei Wartungsarbeiten an einer Salpetersäure-Anlage gewesen, teilte ein Unternehmenssprecher mit, hinzufügend: Personen oder Sachen seien nicht zu

BAYER-Konzerns. BAYER ist, wie HOECHST und BASF auch, beim GERLING-Konzern gegen Umwelt-, Sach- und Personenschäden haftpflichtversichert. Die Selbstbeteiligung beträgt 1 Mio Mark in jedem Fall. Über die Höhe der Prämien, die in letzter Zeit bereits deutlich angehoben worden sein sollen, wird beharrlich Stillschweigen gewahrt. Für den Fall, daß

200 Mio Mark, der bis auf eine Selbstbeteiligung von 20 Mio Mark von der Versicherung übernommen worden ist.

550 Betriebsunfälle

In den deutschen BAYER-Werken (ohne Beteiligungsgesellschaften) hat es im Jahr 1992 nach offiziellen Angaben 550 meldepflich-

Pro eine Million geleisteter Arbeitsstunden wurden 5,8 Betriebsunfälle (1991 = 7,2) registriert. Nur knapp 4 % der Unfälle seien »chemietypisch«.

ABFALL

Abfallbilanz 1992

BAYER feiert Premiere. Erstmals veröffentlicht der Chemieriese eine Abfallbilanz für seine nordrhein-westfälischen Werke. Dies hat freilich weniger mit Glasnost als mit den Bestimmungen des Abfallgesetzes des Landes zu tun.

Nach BAYER-eigenen Angaben sind 1992 in den Werken Leverkusen, Dormagen, Elberfeld und Uerdingen 586.000 Tonnen Abfall angefallen. Hiervon sind 113.000 Tonnen verbrannt und 358.600 Tonnen auf größtenteils betriebseigenen Flächen deponiert und die Restmenge recycelt worden. Die Zahlen im einzelnen (in tausend Tonnen): Leverkusen 360, davon 64 verbrannt, 274 deponiert; Dormagen 58, davon 6,5 verbrannt, 47 deponiert; Elberfeld 32, davon 2,7 verbrannt, 11,7 deponiert; Uerdingen 136, davon 22 verbrannt, 22 deponiert.

FORSCHUNG

Info-Systeme

Das internationale Netzwerk für wissenschaftliche und technische Information, STN-INTERNATIONAL, liefert gebündeltes Wissen über Atome und Moleküle, das auf einer BAYER-Referenzzeitschrift mit dem Namen CHEMINFORM RX basiert. CHEMINFORM RX informiert wöchentlich Hochschulen und Industrie über die neuesten Entwicklungen im Bereich der präparativen Chemie. STN-INTERNATIONAL bietet die BAYER-Infos nun über zwei Datenbanken, die deutschen PC-AnwenderInnen über das zum Bundesfor-



Schaden gekommen. Stickoxid kann in Verbindung mit Luft Stickstoffdioxid bilden, bei Vermischung mit Wasser entsteht Säure. Die Nitrogase konnten von der Feuerwehr zum Teil mit einem Wasserschleier gebunden werden.

Höhere Prämien durch Störfallserien

Die Störfallserie beim Chemieriesen HOECHST und anderswo führt zu höheren Versicherungsprämien für die gesamte Branche. Dies fürchtet ein Sprecher des

die verursachten Schäden ins Uferlose steigen sollten, ist der GERLING-Konzern seinerseits bei der Münchener JACOBI-Gesellschaft rückversichert, eine Versicherung für Versicherungen quasi, die in diesen Fällen üblich ist.

Neben der Haftpflicht gibt es in der (Chemie-)Industrie eine Gewinnausfallversicherung für feuerbedingten Produktionsstillstand. Als 1989 in Uerdingen der Lackharzbetrieb von BAYER lichterloh brannte, entstand ein durch Produktionsausfall bedingter Verlust von

BAYER - ein gefährliches Kreuz für die Umwelt. Allein 1992 haben die deutschen Werke nach offiziellen Angaben fast 600.000 Tonnen Abfall produziert. Ein Großteil dieser immensen Menge ist der Müllverbrennung in BAYER-eigenen Anlagen zugeführt worden. Noch immer hat die Müllvermeidung bei BAYER keinen Vorrang.

tige Betriebsunfälle gegeben. Auf 1.000 MitarbeiterInnen kamen 9,1 Unfälle. 1991 waren es noch 11,1.

schungsministerium gehörende Fachinformationszentrum in Karlsruhe zugänglich gemacht werden.

Forschung im Wilhelm-Jost-Institut

Das Wilhelm-Jost-Institut in Hamm hat eine Pilotanlage entwickelt, an der untersucht wird, wie chemische Reaktoren nach Überhitzung und Überdruck unter Kontrolle gehalten werden können. Die Forschungsarbeiten des Projektes haben 1,2 Mio Mark gekostet, die von BAYER und dem Bundesforschungsministerium finanziert wurden.

Bei Patenten auf Platz 3

BAYER ist 1992 der drittgrößte Patentanmelder in Deutschland gewesen, hat aber gegenüber dem Vorjahr einen Platz eingebüßt. Mit insgesamt 1.003 Anträgen liegt der Konzern vor BASF (Platz 4) und HOECHST (Platz 6). SIEMENS liegt, wie bereits 1991 an der Spitze, gefolgt von der ROBERT BOSCH GmbH.

SPORT

Sportförderung als Werbetrick

Was der Profiverein TSV BAYER 04 LEVERKUSEN sich leistet, davon kann die Konkurrenz nur träumen. Kaim hat Manager Reiner Calmund seinen Trainer Reinhard Saftig (»blamable Vorstellung«) gegen einen der teuersten seiner Zunft, Dragoslav Stepanovic, (»kennt alle Tricks im Geschäft«) ausgetauscht, steht ein hochkarätiger

KEINE GIFTE MEHR IN UNSER WASSER

Helfen Sie mit die weitere Vergiftung unserer Gewässer zu stoppen!
Informationen sendet Ihnen:
KRISTALL e.V.
Redwitzstr. 62-66, 50937 Köln
Tel. 0221/449232



Spielerankauf an. Der 33jährige frühere Nationalspieler Bernd Schuster wechselt von Spanien nach Leverkusen. Mit ihm, so Calmund, wolle man in die höchsten Tabellenbereiche vordringen. Denn: »Der Sport, der erfolgreiche noch dazu, ist ein Sympathieträger, der im BAYER-Konzern nicht unterschätzt wird. Seitdem wir auf den Fußballtrikots Werbung für TALCID machen, hat sich der Umsatz beim Verkauf des Magenmittels verdoppelt«, weiß Calmund zu berichten. In Schweigen allerdings hüllt sich der große Manager über die Höhe der Summe, die sein Unternehmen für den Schuster-Transfer hat hinblättern müssen.

Während es dem TSV BAYER 04 gut geht, werden dem Bundesligazweitligisten BAYER 05 UERDINGEN die Mittel gekürzt. Denn hier stimme das Verhältnis von »Investition« und »Gegenleistung« nicht mehr, wie Jürgen von Einem, Direktor für Öffentlichkeitsarbeit und Sportbeauftragter bei BAYER, durchblicken ließ. Seit vie-

len Jahren schon ist die Werksmannschaft absolutes Schlußlicht in der Statistik der Zuschauerzahlen und damit ein schlechter Werbeträger.

Viele fürchten, daß BAYER auch die Förderung des Breitensportes kürzen will. Hier werden derzeit für 32 Vereine mit 43.000 Mitgliedern jedes Jahr 20 Mio Mark aufgewendet.

LESERINNENBRIEF

Liebe ehrliche Idealisten,

zunächst einmal möchte ich mich herzlich für die (probeweise) Zustellung von STICHWORT BAYER bedanken. So deprimierend die Umwelt-, Friedens- und Machtsituation der Konzerne, Politiker und Sachzwänge jeden Tag beim Aufschlagen der Zeitung ... auch ist, bin ich doch immer wieder ermutigt und aus meiner Hoffnungslosigkeit herausgetreten, wenn ich von Ihnen höre. Schließlich gibt es kaum noch Gruppen, ...die noch offen und ehrlich für ihre Ideale eintreten. ...

Sportförderung bei BAYER: Pokale sorgen für Schlagzeilen und erhöhen den Absatz des Magenmittels TALCID nachhaltig.

Als ich die letzte Ausgabe von STICHWORT BAYER erhielt, befand ich mich einmal mehr in der oben angerissenen defätistischen Gefühlslage. Wenngleich Ihre Berichte sicher alles andere als ermunternd waren, ... so kann ich sagen, daß mich gerade ihre wahrheitsgetreuen pessimistischen Aussagen mit neuer Hoffnung beflügelt haben, da ich erkannte, daß ich mich nicht mehr allein in einer Welt voller Blinder befinde.

Philipp Horstmann,
Hinterzarten

Anmerkung der Redaktion: Wir freuen uns über jede Zuschrift. Wir bitten alle unsere LeserInnen um Stellungnahme, Anregungen, Lob und Tadel.

Vielen Dank!

Eiskalt ausgekoffert

Giftmüllsanierung zum Spartarif

Von Detlev Stoller

Anfang Mai 1993 sind die letzten Lastwagen mit hochgiftigem BAYER-Müll vom Gelände an der großen Kirchstraße in Leverkusen-Wiesdorf abgerückt. Dort wurde die 3.000 Quadratmeter große BAY-



Giftige Erde Fotos: D. Stoller

ER-eigene Giftbrache "saniert", wie es so schön heißt. Dabei ist die gesundheitliche Unversehrtheit der Anwohner leichtfertig aufs Spiel gesetzt worden. Um dies zu verhindern, sind einige von ihnen rechtzeitig im Oktober letzten Jahres vor das Kölner Verwaltungsgericht gezogen. Der vorgelegte BAYER-Sanierungsplan nämlich sah vor, die belastete Erde lediglich zu befeuchten und dann auszubaggern. Die AnwohnerInnen indes forderten die Einhausung der Baustelle in ein Unterdruckzelt, um zuverlässig vor Staubverwehungen und Ausgasungen geschützt zu werden. Doch die Sanierungspartner BAYER und Stadt Leverkusen haben sich durchgesetzt und einen Teil der gefährlichsten Giftmülldeponie aller Zeiten eiskalt ausgekoffert.

Zurückhalten von Informationen

Die Geschichte der Altlast Dhünnaue ist von Anfang an von Geheimniskrämerei begleitet. Ganze sechs Wochen lang hat die Stadt

den AnwohnerInnen Informationen über die extremen Schadstoffbelastungen des Erdreiches nachweislich vorenthalten. Der Grund: Ein zu ändernder Bebauungsplan sollte unbeschadet des Altlastenfundes die politischen Gremien passieren. Dabei war den Politikern das Ausmaß der Vergiftung durchaus bekannt. In einem Bericht der Stadt heißt es: "Aufgrund der am 11.01. bzw. 21.01.91 vorab übermittelten Analyseergebnisse mußte festgestellt werden, daß in einzelnen Partikeln (Pickproben) extrem hohe (max. 45 g/kg) und in 4 der 5 Bodenproben sehr hohe Konzentrationen (bis zu 10,5 g/kg) an Chrom vorlagen. (...) Es muß festgehalten werden, daß eine orale Aufnahme von 0,5 g Chrom (VI) für den Menschen tödlich wirken kann. (...) Angesichts dieser erschreckenden Daten fürchtete man offensichtlich, daß die Betroffenen sich einmischen würden. Warum sonst hat man sie erst viel zu spät informiert? In dem Bericht der Stadt heißt es verräterisch: "Da die Vorkommnisse von Bürgern aufgedeckt waren, war mit weiterem Interesse über die Ergebnisse zu rechnen. Erstmalig wurde von den Betroffenen Mitte Januar 91 nachgefragt. (...) Aufgrund wiederholten Nachfragens wurde den Bewohnern des Hauses Niederfeldstr. 8 eine Mitteilung der Ergebnisse für den 14.03.91 angekündigt. Zu diesem Zeitpunkt konnte davon ausgegangen werden, daß eine Behandlung der Altlast-situation im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan durch die zuständigen politischen Gremien am 13.03.91 erfolgt". Obwohl die Verantwortlichen bei BAYER wußten, daß die Anwohner auf einem Giftfaß sitzen, ließen sie erst im März 1991 das belastete Gelände einzäunen. Bis dahin konnten Kinder ungehindert auf der verseuchten Erde spielen.

Ursprünglich war das Sanierungskonzept der Stadt Leverkusen von dem der Anwohner gar nicht so verschieden. Interne Gesprächsnotizen belegen, daß die Stadt lange Zeit eine völlig andere Auffassung von Art und Umfang der durchzuführenden Maßnahmen hatte, als die BAYER AG. Die Stadt wollte - ebenso wie die Anwohner - ein komplettes Ausbaggern der Altlast unter einem Zelt, BAYER indes war dafür, die Altlast einfach abzudecken und die belastete Erde an Ort und Stelle zu belassen. Ein Treffen von Vertretern des Chemieunternehmens und der Kommune am 06.02.1992 mußte ergebnislos abgebrochen werden. Die Stadt hielt schriftlich fest: "Es wird immer wieder deutlich, daß bei der BAYER AG

titanic reisen

Weltweite Flüge

zu unglaublich günstigen Preisen.

Wir bieten:

- StudentInnentarife weltweit.
- Oneways / Gruppenreisen.
- Flüge umgekehrt, Tickethinterlegungen.
- Rundflüge und Airpässe.
- Innersüdamerikanische/-afrikanische/-asiatische Anschlüsse.
- Hotelreservierungen / Mietwagen.
- und vieles andere mehr.

Rabatte für Projekte, gemeinnützige Organisationen u. ä. (Verträge mit diversen Fluggesellschaften wie Lufthansa, Iberia, Alitalia, Sabena u. a.)

Anfrage und Buchung per FAX (030) 618 80 40 mit Sofortbestätigung.

Oppelner Straße 7 · 10997 Berlin
(030) 618 50 48

noch kein Konzept, auch nicht ansatzweise, vorliegt, wie sie die Gefährdung durch die belasteten Bereiche, wie groß diese auch sein mögen, zu beseitigen gedenken und welche Schutzvorkehrungen zu treffen seien". Der Streit gipfelte in Drohungen seitens der Stadt an BAYER-Werksleiter Dr. Anders am 10.2.92: "Ich fühle mich daher frei, vorsorglich ordnungsbehördliche Schritte für den Fall vorzubereiten, daß der von Ihren Mitarbeitern für den 20.02.92 angekündigte Vorschlag als nicht ausreichend erscheint. Dies kann ich nach dem Ablauf der Besprechung vom 06.02.92, so wie sie mir von meinen Mitarbeitern dargestellt wurde, nicht mehr ausschließen".

Die Irritationen blieben bestehen. BAYER mußte sich zwar zum Teil geschlagen geben und erklärte sich zum Ausbaggern bereit, allerdings nicht für die gesamte Fläche und nicht unter einem Zelt zum Schutz der Anwohner. Noch äußerte die Stadt starke Bedenken. In einem Schreiben vom 08.04.92 an

BAYER heißt es: "Ich möchte hier meine ernsthaften Zweifel zum Ausdruck bringen, daß mit der von Ihnen vorgesehenen Maßnahme das Ziel, eine Staubentwicklung zu verhindern, während der gesamten Baumaßnahme erreicht werden kann." Am 15.05.92 kommt dann die Kapitulation: "Aufgrund der Sach- und Rechtslage können daher von der Stadt keine weiteren Umweltschutzmaßnahmen (gegenüber BAYER, d. Red.) gefordert werden, was jedoch nicht einer Zustimmung gleichzusetzen ist". Die Stadt hatte also aufgegeben. Die Sanierung sollte im November beginnen. Der Leiter des städtischen Gesundheitsamtes Dr. Eckhard Linstaedt warnte unterdessen noch am 07. Oktober 92: "Eine Berieselung ist in technischer Hinsicht sicherlich ein erprobter Weg, um Staubverwehungen während des Aushubs mit einiger Sicherheit zu vermeiden - aber aus amtsärztlicher Sicht eben nicht mit dem adäquaten Sicherheitsfaktor, um eine evtl. Gefährdung der Kinder mit der erforderlichen Sicherheit auszuschließen."

Schulterschuß im Gericht

Vor Gericht war von der abweichenden Meinung der Stadt zu Art und Umfang der Sanierung nicht mehr viel zu spüren. In trauter Einigkeit versuchten beide Partner den Richter zu überzeugen, daß es zwischen ihnen im Grunde nie einen Streit gegeben hat. Sie zweifelten gar an, daß die Anwohner überhaupt das Recht hätten, das Gericht anzurufen. So schrieb die Stadt in ihrer Stellungnahme am 09.10.92: "Hinsichtlich der Zulässigkeit des Antrags ergeben sich Bedenken (...)" Und weiter: "Soweit der Antragssteller antragsbefugt ist, ist sein Antrag unbegründet". Beim Ortstermin in Leverkusen versuchte der Richter auf BAYER einzuwirken, den Streit mit einem Vergleich zu beenden. Sein Vorschlag: Die Anwohner ziehen ihre Klage zurück und BAYER baut eine Einhausung. BAYER jedoch zeigte sich stur und ging auf die Vergleichsvorschläge auch nicht annäherungsweise ein. "Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen werden unverändert als ausreichend angesehen", heißt es in einem Schreiben des Unternehmens vom 05.01.1993. Bereits eine Woche zuvor, am 31.12.92, hatte die 4. Kammer des Kölner Verwaltungsgericht gegen die Anwohner entschieden. Die Sanierung konnte beginnen... Jetzt nach Abschluß der Arbeiten ruht das Gelände eingezäunt und wartet auf sinnvolle Nutzungen. Erste spärliche Grashalme treten aus der morastigen dünnen Mutterbodenabdeckung heraus. Für die Anwohner ist eins ganz klar: Es wird sich nie klären lassen, ob belasteter Staub ins Haus hinübergeweht ist oder nicht. Wegen der langen Zeiträume zwischen einer Vergiftung mit krebserzeugenden Stoffen und dem Ausbruch der Krankheit läßt sich ohnehin ein hieb- und stichfester Zusammenhang in den seltensten Fällen herleiten. Aber: Der Anblick der astronautenartig in Schutzkleidung gehüllten Sanierer hat Beklemmung bei den Anwohnern hinterlassen. Und: Das Vertrauen in die Stadt als Behörde zum Schutz der Bürger und in BAYER als angeblich verantwortungsbewußtes Chemieunternehmen ist ruiniert.



Sanierung zum BAYER-Spartarif: Schutzanzüge für die Arbeiter, Giftstaub für die Anwohner.

Entschädigung für Holzgiftopfer?

Urteil im Holzgiftprozeß setzt neue Maßstäbe für Produkthaftung.

Von Marc Platzer

Der Holzschutzmittelprozeß in Frankfurt endete mit der Verurteilung der DESOWAG-Manager. Die Strafen: Je ein Jahr wegen fahrlässiger Körperverletzung und der Freisetzung von Giften, zur Bewährung ausgesetzt. Der Prozeß war das größte Umweltstraßverfahren seit Bestehen der Bundesrepublik. Eine Fortsetzung des Verfahrens ist auf verschiedenen Ebenen abschbar. Die Verteidigung hat Revision vor dem Bundesgerichtshof eingelegt. Zahlreiche Gerichte werden die anhängigen Zivilprozesse, die für die Dauer des Strafprozesses ruhen, in den kommenden Wochen aufnehmen. Und auch die Ermittlungen gegen die BAYER AG wird die Staatsanwaltschaft mit neuem Elan aufnehmen. Mit Unterstützung des Bundeskriminalamtes hat bereits eine Hausdurchsuchung stattgefunden, bei der die Staatsanwaltschaft umfangreiches Material beschlagnahmte.

Wer den Prozeß in Frankfurt vor Ort erlebte, merkte schnell, wie schwierig ein derartiges Verfahren ist. Das Gericht lud über ein Dutzend sachverständiger GutachterInnen aus der ganzen Welt. Bei der Abweisung der Klage im Jahr 1990 war das Frankfurter Landgericht noch davon ausgegangen, daß der Nachweis der Kausalität zwischen ausgasenden sog. Holzschutzmitteln und Gesundheitsschäden nicht zu führen sei. Die Gutachten der meisten Sachverständigen des laufenden Verfahrens haben hingegen die Zusammenhänge bestätigt.

Die Verteidigung versuchte von Anfang an, den Prozeß durch Einstellungs- und Aussetzungsanträge zu verhindern. Noch kurz vor Ende bot sie den Geschädigten einen Vergleich an. Sie sollten 12 Millionen Mark bekommen. Tatsächlich ist der entstandene Schaden jedoch weit höher anzusetzen. Nach einer Schätzung der Interessengemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten (IHG) müssen - ausgehend von 10.000 Geschädigten - allein für die Heilbehandlung über 83 Millionen Mark pro Jahr gezahlt werden. Die Sanierung der betroffenen Gebäude beläuft sich gar auf 113 Milliarden Mark.

DESOWAG schnell das Geld ausgehen. Ob in diesem Fall eine Haftung der Mutterfirma SOLVAY AG und der Ex-Mutter BAYER AG möglich ist, muß sich erst erweisen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die BAYER AG den Prozeß von einem hochrangigen Mitarbeiter der Rechtsabteilung verfolgen ließ. BAYER war bis 1987 mit 37 Prozent an der DESOWAG (damals: BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ) beteiligt.

Der Ausgang des Frankfurter Prozesses hat vor allem auf drei Ebenen besondere Bedeutung. Zunächst geht es um die Entschädi-



Bei diesen Zahlen wird es mensch schwindelig. Und das trifft wohl auch auf die betroffenen Unternehmen zu. Sollte auch nur ein Teil der Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden können, wird der

Holzgifte haben unzählige Menschen und ihr Eigentum mit Dioxin verseucht.

gung der betroffenen Familien. Durch die Verurteilung der DESOWAG-Ge-

schäftsführer ist nun der Weg für eine in zahlreichen Zivilprozessen angestrebte Entschädigung frei. Daneben geht es aber auch um die politische Dimension. Zumindest seit 1977 wußten die DESOWAG-Verantwortlichen um die Schädlichkeit ihrer Produkte XYLADECOR und XYLAMON. Nicht zuletzt kritische BAYER-AktionärInnen hatten auf Hauptversammlungen des Chemiekonzerns immer wieder darauf hingewiesen. Trotzdem wurde es noch bis zu Beginn der 80er Jahre verkauft.

Das Urteil hat zu einer deutlichen Ausweitung der Produkthaftung geführt und damit auch bei der Rechtsprechung für Klarheit gesorgt. Die Haftung eines Herstellers wird auf die Lebenszeit des Produktes ausgedehnt. Wesentlich ist, daß für die Verurteilung der DESOWAG-Manager keineswegs ein Nachweis der biochemischen Wirkungsweise PCP-haltiger Holzgifte erbracht werden mußte. Dieser scheint bis heute aus wissenschaftlicher Sicht nicht bis ins letzte Detail möglich. Erschwerend kommt hinzu, daß die Gesundheitsschäden bei den meisten Betroffenen erst Monate oder gar Jahre später aufgetreten sind. Für die Juristen genügt unterdessen der Nachweis eines Kausalzusammenhangs zwischen Holzgiften und Gesundheitsschäden.

Besonders erschreckend ist die von der Firma DESOWAG herausgegebene Strafprozeß-Berichterstattung. Diese wurde im Verlauf des Prozesses in großer Auflage hergestellt und vor allem an JournalistInnen ausgehändigt. In dem 'Prozeß-Journal' wird auf unauffällige Weise versucht, GutachterInnen ungalubwürdig zu machen und den Prozeßverlauf in Frage zu stellen. So ist in der Ausgabe vom 11.6.92 zu lesen: "der Verteidigung erscheint eine umfangreiche Beweisaufnahme über die tatsächlichen Umstände der Einzelfälle weder sinnvoll noch notwendig". Auch für die Erkrankungen der Betroffenen haben die DESOWAG-Presseverantwortlichen nur Spott übrig: "Wenn man die Vielfalt der Symptome von A wie Aggressivität bis Z wie Zittern durchgeht, erhält

man ein vollständiges Verzeichnis aller beim Menschen vorkommenden pathologischen Erscheinungen. Soll es dafür keine anderen Ursachen geben als Holzschutzmittel?" Die Skala der Gutachter reiche "von ernstzunehmenden international anerkannten Wissenschaftlern" bis hin zu "skurrilen Figuren wie den Münchner Giftsücker Max Dauderer". Auf diese Weise hat auch die Pressearbeit der Chemieproduzenten eine neue Ausprägung erfahren. Die DESOWAG leugnet nicht nur jegliche Verantwortung. Sie verspottet Menschen, die durch Holzgifte geschädigt wurden.

Die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFahren (CBG) hat im vergangenen Dezember Strafanzeige gegen zwei führende BAYER-Manager eingereicht. Auf diese Weise sollte die politische Dimension und die besondere Verantwortung des Konzerns verdeutlicht werden. Ob es zu einem Verfahren gegen BAYER-Vorstände kommt, ist offen. Wahrscheinlicher ist, daß ein leitender Angestellter aus einer unteren Führungsebene, beispielsweise ein Beiratsmitglied, 'geopfert' wird. Deswegen wird die CBG die entsprechende Kampagne in Abstimmung mit der IHG weiterführen. Auch bei den alljährlichen Besuchen der BAYER-Hauptversammlung werden die Kritischen BAYER-AktionärInnen, eine Arbeitsgruppe der CBG, das Thema berücksichtigen.

Eine Zusammenfassung aller Gutachten kann bei der IHG, Unterstaat 14, 51766 Engelskirchen bezogen werden.



Verurteilt: DESOWAG-Manager Kurt Steinberger und Fritz Hagedorn. Wann werden BAYER-Manager vor Gericht gestellt?

SEIT 33 JAHREN ...

Die BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ hat frühzeitig von der Gefährlichkeit der sog. Holzschutzmittel gewußt. Bereits vor 12 Jahren haben kritische BAYER-AktionärInnen erstmals den organisierten Giftvertrieb öffentlich angeprangert. Im Juni 1959 bereits schickte die damalige BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ ihren Manager Kurt Steinberg zu einer geschädigten Familie. Die kleine Tochter litt schwer an Chlorakne, Kopfschmerzen und Haarausfall. Die Familie hatte kurz zuvor den Dachstuhl ihres Hauses mit dem sog. Holzschutzmittel XYLAMON imprägnieren lassen. 10 Jahre später urteilt das Oberlandesgericht Koblenz die BAYER DESOWAG MATERIALSCHUTZ habe "die Gesundheit der Kläger ... rechtswidrig und fahrlässig verletzt, sie schuldet ihnen daher Ersatz des daraus entstandenen Schadens. Seit mindestens 33 Jahren sind also die Gefahren von XYLAMON bekannt. Seit 23 Jahren existiert ein rechtskräftiges Urteil in dieser Sache. ho

Unsere Themen im Juni:
Stahl-Kongreß • Atom-Konsens
Phosphin • Al Gores Umweltplan
Zweitregister • Chlorchemie
Nächstes Heft: September 1993

Waterkant

Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion
Mitteilungsblatt der Aktionskonferenz Nordsee e. V.

GRUNDWASSER
Bauern contra BAYER

Ein Probeheft
gibt's für 2,- DM
(in Briefmarken)
Jahresabo (4 Hefte)
30,- DM inkl.

Aktionskonferenz Nordsee e. V.
Kreuzstraße 61 · 28203 Bremen 1
Tel.: 04 21 / 7 76 75 · Fax: 04 21 / 7 89 31

Redaktion Waterkant
c/o Burkhard Ilchner · Offenwardener Str. 6
27628 Sandstedt
Redaktions-Fax: 047 02 / 1090

Lfd 5-45

Ein ziemlich langer Weg

Ansichten und Aussichten zum Frankfurter Holzgiftprozeß

Der Frankfurter Holzgiftprozeß endete am 67. Verhandlungstag mit der Verurteilung der zwei Angeklagten, der DESOWAG-Manager Dr. Kurt Steinberg und Fritz Hagedorn. Beide wurden zu einem Jahr Haft auf Bewährung wegen fahrlässiger Körperverletzung und Freisetzung von Giften verurteilt. Das Urteil liegt deutlich unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft. **STICHWORT BAYER** hat mit der Rechtsanwältin Edith Lunnebach gesprochen. Sie vertrat einige der geschädigten Familien, die beim Prozeß als Nebenkläger aufgetreten sind. Das Interview hat Marc Pletzer geführt.

STICHWORT BAYER: Wie haben sich die Angeklagten zu den erdrückenden Beweisen, die in der Hauptverhandlung dargelegt wurden, gestellt?

Lunnebach: Die Angeklagten sind offensichtlich unbeherrschbar. Sie haben bis heute keine Betroffenheit über die zahlreichen und zum Teil sehr schweren Gesundheitsschäden geäußert. Stattdessen behaupten sie, keine Fehler gemacht zu haben. Wir haben in der Hauptverhandlung unter anderem nachweisen können, daß es vor allem um finanzielle Interessen ging. PCP war gegenüber Austauschgasen, die bereits auf dem Markt waren, erheblich billiger.

STICHWORT BAYER: In dem Prozeß sind zahlreiche Nebenkläger aufgetreten. Welche Bedeutung und welche konkreten Vorteile hat dieses für Sie als Vertreterin solcher Nebenkläger gehabt?

Lunnebach: Wir haben dabei sehr eng mit der Staatsanwaltschaft zusammengearbeitet. In den Plädoyers haben wir als Vertreter der Nebenkläger kein Strafmaß gefordert. Wir haben allerdings zu den Fragen des gesetzlichen Tatbestandes mit-

argumentiert und insbesondere den Bezug zu den von uns vertretenen Familien hergestellt. Alle Plädoyers waren vorher aufeinander abgestimmt, so daß sie zusammenwirkten.

STICHWORT BAYER: Zur Zeit sind zahlreiche Zivilprozesse ausgesetzt, da auf das Frankfurter Urteil gewartet worden ist. Ist den Betroffenen durch die Verurteilung der DESOWAG-Manager die baldige Entschädigung sicher?

Lunnebach: Die Verfahren werden sich noch lange hinziehen. Zunächst einmal haben die Strafrichter eine gewisse Zeit zur Verfügung, um das Urteil schriftlich abzufassen. Danach werden die Zivilrichter es entsprechend zur Kenntnis nehmen und die Aussetzung der Verfahren aufheben. Das Frankfurter Urteil ist zu diesem Zeitpunkt allerdings noch nicht rechtskräftig. Die Verurteilten werden in jedem Fall Revision vor dem Bundesgerichtshof einlegen. Trotzdem kann ein Zivilgericht sich schon vor der endgültigen Klärung dieser Revision auf das Urteil beziehen.

STICHWORT BAYER: Wird dann vor dem Bundesgerichtshof auch die Beweisaufnahme neu stattfinden?

Lunnebach: Es gibt keine neue Beweisaufnahme. Der Bundesgerichtshof prüft lediglich Rechtsfehler, die zuvor von der Verteidigung geltend gemacht werden müssen. Sind entsprechende Fehler vorhanden, wird das Urteil aufgehoben und an ein anderes Landgericht zurückverwiesen. Hier würde es dann erneut zu einer Beweisaufnahme kommen.

STICHWORT BAYER: Kurz vor dem Ende des Prozesses hat die Verteidigung einen Vergleich angeboten. Ging es dabei um Entschä-

digungszahlungen, die solche ausgesetzten Zivilprozesse betroffen hätten?

Lunnebach: Aus Sicht der Firma DESOWAG schon. Es wurde angeboten, 12 Millionen Mark an diejenigen Betroffenen zu zahlen, deren Zivilverfahren anhängig sind. Es bezog sich nicht in allen Fällen auf die Familien, die im Strafprozeß als Nebenkläger aufgetreten sind und vor allem auch nicht auf diejenigen, die bereits Schäden geltend gemacht haben. Die Staatsanwaltschaft hat sich damit nicht einverstanden erklärt. Stattdessen forderte sie, das noch laufende Strafverfahren gegen das Bundesgesundheitsamt und das absehbare Verfahren gegen die BAYER AG einzubeziehen. Es sollte eine große Lösung geben. Bei den Berechnungen kam die Staatsanwaltschaft auf eine Summe von 120 Millionen Mark. Diese Lösung hätten die Nebenkläger akzeptiert, da sie eine baldige Entschädigung der zum Teil wegen der Sanierungen und der Krankenbehandlungskosten hochverschuldeten Familien bedeutet hätte.

STICHWORT BAYER: Die Interessensgemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten hat in entsprechenden Berechnungen festgestellt, daß sich allein der Sanierungsbedarf für die Immobilien auf über hundert Milliarden Mark addiert. Wie kommt es zu den unterschiedlichen Zahlen?

Lunnebach: Der Sanierungsbedarf stellt sich auch aus dem Gesichtspunkt einer Gesundheitsvorsorge. Die Berechnungen der Staatsanwaltschaft bezog sich allein auf die Fälle, bei denen Schäden entstanden sind. Man kann in einem Strafprozeß nicht für mögliche zukünftige Schäden Zahlungen fordern. Die 120 Millionen Mark waren knapp gerechnet. Der gesellschaftliche Schaden liegt weitaus höher.

STICHWORT... HOLZGIFTE

STICHWORT BAYER: Warum ist das Angebot der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden?

Lunnebach: Hintergrund der Ablehnung ist wohl die große Presseresonanz auf das Vergleichsangebot der Staatsanwaltschaft, die wir nicht gewollt haben. Die BAYER AG hat einen Rückzieher gemacht, da sie neben den finanziellen Verlusten auch noch eine breite negative Berichterstattung befürchtete.

STICHWORT BAYER: Bei dem jetzt beschrittenen Weg ohne Vergleich ist doch die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, daß die Firma DESOWAG die Entschädigungszahlungen nicht leisten kann, sondern Konkurs anmelden muß. Würden dann die Mutterfirmen SOLVAY und BAYER die Entschädigungen zahlen?

Lunnebach: Wenn die DESOWAG diese Summen alleine zahlen müßte, ist eine Pleite wahrscheinlich. Allerdings hat sich die BAYER AG nach uns vorliegenden Informationen intern bereits für verantwortlich erklärt. Ob diese hintenherum die DESOWAG unterstützt wird, ist zur Zeit nicht klar. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß wir die geforderte Summe von 120 Millionen Mark in den Zivilprozessen erstreiten können. Auf jeden Fall wird es noch ein ziemlich langer Weg für die Geschädigten.

STICHWORT BAYER: Die BAYER AG war ja nur mit 37% an der DESOWAG beteiligt. Warum steht sie mehr im Mittelpunkt als SOLVAY?

Lunnebach: In der Beiratskonstruktion der DESOWAG hat die BAYER AG die wissenschaftlich-technische Beratung übernommen. Die SOLVAY hat hingegen vor allem die Rechtsschutzberatung übernommen, die zum Beispiel die sogenannte 'Gifthandelsverordnung' betraf. Da es im Holzschutzmittelprozeß vor allem um die Produktfehler und die daraus resultierenden Gesundheitsschäden geht, läuft das Ermittlungsverfahren vor allem gegen die BAYER AG.

STICHWORT BAYER: Vielen Dank für das Gespräch.



Que la alegría de la
Navidad sea el comienzo
de cambio y prosperidad
para el Nuevo Año,
1992

Deckblatt des BAYER-Werbekalenders aus Kolumbien

Xylamon TR especial
Immunizante para madera... con mucha madera

Der Frankfurter Holzgiftprozeß hat immer wieder die Verantwortung des BAYER-Konzerns, der sich 1987 von der Materialschutzfirma getrennt hat, ins Blickfeld geführt. Heute tut der Leverkusener Chemieriese geradezu so, als hätte er mit der DESOWAG nichts mehr zu tun. Dabei hat BAYER noch 1992 in Kolumbien Werbung für XYLAMON TR ESPECIAL gemacht. Ob das Produkt die giftigen Stoffe LINDAN und PCP noch enthält, ist nicht bekannt.

Mit brachialer Gewalt

Wie BAYER versucht, einem kritischen Journalisten zu schaden

BAYER hat ein gestörtes Verhältnis zu den Medien. Auf der einen Seite werden JournalistInnen hofiert und bei Lachs und Kaviar ausgehalten. Auf der anderen Seite ist kritische Berichterstattung unerwünscht. Das Magazin »Stern« etwa muß aufgrund unliebsamer Veröffentlichungen seine Anzeigenaufträge aus dem Hause BAYER seit nunmehr fast 10 Jahren einbüßen. Original-Ton der Medienschelte: »Damit die Jungs in Hamburg 'mal sehen, wer hier das Sagen hat.« Nach dieser Devise handelt mitunter auch der Werkschutz, der vor geraumer Zeit außerhalb des BAYER-Geländes, auf öffentlichem Terrain also, einen Reporter verprügelt hat. Ganz besondere Aufmerksamkeit wird dem Westdeutschen Rundfunk zuteil. Es ist noch gar nicht allzu lange her, daß die Hauspostille »BAYER aktuell« titelte: »WDR - Da hilft nur noch abschalten«. Der Sender hatte seinen öffentlich-rechtlichen Auftrag wohl wieder einmal zu ernst genommen. So auch am 12. Februar 1993, als um 20.00 Uhr auf West 3 ein Beitrag des Filmemachers Frans van der Meulen ausgestrahlt wurde. Titel der Sendung: »Mit brachialer Gewalt«.

Es dauert nur eine Woche, bis dem WDR-Intendanten Friedrich Nowotny höchstpersönlich sowie zweiverantwortlichen Redakteuren des Hauses die schriftliche Stellungnahme der BAYER-Propagandisten Heiner Springer und Jürgen von Einem vorliegt. Darin beschwerten sich die Herren bitterlich über die Darstellung des sog. Holzgiftskandals in dem inkriminierten Film. Das Schreiben gipfelt in einer Drohung, zu deren Umsetzung es BAYER-Justitiaren aber offensichtlich an Mut fehlt: »Obwohl es im vorliegenden Fall durchaus angezeigt wäre, sehen wir diesmal davon ab, unsere Rechte gerichtlich bestätigen zu lassen, da wir davon ausgehen, daß sich solche Entgleisungen bei der Darstellung unseres Unternehmens nicht wiederholen werden«, heißt es. Von Großzügigkeit aber kann im vorliegenden Fall überhaupt keine Rede sein. Es drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß die Chemie-Advokaten nach verlorenem Prozeß gegen die COORDINATION GEGEN BAYER-GEFAHREN kein weiteres Risiko eingehen wollen. Im Oktober 1991 bestätigte das Bundesverfassungsgericht, daß die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit selbst schärfste

Kritik zuläßt. Insbesondere dann, wenn auf in der Presse veröffentlichte, unwidersprochen hingenommene Berichte Bezug genommen wird. Genau so verhält es sich im vorliegenden Fall. Der WDR-Film befaßt sich, wie die Herren Springer und von Einem in Ihrem Beschwerdebrief richtig wiedergeben, »mit meist krimineller Gewalteinwirkung auf Menschen und Natur und deren Ursachen.« Springer und von Einem führen ferner aus: »Nachdem Herr van der Meulen beispielhaft eine Reihe von Fällen schwerster Kriminalität, wie zum Beispiel Vergewaltigung, Mißbrauch von Kindern und Brandanschläge gegen Asylbewerber beleuchtet hatte, wandte sich der Bericht den Holzschutzmitteln zu. Kommentar: 'Eine andere Form der Gewalt geht von Industrieprodukten aus'. Der von Herrn van der Meulen zu diesem Thema befragte Gerd Schneider, ein Vorstandsmitglied der sogenannten 'Interessengemeinschaft der Holzschutzmittelgeschädigten', schilderte seine gesundheitlichen Probleme, die er auf das Holzschutzmittel 'Xyladecor 2000' zurückführte.« Eine Schilderung, die Schneider am 16.12.92 anläßlich einer öffentlichen Pressekonferenz

der COORDINATION in Bonn bereits vorgetragen hatte. Im Anschluß an die Darstellung Gerd Schneiders zeigt der Film das BAYER-Werk in Leverkusen. Kommentar dazu: »Hier wurde nicht nur Gewalt gegen Menschen angewendet, sondern auch die Arbeit der Justiz behindert. Ihr Ursprung ist wiederum eine Gewalt, die von mehr oder weniger skrupellosen Konzernen ausgeht«. Eine Behauptung, die angesichts der Tragweite des Holzgiftskandales nicht übertrieben ist. Immerhin sind die DESOWAG-Manager mittlerweile verurteilt, und gegen die Verantwortlichen bei BAYER ermittelt die Frankfurter Staatsanwaltschaft. BAYER habe, so der Verdacht, der Herstellung und dem Vertrieb von Holzschutzmitteln zu einer Zeit zugestimmt, als deren Giftigkeit bereits hinlänglich bekannt war. Um die Ermittlungen voranzutreiben, ließ der Staatsanwalt bei BAYER Akten beschlagnahmen. BAYER-Chefjustitiar Jürgen Schwericke hat dies in Zusammenarbeit mit dem Werkschutz nach Kräften zu beeinträchtigen versucht. Auch wenn die Konfiszierung bestimmter Akten auf Antrag von BAY-



Abb. auf diesen beiden Seiten von F. van der Meulen zu seinem Film »Mit brachialer Gewalt«

ER im nachhinein gerichtlich als unrechtmäßig eingestuft worden ist, bleibt der Vorwurf der Behinderung staatsanwaltlicher Tätigkeit davon doch unberührt. In dem van der Meulen-Film wird dies sogar vom Pressesprecher des Staatsanwaltes selbst, Hubert Harth, beklagt. Anstatt sich jedoch an ihn (Harth) zu wenden, halten sich die BAYER-Schreiber an den WDR und behaupten: »Dieser Teil des Berichtes ist

falsch und rückt unser Unternehmen in unverantwortlicher Weise in die Nähe organisierter Kriminalität«, eine Formulierung, die im Film in dieser Weise überhaupt nicht vorkommt. Stattdessen hat STICHWORT BAYER im Februar 1993 im Rahmen der Berichterstattung über den Holzgiftprozeß von »organisiertem Verbrechen« gesprochen. BAYER hat dies bis heute unwidersprochen hingenommen.

Besonders perfide ist eine »Feststellung«, auf die der BAYER-Brief »ausdrücklichen Wert« legt. Ohne weitere Erklärung wird dort behauptet: »Das in dem Bericht erwähnte Holzschutzmittel ... wurde von BAYER zu keinem Zeitpunkt hergestellt oder vertrieben«. Ein eindrucksvoller Beleg dafür, wie bei BAYER mit der Wahrheit umgesprungen wird. Frans van der Meulen erklärt daher in seinem Antwortschreiben an den zuständigen WDR-Chefredakteur: Der »Holz-

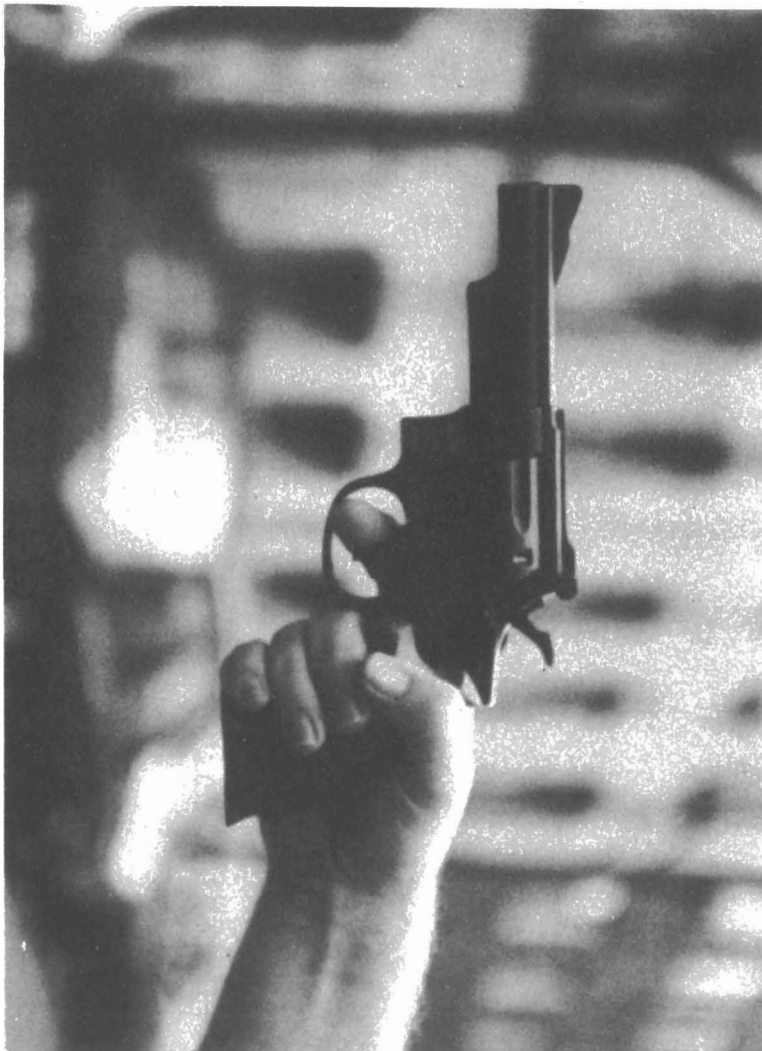
schutzmittelhersteller DESOWAG MATERIALSCHUTZ GmbH hat bis Ende 1986 mit einer 37 %-

**»... unzulässige
Einflußnahme eines
Großkonzerns auf
die Programmver-
antwortlichen einer
Sendeanstalt des
öffentlichen
Rechts.«**

igen Beteiligung« dem BAYER-Konzern gehört. Der Name BAYER war bis dahin sogar offizieller Bestandteil des Firmenlogos des sog. Materialschutzunternehmens, das das erwähnte Mittel XYLADECOR 200 hergestellt und vertrieben hat. »Die BAYER-Anteile wurden, wie

van der Meulen in seinem Antwortschreiben weiter erläutert, »zu einer Zeit abgestoßen, als der Druck einer kritischen Öffentlichkeit zunahm und ein Prozeß durch Anzeigen Geschädigter ins Haus stand.« Van der Meulen gibt zu bedenken, daß sich »die Kosten der Holzschutzmittelsanierung in den 80ern pro Jahr auf etwa 11,35 Mrd DM, die medizinischen Behandlungskosten für 10.000 Krankheitsfälle pro Jahr auf etwa 83,1 Mio DM beliefen - bekannte Fälle ohne Dunkelziffer.«

Der engagierte Filmemacher wertet das BAYER-Schreiben als »unzulässige Einflußnahme eines Großkonzerns auf die Programmverantwortlichen einer Sendeanstalt des öffentlichen Rechts.« Er befürchtet, BAYER wolle »indirekt auf die Beschäftigung eines freien unliebsamen Autors ... einwirken.« Der Chefredakteur unterdessen beugt sich dem BAYER-Druck. Bis heute steht eine solidarische Antwort an Frans van der Meulen aus. Hubert Ostendorf



**ANZEIGENBOYKOTT FÜR
DÜSSELDORFER MAGAZIN**

Den jüngsten Versuch des BAYER-Konzerns, die redaktionelle Arbeit zu beeinflussen, hat die Düsseldorfer Stadtilustrierte ÜBERBLICK getroffen. Das monatlich erscheinende Magazin wurde in der Vergangenheit stets mit einer ganzen Seite ASPIRIN-Werbung bedacht. Wurde. Denn neuerdings steht der ÜBERBLICK auf der Boykottliste. Grund: In der Mai-Ausgabe veröffentlichten Hubert Ostendorf und Heinz Thüer einen Beitrag über das Störfallpotential in und um Düsseldorf. Kein Wunder, daß dabei auch die BAYER-Werke Erwähnung fanden. Immerhin ist Düsseldorf von 4 Niederlassungen des Chemieriesen umgeben.

BAYER indes duldet derartige Berichterstattung nicht. Es gebe, wie verlautete, eine hausinterne Richtlinie, nach der Anzeigenauftragnehmer ihre Berichte mit BAYER abstimmen müßten. Eine unerträgliche Form von Zensur. Das Beispiel zeigt erneut, daß BAYER journalistische Beiträge allenfalls als redaktionelles Umfeld für ASPIRIN-Werbung ansieht.

Lfd. S-49

... und kein bißchen leise

Serie: 10 Jahre COORDINATION, 10 Jahre STICHWORT BAYER, Teil 3

WIR FEIERN

10 Jahre STICHWORT BAYER,
10 Jahre COORDINATION.
Das wollen wir feiern. Mit
einem großen Fest. Mit Essen,
Trinken, Tanz & Tratsch. Für
alle Mitglieder, FreundInnen
und Bekannte. Es treten auf:
die Sambagruppe *Hora de
Samba* und der Zauberer
Maskarill. Das Fest findet am
18.09.93 im BUND Natur-
schutzzentrum, Schmiedestr.
43, 40227 Düsseldorf, statt.
Übernachtungsmöglichkeiten
für Weitgereiste bieten wir wie
immer an. Wir bitten unbedingt
um verbindliche

ANMELDUNG.

Ja, ich nehme am Jubelfest
der CBG teil. Ich komme mit
☐ Personen (Kinder er-
wünscht). ☐ Ich bitte um
Übernachtungsmöglichkeit.

Name, Vorname

Adresse, Tel.

Anmeldung an CBG, Christiane Schnura, Postfach 150234,
40079 Düsseldorf. Noch Fragen? Tel. 0211 - 22 92 601.

Als sich vor 10 Jahren eine kleine
Wuppertaler Bürgerinitiative zum
internationalen Netzwerk mauser-
te, da ahnte die Unternehmens-
leitung von BAYER noch nicht,
was alles auf sie zukommen wür-
de. Konnten 125 Jahre lang die
BAYER-Profite ohne jede öffentli-
che Notiz immer neuen Rekord-
marken zugeführt werden, so gab
es jetzt plötzlich eine kleine, aber
um so renitenter Kritikerin, die
COORDINATION GEGEN BAYER-
GEFAHLEN (CBG), die die häßliche
Kehrseite der Milliardenumsätze
enthüllte. Aus der Geschichte der
CBG berichtet

Axel Köhler-Schnura

Sommer 1986 Die COORDINATION
und Service Civil International (SCI)
veranstalten in Solingen ein inter-
nationales Workcamp zum Thema
Pestizide. Die TeilnehmerInnen kom-
men aus Großbritannien, Spanien,
den Niederlanden, Belgien, der (da-
maligen) Tschechoslowakei, Grie-
chenland und der Bundesrepublik.
Die TeilnehmerInnen informieren
sich auf einen biologisch-dynamisch
geführten Bauernhof über die Mög-
lichkeiten der pestizidfreien Land-
wirtschaft. Der BAYER-Konzern
lehnt eine Besichtigung seines

Monheimer »Pflanzenschutz«-Zen-
trums ab, vor dessen Toren eine
Aktion unter dem Motto »Alles krei-
piert - BAYER profitiert«, stattfin-
det.

02./03. Dezember 1986 Gemeinsa-
me Aktion zusammen mit der GRÜ-
NEN Bundestagsfraktion unter dem
Motto »Profit o. k. - Umwelt k. o.«.
VertreterInnen der GRÜNEN, des
Vereins zum Schutz des Rheins und
seiner Nebenflüsse sowie der CBG
fahren mit dem Dampfer »Beet-
hoven« von Bonn nach Leverkusen.
Am Rheinanleger vor dem BAYER-
Werk dirigiert der Werkschutz die
Delegation zu einem außerhalb der
Stadt in der Nähe des Klärwerkes
gelegenen »Informationszentrum«
des Konzerns. Hier aber findet eine
Information nicht statt. Entgegen
vorherigen Vereinbarungen ist kein
Vorstandsmitglied des Chemiemultis
bereit, mit den angereisten Um-
weltschützerInnen zu sprechen.
Vom BAYER-»Umweltschutzbe-
auftragten«, Dr. Herwig Hulpke,
verlangen die Deligierten Akten-
einsicht, um nach einer ganzen Se-
rie von Unfällen das Risikopotential
abschätzen und veröffentlichen zu
können. Nachdem BAYER die Ein-
sicht in die Wasserbücher verwei-
gert, besetzen die Parlamentarier-
Innen das (Des)-»Informations-

zentrum«. Die Leverkusener Standortgruppe der COORDINATION organisiert in den Abendstunden eine Sympathiekundgebung vor den Toren der Kläranlage und blockiert für kurze Zeit die Zufahrt. Am 03. Dezember um 12.00 Uhr, 24 Stunden nach Beginn der Aktion, verläßt die GRÜNE Bundestagsfraktion das »Informationszentrum« ohne auch nur eine einzige Information erhalten zu haben. Die Tagespresse titelt: »Zynischer Umgang mit Abgeordneten«.

13./14. Dezember 1986 Die COORDINATION beteiligt sich am zweiten Internationalen Wassertribunal, das in Auggen/Breisgau stattfindet. Sie klagt den BAYER-Konzern der fortgesetzten Rheinverseuchung in Tateinheit mit Irreführung der Bevölkerung an. Weder die Angeklagten, noch Regierungen und Ministerien haben offizielle Vertreter entsandt. BAYER hat jedoch seinen Spitzel Dr. Stolpa geschickt, der im Publikum »geoutet« wird. Das Internationale Wassertribunal verurteilt die Machenschaften des BAYER-Konzerns und bezeichnet sie als »kriminell«.

14. Dezember 1986 Aus Protest gegen die permanente Verseuchung des Rheins findet entlang des ganzen Flusses die »Aktion Brückenschlag« statt. Von Basel bis Rotterdam fordern Umweltschutzgruppen, die Gifteinleitungen zu stoppen. Die COORDINATION beteiligt sich mit vielen Aktionen. Kinder blockieren die BAYER-Konzernzentrale in Leverkusen, an den BAYER-Standorten Monheim, Leverkusen, Dormagen und Krefeld finden Demonstrationen statt. Die Transparente tragen Aufschriften, wie: »Der Rhein ist tot - wir kennen die Mörder« oder »BAYER schmiert viele, BAYER gibt Brot - BAYER gibt Spiele, BAYER bringt Tod«.

Frühjahr 1987 Die COORDINATION startet auf dem evangelischen Kirchentag in Frankfurt eine Kampagne unter dem Motto: »Stoppt die BAYER-Pestizide! Schluß mit Produktion und Vermarktung gefährlicher Umweltgifte.«. Sie weist auf die unheilvolle Tradition der

Pestizide als Kampfstoffe hin, die tausenden von Menschen den Tod brachten. Auf der Konzernhauptversammlung werden 1.800 Unterschriften unter dieser Forderung an den BAYER-Vorstand überreicht.

Oktober 1987 Holländische Naturschutzgruppen siegen gegen BAYER. Mit Unterstützung der COORDINATION führt die »Stichting Natuurverrijking/Vereniging Milieudefensie« Auseinandersetzungen vor der nationalen Werbe-Kommission gegen den verlogenen Werbeslogan »BAYER forscht für den Umweltschutz«. Der Konzern, so die Begründung der NaturschützerInnen, versuche die Umwelt mit gigantischen Mengen an Abfall und Pestiziden. In dritter Instanz urteilt die Werbe-Kommission, BAYER habe den Slogan in den Niederlanden einzustellen. BAYER kündigt an, sich über den Urteilsspruch hinwegzusetzen, zieht aber stattdessen den Slogan in aller Welt zurück, um ihn durch den nicht weniger zweifelhaften Spruch »Kompetenz und Verantwortung« zu ersetzen.

03. Dezember 1987 Dritter Jahrestag der Chemiekatastrophe im indischen Bhopal, die mehr als 3.000 Menschen den Tod und vielen hunderttausenden gesundheitliches Elend gebracht hat. Mitglieder der COORDINATION führen Mahn-

wachen durch und verteilen Flugblätter vor den Toren der BAYER-Werke. Darauf protestieren sie nicht zuletzt gegen anhaltende Tiefflüge der NATO über dem Pestizid-Werk in Dormagen, wo u. a. das Bhopal-Gift Phosgen gelagert wird.

Dezember 1987 Protest der CBG gegen den größten Giftmüllskandal der Geschichte in Leverkusen. Die CBG fordert die umfassende Sanierung der Deponie sowie Wiedergutmachung aller Schäden, eine Forderung, die bis heute noch nicht erfüllt ist. Es gründet sich eine »Bürgerinitiative gegen BAYER-Giftmüll«. Auf einer Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen werden Transparente mit den Forderungen entrollt.

17. Dezember 1987 Stahlarbeiter demonstrieren in Uerdingen. BAYER hatte medienwirksam verkündet, 500 von der Entlassung bedrohte KRUPP-Arbeiter des mittlerweile geschlossenen Standortes Rheinhausen zu übernehmen. Daraufhin marschieren über 800 Kumpel zu einer demonstrativen Bewerbung vor das Verwaltungsgebäude von BAYER in Uerdingen. Sie verteilen das scheinheilige Angebot des Chemiekonzerns, das nur dazu diene, die Kollegen mit unverbindlichen Angeboten zum Stillhalten zu bewegen. Sie fordern daher: »Rheinhausen muß leben!«



Besetzung des BAYER-(Des)-Informationszentrums. Im Bild die (ehem.) GRÜNE Bundestagsfraktion. Zynischer Umgang mit UmweltschützerInnen: BAYER erklärt Gifteinleitungen zum Betriebsgeheimnis.

SWB - Sept - 93 - 03

28. Januar 1988 UmweltschützerInnen am BAYER-Standort Brunsbüttel empfangen Bundesumweltminister Klaus Töpfer mit dem »Lied vom Tod«. Sie protestieren gegen die Errichtung einer Müllverbrennungsanlage durch BAYER, die Töpfer anlässlich einer Podiumsdiskussion verteidigt hat. Der Protest hat die Giftschleuder leider nicht verhindern können.

22. Juni 1988 Der peruanische BAYER-Gewerkschafter Jesus Cabana Vargas berichtet auf der BAYER-Hauptversammlung von katastrophalen Zuständen bei den Konzerntöchtern in seinem Land. Die ArbeiterInnen erhielten Hungerlöhne und mußten unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten, GewerkschafterInnen seien unter fadenscheinigen Gründen rausgeschmissen worden. In der Folge kommt es zu Streiks und politischen Aktionen. Die CBG organisiert eine breite Solidaritätskampagne mit großem Medienecho in der Bundesrepublik. BAYER hat sich mittlerweile mehr und mehr aus Peru zurückgezogen und eine Niederlassung verkauft.

Juli 1988 Ähnlich schlimme Zustände wie in Peru herrschen auch in Brasilien. Die Presse berichtet in Folge einer Kampagne der CBG von »Repression statt Lohn«. BAYER läßt Streiks mit Hilfe der Militärpolizei brechen und setzt kritische GewerkschafterInnen vor die Tür. Durch massiven Druck erreicht die CBG zusammen mit der Missionszentrale der Franziskaner in Bonn, daß die Geschäfte wieder eingestellt werden.

August 1988 Der BAYER-Konzern besteht 125 Jahre. Aus diesem Grunde organisiert die CBG ein Symposium unter dem Titel »125

Jahre Umweltverseuchung und Menschengefährdung«. Vor der zentralen Festveranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Johannes Rau demonstrieren UmweltschützerInnen gegen den Konzern. In Wuppertal findet eine Demonstration zum Festakt anlässlich des 100jährigen Bestehens des BAYER-Pharmasektors statt.

Sommer 1988 Die COORDINATION unterstützt die streikenden ArbeiterInnen in Peru. Ein Mitglied des Vereins reist in den Andenstaat, um sich vor Ort authentisch über die Lage zu informieren.

22. August 1988 Auf der BAYER-Hauptversammlung wird am Beispiel des spanischen Speiseölskandals die verheerende Wirkung von Pestiziden angeprangert. Das BAYER-Mittel NEMACUR steht bis heute in Verdacht, das »toxische Syndrom« ausgelöst zu haben.

Dezember 1989 Spyros Antiochos, Bürgermeister der Gemeinde Magazon auf der griechischen Insel Paxos, weilt auf Einladung der COORDINATION in Deutschland. Er ist Initiator des Widerstandes der Inselbevölkerung gegen Pestizid-Sprühungen aus der Luft, bei denen das gefährliche BAYER-Gift LEBAYCID eingesetzt wird. Was die Olivenfliege killt, wird den Menschen auf Paxos zum Verhängnis. Viele von ihnen leiden unter Übelkeit, Kopfschmerzen und Verätzungen der Haut, einige sterben an Krebs. Die COORDINATION unterstützt den Widerstand und fordert die Einstellung der Giftsprühungen.

Frühjahr 1990 Unter dem Motto »Umgeben von BAYER« findet in Düsseldorf eine Veranstaltungsreihe zu verschiedenen Problemen, ver-

ursacht durch den Leverkusener Chemieriesen, statt. Die 5 Vortragsabende finden guten Anklang.

15. -17. März 1990 Bundesweite Aktionstage gegen Gentechnik. Viele Gruppen und Initiativen in über 30 Städten kämpfen gegen das seinerzeit geplante industriefreundliche Gentechnikschutzgesetz, das in diesen Tagen erneut gelockert worden ist. Die COORDINATION beteiligt sich mit einem Stand in Wuppertal, wo ein eigens erstelltes Flugblatt vor den Gefahren der BAYER-Gentechnik warnt.

Frühjahr 1990 Mitglieder der COORDINATION reisen nach Italien, um UmweltschützerInnen vor Ort in ihrem Kampf gegen eine neue BAYER-Anlage zu unterstützen.

19. Juni 1990 Hauptversammlung des BAYER-Konzerns in Köln. Für die COORDINATION sprechen RednerInnen aus Italien und der Türkei. Aus Italien berichtet Giovanni Testa über den Protest einer Bürgerbewegung gegen eine neue BAYER-Anlage, von der befürchtet worden ist, daß sie die Umwelt vergiftet. Die Anlage ist mittlerweile in Betrieb genommen, die Befürchtungen haben sich bestätigt. Aus der Türkei redet Kemal Aygün, der über verheerende Arbeitsbedingungen bei BAYER TARIM klagt. Aus der Bundesrepublik geißelt Carl Caspari die Verseuchung von BAYER-Präparaten mit dem AIDS-Virus. Kaum ein/e RednerIn der kritischen AktionärInnen kann ihren/seinen Redebeitrag zusammenhängend vortragen. Immer wieder werden sie vom Versammlungsleiter unterbrochen, das Mikrofon wird ihnen abgestellt.

Juni 1990 Ein Mitglied der COORDINATION reist in die Türkei und konfrontiert einen hochrangigen BAYER-Angestellten mit den Anschuldigungen, die Kemal Aygün in Deutschland gegen eine Beteiligungsfirma von BAYER vor Ort erhebt. Die Antwort des Repräsentanten: »Dazu kann ich nichts sagen.«

Fortsetzung folgt.